



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Neutralität und das "schwedische Modell" –
Identitätsformierung entlang sozialdemokratischer
Linien

Verfasserin

Sarah Weissengruber

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

Ich möchte mich bei Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll für die Betreuung meiner Diplomarbeit herzlich bedanken, auch bei meinen Eltern, die mich während meines Studiums unterstützt haben. Danke an meine Kolleginnen und Kollegen für die Rücksichtnahme und Unterstützung bei der Fertigstellung dieser Arbeit.

Danke an das wunderbare *ARBARK Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek* in Stockholm für die Unterstützung und den Zugang zu ihrem Archiv und ihren Bibliotheksbeständen.

Und ganz besonders möchte ich mich bei jenen Menschen bedanken, die mich während meines Studiums begleitet haben.

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG	9
1.1. Forschungsperspektive und Aufbau der Arbeit	10
1.1.1. Forschungsperspektive	10
1.1.2. Aufbau der Arbeit	11
1.2. Forschungsfragen und Hypothesen	12
2. THEORETISCHE POSITIONSBESTIMMUNG	14
2.1. Neutralitätskonzepte in den internationalen Beziehungen	14
2.2. Konstruktivistische Ansätze	15
2.2.1. Norm Life Cycle-Modell nach Finnemore und Sikkink	18
2.2.2. Emergenz und Hegemonie sozialdemokratischer Normen nach dem Norm Life Cycle-Modell von Finnemore und Sikkink	19
2.1. Bruchstellen in der Neutralitätslegitimation	20
3. FRÅN ARBETARE TILL ARBETARKLASS – DIE FORMATION EINER POLITISCHEN KLASSE	22
3.1. Doppelte Verschiebung – Industrialisierung und Wissenschaft	22
3.2. Konservativer Backlash und sozialdemokratischer Aufbruch	23
3.3. <i>Landsorganisationen</i> als starker Dachverband	23
3.4. Zusammenarbeit LO - SAP	25
3.5. Gewerkschaften heute	25
4. GRUNDLAGEN DES VERFASSUNGSSYSTEMS UND DER POLITISCHEN MACHTSTRUKTUREN	27

5. GRUNDSTRUKTUREN DES SCHWEDISCHEN PARTEIENSYSTEMS	28
5.1. Entwicklungsphasen der Parteien	28
5.2. Charakteristikum Blockbildung	29
5.3. Entstehung der SAP	30
5.3.1. Die SAP – Parteigründung und Agenda-Setting	30
5.3.2. Wählerbasis	31
5.4. Charakterisierung der Parteien	33
5.4.1. Moderata samlingspartiet (M)	33
5.4.2. Centerpartiet (C)	34
5.4.3. Folkpartiet liberalerna (FP)	35
5.4.4. Kristdemokraterna (KD)	35
5.4.5. Miljöpartiet de gröna (MP)	36
5.4.6. Vänsterpartiet (V)	36
5.4.7. Sverigedemokraterna (SD)	37
6. GRUNDLAGEN DER IDEOLOGIE	38
6.1. Was ist sozialdemokratisch?	38
6.2. Schwedische Beiträge zur sozialdemokratischen Theoriebildung – mehr als Pragmatismus?	39
6.3. Abgrenzungen zum Marxismus	40
6.4. Die sozialistische Gesellschaft als politisches Ideal	42
6.5. Grundlegende Werte	43
6.5.1. Begriffsdefinitionen	43
6.5.2. Werte und Grundsätze	44
6.5.2.1. Zwischen Freiheit und Gleichheit	45
6.5.2.2. Demokratie	46
6.5.2.3. Die ökonomische Ordnung – Zwischen Planwirtschaft und industrieller Demokratie	50
6.5.2.4. Solidarität	54
6.5.2.1. Soziale Sicherheit – Der Wohlfahrtsstaat als Basis der Sozialdemokratie	56

7. NEUTRALITÄT ALS RECHTLICHES KONSTRUKT	59
7.1. Definitionen von Neutralität aus völkerrechtlicher Sicht	59
7.1.1. Ad-hoc-Neutralität als völkerrechtliches Grundkonstrukt	59
7.1.2. De-jure-Neutralität nach österreichischem Muster	61
7.1.3. De-facto-Neutralität – Schweden	61
8. NEUTRALITÄT IN DER PRAXIS - ENTWICKLUNG DER SCHWEDISCHEN NEUTRALITÄT	62
8.1. Vorannahmen	62
8.2. Analysemodelle	63
8.2.1. Phasenmodell nach Paul Luif	63
8.2.2. Sechs Entwicklungsphasen von Gesellschaft und Staat – Michele Micheletti	63
8.2.3. Synthese der Analysemodelle	64
8.3. Emergenz einer faktischen Neutralität – ein historischer Abriss	65
8.3.1. Schweden als Großmacht – Formation von Polity und Policy	65
8.3.2. Neutralität als Option einer kleinen Macht	66
8.3.3. Neutralität auf dem Prüfstand – die zwei Weltkriege als Test	67
8.3.4. Neutralität im Kontext kollektiver Sicherheitssysteme	69
8.3.5. Die Zwischenkriegszeit als ideologische Bruchstelle	70
8.3.5.1. Das Konzept des <i>folkshemmet</i>	70
8.4. Konsolidierung im Inneren und passive Neutralitätspolitik	71
8.4.1. Das „Schwedische Modell“ oder „die Schwedischen Modelle“?	72
8.4.2. Sozialdemokratische Hegemonie	73
8.4.2.1. Die „starke Gesellschaft“	74
8.4.3. Die außenpolitische Orientierung der SAP nach dem Zweiten Weltkrieg	75
8.4.4. Rückorientierung zur Neutralität als Ersatzstrategie	76
8.4.5. Kontextuelle Einbettung der Revitalisierung der Neutralitätspolitik	77
8.4.6. Schwerpunkte der Neutralitätspolitik der fünfziger Jahre	77
8.4.6.1. Schwedens Verhältnis zur NATO – Informelle Kooperation	79
8.5. Zwischen Hegemonie und Umbruch – Aktive Außenpolitik	80
8.5.1. Neutraler Aktivismus – die „aktive Außenpolitik“	81
8.5.1.1. Neutralitätsdefinition	81
8.5.2. Aktive Außenpolitik – die ideologischen Grundlagen von Olof Palme	82

8.5.3.	Positionsverschiebungen zwischen den Blöcken	83
8.5.4.	Schweden in der UNO – Abrüstung und internationales Engagement	84
8.5.5.	Ein neuer Internationalismus - Neutraler Aktivismus als Hochphase sozialdemokratischer Außenpolitik	84
8.6.	Das kurze Jahrzehnt – Die realistische Außenpolitik der achtziger Jahre	86
8.6.1.	Sozialdemokratie in der Krise – Brüche im hegemonialen Geflecht	86
8.6.2.	Zwischen dem „mittleren Weg“ und dem „Third Way“	87
8.6.3.	Neutralität im kurzen Jahrzehnt	88
8.6.3.1.	Beschränkt auf den Nahraum – Neudefinition der schwedischen Neutralität	89
8.6.4.	Nach Brüssel – Die schwedische Beitrittsdebatte	90
8.6.4.1.	Parteidebatten – Neutralität als verdecktes Thema	91
8.6.4.2.	Sozioökonomische Faktoren der Beitrittsabstimmung	92
8.7.	Schweden in der EU – Europäisierung und Resistenz	92
8.7.1.	Neutralitätsdefinition 2002	92
8.7.2.	Die schwedischen Parteien zwischen Europäisierung und Resistenz	93
8.7.3.	Die Mitarbeit in der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der NATO-PfP	94
8.7.4.	Wertepolitik auf der großen Bühne? – Die EU-Präsidentschaften 2001 und 2009	95
8.7.5.	Neutralität in der tagespolitischen Debatte	96
8.7.6.	Mythen und Bilder – Narrative der schwedischen Identitätsformierung	98
9.	CONCLUSIO	100
9.1.	Ausblick	104

1. Einleitung

„The Extraordinary Success of the Swedish Social Democrats“ betitelt der amerikanische Soziologe Richard F. Tomasson seinen Artikel aus dem Jahr 1969. Seine Analyse des „most successful social democratic movement in Western Europe“ (Tomasson 1969, 772) erscheint zeitgleich mit dem Rücktritt Tage Erlanders nach 23 Jahren als schwedischer Regierungschef und dem Amtsantritt Olof Palmes, der wiederum elf Jahre, mit Unterbrechung, als schwedischer Premierminister amtierte. Die Gründe für diesen außergewöhnlichen Erfolg sieht Tomasson unter anderem im politischen Pragmatismus der schwedischen Sozialdemokratie, dem hohen Mobilisierungsgrad der ArbeitnehmerInnen auch durch die Gewerkschaften, dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates und der Neutralität (Tomasson 1969, 773-775).

Durch die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen seit Erscheinen des Artikels sind sozialdemokratische Parteien weltweit auf dem Rückzug. Mit der These vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts hat Ralf Dahrendorf (Dahrendorf 1987, 1022) den politische Diskurs nachhaltig geprägt. Die Sozialdemokraten, so Dahrendorf, waren

„ein Jahrhundert lang treibende Kraft der politischen Entwicklung [...], bis sie am Ende (um mit Harald Wilson zu reden) zur ‚natürlichen Regierungspartei‘ wurden und prompt ihre Kraft verloren. Das Jahrhundert war in seinem Antrieb und in seinen besten Möglichkeiten sozialdemokratisch. Als es dem Ziel nahe kam, war es folgerichtig mit der Kraft der Sozialdemokraten vorbei“ (Dahrendorf 1987, 1023).

„The death of Social Democracy“ titelt auch Ashley Lavelle (2008) und sieht im 21. Jahrhundert keinen Platz mehr für sozialdemokratische Parteien. Auch Christian Fenner sieht das sozialdemokratische Jahrhundert als beendet an und schließt seine Studie zum Parteiensystem in Schweden mit folgendem Befund: „Der Kapitalismus als Kultur hat gesiegt. Was bleibt, sind nur noch Rückzugsgefechte“ (Fenner 1998, 423).

Nun, für die schwedische Sozialdemokratie sind heute beide Befunde nicht ganz zutreffend. Die sozialdemokratische Hegemonie erfuhr eine „Normalisierung“ hin zu den Erfolgsstandards sozialdemokratischer Parteien in westeuropäischen Demokratien, aber die Nachrichten von ihrem Ableben sind stark übertrieben.

Wie aber entwickelte sich die von Tomasson so bewunderte sozialdemokratische Hegemonie mit ihrer ideologischen Prägung von Staat und Identität? Wie prägt das Set von sozialdemokratischen Werten und Normen Politik und schwedisches

Selbstverständnis? Und welche Rolle nimmt die Neutralität¹ in diesen Werten und Normen ein, welche Funktion erfüllt sie im „sozialdemokratischen Staat“? Und nicht zuletzt, wie weit gilt das Dahrendorf'sche Diktum vom Ende der Sozialdemokratie in Schweden, welche Verschiebungen und Brüche gab es? Und welche Entwicklungen deuten sich an? Diese Fragen sollen in dieser Arbeit bearbeitet und, zumindest vorläufig, beantwortet werden.

1.1. Forschungsperspektive und Aufbau der Arbeit

Das Forschungsinteresse dieser Arbeit ist es, zu zeigen, dass die Neutralität als Trägervehikel einer spezifischen sozialdemokratischen Ideologie fungiert und so einen internationalen Export sozialdemokratischer Werte und Normen ermöglicht. Dafür soll die Konstruktion der schwedischen Neutralität in einer dualen Strategie gezeigt werden, erstens als Funktionsträger im Rahmen der schwedischen Ideologie und zweitens als politische Praxis der schwedischen Sozialdemokratie.

1.1.1. Forschungsperspektive

Die grundlegenden Werte wie Gleichheit und Freiheit, Solidarität und soziale Sicherheit sind universelle Werte und in ihrer Geltung nicht auf Schweden beschränkt. Dieser Universalitätsanspruch erschwert eine moralisch und ideologisch legitime Beschränkung auf ein politisch-geographisch eingegrenztes Feld, die sozialdemokratische Ideologie enthält daher einen inhärenten Eskalierungsdruck. In dieser Arbeit wird argumentiert, dass die moralisch immunisierende außenpolitische Praxis der Neutralität einen Overspill der eigenen Werte und Normen auf die internationale Ebene ermöglicht.

Dies lässt sich vor allem aus der Ausrichtung der (schwedischen) Sozialdemokratie heraus verstehen. Ihre praktische politische Ausgestaltung ist grundlegend wertgetrieben. Diese Werte sind universell angelegt, damit ist eine selektive Anwendung auf den Nahraum der eigenen Bevölkerung oder die kulturelle Verwandtschaftsregion der Nordischen Länder per definitionem nicht gültig.

¹ „Neutralität“ wird in dieser Arbeit nicht vorrangig als völkerrechtlicher Begriff verwendet, sondern als Bezeichnung des politischen Konzepts der sich im historischen Verlauf verändernden schwedischen Neutralitätsdefinitionen.

² Als *Sveriges socialdemokratiska arbetareparti* (SAP) gegründet wird die Sozialdemokratische Partei Schwedens heute mit S abgekürzt. In dieser Arbeit soll dieser Entwicklung Rechnung

Aufbauend auf marxistische Ideologiekonzepte vertritt die schwedische Sozialdemokratie entlang von „Klassen“ definierte Partikularinteressen und ist mit dieser Perspektive dezidiert international ausgerichtet. Ihr Vertretungsanspruch stellt auf die Zugehörigkeit zu einer Klasse und nicht zu einem Nationalstaat ab, deckungsgleich damit ist auch der Rahmen des politischen Handlungsanspruchs.

Aus dieser spezifischen Interessenslage heraus wird versucht, die schwedischen Werte und Errungenschaften auf die internationale Ebene zu exportieren. In Rahmen dieser Arbeit soll gezeigt werden, dass die Neutralität die politische und moralische Legitimierung eines normativen Overspills bietet. Sie ermöglicht Schweden den Versuch eines „normativen Imperialismus“ ohne einen Verdachtsmoment imperialistisch motivierter militärischer Handlungen. Die Neutralität immunisiert also die schwedische Position in der Welt, hebt sie aus der Ebene der militärischen Machtkonflikte auf eine normativ wirkende Ebene.

1.1.2. Aufbau der Arbeit

In dieser Arbeit soll die Rolle, Funktion und Ausgestaltung der schwedischen Neutralität in einer dreigliedrigen Strategie gezeigt werden.

Erstens soll die Funktion der Neutralität als Trägervehikel sozialdemokratischer Werte und Normen im theoretischen Diskurs beleuchtet werden. Dafür wird anhand zentraler ideologischer und theoretischer Texte eine umfangreiche Analyse jener sozialdemokratischen Werte und Normen vorgenommen, die in ihrer internen Funktion die schwedische Identität konstruieren und die Verankerung der Neutralität als Identitätsbestandteil ermöglichen. Weiters wird gezeigt, dass der universalistische Anspruch dieser Werte und Normen einen Eskalierungsdruck erzeugt und die Neutralität hier in einer Wechselwirkung als Trägervehikel zum ihrem Export dient.

Die zweite Ebene dieser Arbeit umfasst die politische Ausgestaltung der Neutralitätspraxis. Hier wird gezeigt, dass auch in der Praxis eine reziproke Beziehung zwischen Sozialdemokratie und Neutralität klar erkennbar ist. Im Längsschnitt wird hier klar die Synthese zwischen sozialdemokratischer, politischer Performanz und Relevanz, Fokus und Positionierung der schwedischen Neutralität erkennbar.

Die dritte Ebene stellt die politisch-ideologische Konstruktion der Neutralitätskonzepte anhand der textualen Analyse der aktuellen *Utrikesdeklarationer*, der außenpolitischen Statements der bürgerlichen Regierung und der sozialdemokratischen Opposition dar.

Dieser Teil wird in einem Exkurs abgehandelt, die rückgreifende Analyse im Längsschnitt würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Hier wird ein Anknüpfungspunkt für zukünftige Forschungsarbeit vorgeschlagen.

Der Fokus dieser Arbeit verlangt eine umfassende Aufarbeitung schwedischer Quellen. Zitate aus diesen Quellen werden zur besseren Verständlichkeit in eigener deutscher Übersetzung verwendet, der schwedische Originaltext wird aus Vollständigkeitsgründen mit aufgenommen.

1.2. Forschungsfragen und Hypothesen

Die Forschungsfragen stellen die Leitlinien dieser Arbeit dar. Sie basieren auf Hypothesen, die für die Konzeption dieser Arbeit aufgestellt wurden. Die drei grundlegenden Hypothesen dieser Arbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Außen- und Sicherheitspolitik eines Staates ist nicht nur Reaktion auf exogene Strukturen des internationalen Systems, sondern vor allem Ausdruck endogener Charakteristika und ist von Identitäten, Normen und Werten geprägt.
- Die Neutralität als außen- und sicherheitspolitische Option Schwedens ist eng verflochten mit der Ideologie, den Normen und Werten der sozialdemokratischen Partei.
- Die sozialdemokratische Partei Schwedens konnte in ihrer langen Regierungszeit eine normative und ideologische Hegemoniestellung erreichen. Ihre Werte und Normen nehmen eine zentrale Position in der Konstruktion schwedischer Identität und Interessen ein.

Aus diesen grundlegenden Hypothesen lassen sich folgende Forschungsfragen formulieren:

- Lässt sich die Neutralität als eine sozialdemokratische außenpolitische Option darstellen?
- Welche Rolle spielt die sozialdemokratische Ideologie und Theorie in der Ausgestaltung der schwedischen Neutralität?
- Welche Funktion übernimmt die Neutralität in der sozialdemokratischen Ideologie?
- Wann und warum entwickelte sich die heutige Ausgestaltung der schwedischen Neutralität, wo lagen die Bruchlinien der Verschiebung von einer pragmatischen

Handlungsoption des 19. Jahrhunderts zur emotionalisierten, identitätsstiftenden Komponente der schwedischen Politik?

- Welche Gründe gibt es für die immer noch bestehende Neutralitätspolitik Schwedens, wie lässt sich die Kluft zwischen verbalisierter und praktischer Neutralitätspolitik erklären?

Diese Fragen umreißen die Grundform meines Forschungsinteresses. Wo es für eine differenziertere Auseinandersetzung mit dem Forschungsmaterial vonnöten ist, sollen weitere Forschungsfragen entwickelt und beantwortet werden. Am Ende dieser Arbeit soll ein Bogen zurück an den Anfang gespannt und der Versuch einer umfassenden Beantwortung unternommen werden.

2. Theoretische Positionsbestimmung

Die Frage nach dem Stellenwert der Neutralität in den großen Theorieströmungen der internationalen Beziehungen soll hier genauer umrissen werden. Neben einem Überblick über die Neutralitätskonzeptionen der großen Theorieströmungen der Internationalen Beziehungen sollen konstruktivistische Ansätze genauer beleuchtet und anhand dieser eine grundlegende theoretische Positionsbestimmung der vorliegenden Arbeit vorgenommen werden.

2.1. Neutralitätskonzepte in den internationalen Beziehungen

Wie im Völkerrecht ist die Neutralität auch im Feld der Internationalen Beziehungen ein Randfaktor, ein normabweichender Sonderfall, der zumeist als zeitlich beschränkter Faktor mit der Aussicht auf Adaptierung an das System behandelt wird. Neutralitätskonzepte und die Frage der Positionierung neutraler Staaten sind in den großen Strömungen der Internationalen Beziehungen daher kaum vertreten, sondern eher Forschungsgegenstand der geschichtswissenschaftlichen und rechtswissenschaftlichen Disziplinen (Agius 2006, 2-3).

„It is commonly regarded as the security choice of small and weak states“, schreibt Christine Agius, „a position that is synonymous with self-interested isolationism. Neutral states are largely seen as inconsequential and peripheral actors in the international system, responding to, rather than shaping the world [... and] seen as a legacy of the Cold War which should be consigned to the dustbin of history. Yet neutrality persists.“ (Agius 2006, 1).

Realistische und institutionalistische Ansätze in den Internationalen Beziehungen basieren auf einer rationalistischen Grundannahme, der Staat als zentraler Akteur setzt exogen motivierte und interessensgeleitete Handlungen. Im theoretischen Diskurs wird zentral die Emergenz staatlicher Interessensformationen verhandelt. Realistische Denkströmungen argumentieren die Dominanz der „Struktur“ und die Machtverteilung in einem anarchischen System, institutionalistische Ansätze stellen den „Prozess“, Kooperation und Interaktion in Institutionen in den Vordergrund (Wendt 1992, 391-392). Neutralität lässt sich in diesem rationalistischen Regime als exogen motivierte, sicherheitspolitische Entscheidung verstehen.

Realistische Ansätze verorten Neutralität als Option kleiner, militärisch schwacher Staaten im anarchischen internationalen System, ein Komplementär zum völkerrechtlichen Konzept des Krieges, gekoppelt an den direkten Kriegsfall. „Where there is no war in the legal sense of the term, there can be no neutrality“, hält Hans Morgenthau fest (Morgenthau 1958, 189). Rechte und Pflichten des Neutralen korrespondieren eng mit der faktischen Kriegssituation, der Erfolg der neutralen Position wird durch den militärischen Aktionsradius der kriegsführenden Parteien bestimmt, erfolgsdefinierende Faktoren sind hier machtpolitisch motivierte Rücksichtsnahmen und geostrategische Überlegungen (Morgenthau 1939, 480). Die Neutralität der kleinen europäischen Staaten „is essentially a function of the balance of power“ (Morgenthau 1939, 482), somit beschränkt auf exogene Einflussfaktoren. Endogene Motivation neutraler Politik lässt Morgenthau nicht als gültig zu, moralische Komponenten finden sich nur in der Pflicht zur Unparteilichkeit zwischen den kriegsführenden Parteien: „The position of the non-participating spectator, which is that of the neutral in the midst of these rival Power groups, manifests itself morally in the duty of impartiality, and legally in an abstention rejecting both belligerent parties, without consideration for the righteousness of the cause of either.“ (Morgenthau 1939, 478).

In institutionalistischen und funktionalistischen Denkschulen und deren Präferenz kollektiver Sicherheitssysteme ist das Konzept der Neutralität weitestgehend absent (Agius 2006, 4). Besonders im Kontext der europäischen Einigung und der Errichtung der europäischen Sicherheitsstruktur lässt sich keine systemimmanente Position einer neutralen Außen- und Sicherheitspolitik mehr definieren (Ojanen 2000, 25).

2.2. Konstruktivistische Ansätze

Mit dem Ende der dualen Blockkonfrontation des Kalten Krieges und der europäischen Integration neutraler Staaten in der EU-Beitrittsrunde 1995 lässt sich aus realistischer oder institutionalistischer Theorieperspektive kaum mehr eine langfristige Relevanz der Neutralität als außenpolitisches Konzept formulieren. Als zukünftige Entwicklung im Kontext einer post-neutralen Politik wird die Aufgabe neutraler oder allianzfreier Positionen erwartet. In dieser Arbeit soll Neutralität deshalb nicht als exogen motivierte Sicherheitsmaxime, sondern als endogen konstruiertes politisches Konzept im Spannungsfeld zwischen Identität und politischer Praxis verstanden werden.

Konstruktivistische Theorieansätze argumentieren die Relevanz von Ideen gleich derer materieller Strukturen. Interessen sind nicht reine Resultate struktureller Gegebenheiten,

sondern rekurren auf Identitäten, Normen und Werte. „[P]eople act toward objects, including other actors, on the basis of the meanings that the objects have for them“, argumentiert Wendt (1992, 396-397), „[i]t is collective meanings that constitute the structures which organize our actions“. Akteure treffen nicht im unstrukturierten Raum internationaler Anarchie aufeinander, sondern interagieren als „Mitglieder einer sozialen Gruppe, die ihr Verhalten an gemeinsamen Werten“ orientieren, „Handlung ist somit nicht an zukünftigem Nutzen, sondern an gegenwärtigen Normen orientiert“ (Jachtenfuchs 1993, 7). Die Wirksamkeit dieser Normen geht dabei über die Verhaltenregulation von Akteuren hinaus, Normen konstruieren, formen und definieren die Identitäten der Akteure (Checkel 1998, 327-328).

Die Basis der staatlichen Interessensformation wird somit im Kontext von Identität – „relatively stable, role-specific understandings and expectations about self“ (Wendt 1992, 397) – verstanden, reaffirmiert und verstetigt durch die Partizipation an kollektiven Bedeutungsinhalten. Realistische Annahmen über mit Macht und Sicherheit korrespondierende Primärinteressen bestätigt Alexander Wendt, tauscht aber die von materiellen Faktoren bestimmte Interessensformation gegen einen von Ideen, Identitäten und kollektiv geteilten Kulturen geprägten Formationsprozess aus. „The claim is that power and interest have the effects they do in virtue of the ideas that make them up. Power and interest explanations *presuppose* ideas, and to that extent are not rivals to ideational explanations at all“ (Wendt 1999, 135).

Ausübung von Macht und Interessen sind im internationalen System im Handlungsradius des Staates angesiedelt, Wendt beschränkt seinen theoretischen Ansatz daher auf die internationale Ebene und auf die Interaktion zwischen Staaten. „States have structures of their own, but I am concerned with the structure of the states system, not of states“, (Wendt 1999, 147) betont Wendt, „explaining state identities and interest [...] and] state identity formation“ ist nicht sein Ziel (Wendt 1999, 11). Die Frage, wie innerstaatliche Akteure staatliche Identitäten beeinflussen, soll daher weiter unten noch genauer beleuchtet werden.

James Fearon fasst zwei Bedeutungsstränge von Identität in der sozialwissenschaftlichen Debatte zusammen, die sich auf staatliches Handeln und staatliche Identität übertragen lassen.

„I argue that “identity” is presently used in two linked senses, which may be termed “social” and “personal”. In the former sense, an “identity” refers simply to a *social category*, a set of persons marked by a label and distinguished by rules deciding membership and (alleged) characteristic features or attributes. In the second sense

of personal identity, an identity is some distinguishing characteristic (or characteristics) that a person takes a special pride in or views as socially consequential but more-or-less unchangeable“ (Fearon 1999, 2).

Fearons Argumentation folgend stellt sich Identität als Set von Faktoren und Strukturen dar, aus denen ein Akteur Stolz und Selbstachtung bezieht (Fearon 1999, 24). Normenkonformes Verhalten, argumentieren Finnemore und Sikkink, wird durch stetiges rekurren auf die staatliche Identität und die daraus resultierende positive Affirmation motiviert (Finnemore/Sikkink 1998, 903-904). Identität und Normenrelevanz stehen damit in einem engen Verhältnis, die Beschaffenheit der staatlichen Identität korrespondiert mit den assoziierten Normen (Finnemore/Sikkink 1998, 904). Normen lassen sich so als „standard of appropriate behavior for actors with a given identity“ (Finnemore/Sikkink 1998, 891) verstehen, „a shared moral assessment is attached to its observance or non-observance“ (Fearon 1999, 29). Auch Karen Devine betont die Wertebasis staatlicher Identität als „a construct in our minds describing and prescribing what we should think, feel, value, and ultimately, how we should behave in group-relevant situations. This identity has an internal (how groups imagine themselves) and external dimension and is a function of values“ (Devine 2008, 473). Staatliche Identität und politische Normen basieren demzufolge auf kollektiv geteilten Werten, die auf der gesellschaftlichen Ebene formuliert und unterstützt und durch die politischen Eliten ausgeführt werden.

David Lumsdaine argumentiert grundlegend, dass in einem politischen Mehrebenensystem auf jedem Level die gleichen Werte und Normen handlungsleitend wirken. Die Norm einer solidarischen Gesellschaft fungiert so auf der innerstaatlichen Ebene als Motivatorin für einen starken Wohlfahrtsstaat und auf der internationalen Ebene für umfangreiche Programme zur Entwicklungszusammenarbeit (Lumsdaine 1996, 304). Emanuel Adler zeigt, dass Normendiffusion zwischen innerstaatlicher und internationaler Ebene in beide Richtungen funktioniert, internationale Normen werden auf die innerstaatliche Ebene übernommen, während nationale Normen auf die internationale Ebene exportiert werden können (Adler 1997, 339). Boeckle, Rittberger und Wagner fassen die theoretischen Erklärungsansätze zur Normendiffusion von der gesellschaftlichen auf die internationale Ebene unter dem Begriff des sozietales Konstruktivismus zusammen (Boeckle/Rittberger/Wagner 1999, 18). Dabei werden gesamtgesellschaftlich geteilten Verhaltenserwartungen als handlungsleitend für die Formulierung der Außenpolitik angenommen (Boeckle/Rittberger/Wagner 1999, 19).

Voraussetzung ist dabei eine klare Abgrenzung von sozial erwartetem Verhalten, also positiven Normen, und sozial unerwünschtem Verhalten, also nicht normenkonformem Verhalten. Der „Einfluß auf die Außenpolitik eines Staates wird umso stärker sein, je deutlicher die gesellschaftlichen Verhaltenserwartungen zwischen angemessenem und unangemessenem Verhalten unterscheiden. Handelt es sich um Erwartungen mit geringer Spezifität, die keine Verhaltensweisen als unangemessen ausschließt, kann keine Wirkung auf die Außenpolitik eines Staates angenommen werden.“ (Boeckle/Rittberger/Wagner 1999, 21). Methodische Empfehlungen zur Erhebung sozialer Normen umfassen neben Wahl- und Parteiprogrammen und parlamentarischen Debatten auch Umfragedaten und die Verfassungs- und Rechtsordnung eines Staates (Boeckle/Rittberger/Wagner 1999, 25-31).

2.2.1. Norm Life Cycle-Modell nach Finnemore und Sikkink

Martha Finnemore und Kathryn Sikkink konstruieren mit ihrem Norm Life Cycle-Modell einen dreistufigen Prozess der Normenetablierung.

Die erste Phase der Normenemergenz umfasst die Normenkonstruktion und Überzeugungsprozesse durch Normen-Entrepreneurs. Der Prozess der Normenkonstruktion ist akteursgebunden, er baut auf starke persönliche Werte und Überzeugungen von Akteuren und sozialen Gruppen auf, Normen sind „actively built by agents having strong notions about appropriate or desirable behavior in their community“ (Finnemore/Sikkink 1998, 896). Akteure agieren als Normen-Entrepreneurs „by using language that names, interprets, and dramatizes them“ (Finnemore/Sikkink 1998, 896), also indem sie einen Framing-Prozess durchführen, Probleme in einen normativen Kontext stellen und Lösungsmöglichkeiten im Rahmen der beworbenen Normen anbieten. Erfolgreich ist dieser Überzeugungsprozess, wenn eine kritische Masse für die Akzeptanz dieser neuen Normen geworben werden kann und diese als neuer Referenzrahmen dienen für die Art, wie Themen verstanden und verhandelt werden. Normen-Entrepreneurs agieren im Rahmen von organisatorischen Plattformen unterschiedlichen Institutionalisierungsgrads, von losen Netzwerken bis zu internationalen Institutionen (Finnemore/Sikkink 1998, 899).

Die zweite Phase der Normenkaskade beginnt, wenn der fortschreitende Adaptierungsprozess an die neuen Normen einen kritischen Punkt erreicht. Die Sozialisierungsprozesse umfassen sozialen und materiellen Druck und positive

Bestärkung für normenkonforme Handlungen. Motivationen für die Anpassung an die neuen Normen umfassen Peer Pressure, Wunsch nach internationaler Legitimität und Erhöhung des eigenen Selbstwertgefühls durch gruppenkonformes Agieren (Finnemore/Sikkink 1998, 903).

Den Schlusspunkt des Kaskadenprozesses markiert die Internalisierung der neuen Normen, sie sind „so widely accepted that they are internalized by actors and achieve a ‚taken-for-granted‘ quality that makes conformance with the norm almost automatic.“ (Finnemore/Sikkink 1998, 904). Sie sind damit aus der verbalisierten politischen Debatte weitestgehend exkludiert und als unterliegende dominante Strukturen wirksam (Finnemore/Sikkink 1998, 904).

	<i>Stage 1</i> <i>Norm emergence</i>	<i>Stage 2</i> <i>Norm cascade</i>	<i>Stage 3</i> <i>Internalization</i>
<i>Actors</i>	Norm entrepreneurs with organizational platforms	States, international organizations, networks	Law, professions, bureaucracy
<i>Motives</i>	Altruism, empathy, ideational, commitment	Legitimacy, reputation, esteem	Conformity
<i>Dominant mechanisms</i>	Persuasion	Socialization, institutionalization, demonstration	Habit, institutionalization

Finnemore/Sikkink 1998, 898

Erfolgreich in der Komplettierung des Norm Life Cycle und der effektiven Internalisierung sind Normen, die Legitimitäts- und Prominenzkriterien entsprechen und intrinsische Charakteristiken wie konkrete Formulierung und spezifische Themenbereiche, etwa Schutz sozial schwächerer Gruppen, umfassen (Finnemore/Sikkink 1998, 906-908).

2.2.2. Emergenz und Hegemonie sozialdemokratischer Normen nach dem Norm Life Cycle-Modell von Finnemore und Sikkink

In dieser Arbeit wird argumentiert, dass die sozialdemokratischen, ideologischen und theoretischen Grundsätze die Basis der Formation national wirksamer Normen bildeten. Über den Verlauf des Norm Life Cycle erreichen diese sozialdemokratischen Normen hegemonialen Status, ihre Gültigkeit muss nicht mehr öffentlich verhandelt werden, sondern wird als gegeben angenommen.

Im Folgenden soll daher skizzenhaft die Anwendung von Finnemores und Sikkinks Norm Life Cycle dargestellt werden, diese Hypothesen sollen am Ende dieser Arbeit erneut aufgegriffen und auf ihre Gültigkeit geprüft werden.

Die erste Phase der Normenemergenz lässt sich in der Zeit der Etablierung der SAP² als große Partei verorten. Diese Phase beginnt mit dem Eintritt der SAP in den *Riksdag* 1911 und in die Regierung 1920 und erstreckt sich bis in die 1930er Jahre.

Die zweite Phase der Normenkaskade wird durch die großen Sozialreformen und den Aufbau des Wohlfahrtsstaates charakterisiert. Die universalistische Wohlfahrtspolitik ermöglicht eine breite Normenakzeptanz und eine Hegemonialstellung der sozialdemokratischen Normen. Zeitlich lässt sich die zweite Phase zwischen den 1930er Jahren und den 1960er Jahren verorten.

Die dritte Phase ab Mitte der 1960er bis Mitte der 1980er Jahre lässt sich als Internalisierungsphase beschreiben, in der Normen einen Status allgemein anerkannter Legitimität und Gültigkeit erlangen. In dieser Arbeit soll gezeigt werden, dass mit der Internalisierung auch ein Internationalisierungsprozess einherging. Mit dem Erlangen einer innerstaatlich nicht mehr angefochtenen hegemonialen Position wurde der Versuch unternommen, die sozialdemokratischen Normen mithilfe der Neutralität auf die internationale Ebene zu exportieren.

2.1. Bruchstellen in der Neutralitätslegitimation

Tatsächlich hat sich die Grundstruktur des internationalen Systems in den letzten Jahrzehnten fundamental gewandelt. Agius nennt neben dem Ende des Kalten Krieges und der europäischen Integration auch die Terroranschläge des 11. September 2001 in den USA als einen entscheidenden Wendepunkt in der internationalen Rezeption der Neutralität (Agius 2006, 1-2).

So können diese drei geschichtlichen Zeitpunkte exemplarisch für die Bruchstellen der Legitimation der Neutralität in den großen theoretischen Strömungen der IR stehen. Realistische Ansätze sehen mit dem Ende der dualistischen Blocksituation im Kontext eines dauerhaften Konflikts die Voraussetzung für eine neutrale Außenpolitik nicht mehr

² Als *Sveriges socialdemokratiska arbetareparti* (SAP) gegründet wird die Sozialdemokratische Partei Schwedens heute mit S abgekürzt. In dieser Arbeit soll dieser Entwicklung Rechnung getragen werden, im Rückblick auf die historische Entwicklung soll das Kürzel SAP, in der Analyse der heutigen Situation die Abkürzung S verwendet werden.

gegeben, da sich die neutrale Position nicht mehr über eine Abgrenzung von zwei oder mehreren Machtformationen konstruieren ließ. Mit der europäischen Einigung, in die alle neutralen Staaten Europas (im Falle der Schweiz nur zum Teil) eingebunden sind, sehen VertreterInnen funktionalistischer und institutionalistischer Ansätze eine neutrale Position in der Sicherheits- und Außenpolitik als schwer vereinbar an. Und die diskursive Konstruktion des „Westens“ gegen die Bedrohung durch islamistisch motivierten Terror nach dem 11. September 2001 bot keinen Freiraum für neutrale Staaten.

3. Från arbetare till arbetarklass³ – Die Formation einer politischen Klasse

Im zeitlichen Vergleich zu Resteuropa zeigt sich in Schweden ein verzögerter Beginn der Industrialisierung, diese setzt dort erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein, noch 1870 sind 72% der Bevölkerung im Primärsektor beschäftigt (Heckscher 1954, 142). Die soziale Strukturierung der Beschäftigten im Agrarbereich hatte sich jedoch in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts verändert, die Zahl der selbstständigen Bauern und Landbesitzer war stark gesunken und ein lohnabhängiges agrarisches Proletariat entwickelte sich.

Nach den Landreformen des 18. Jahrhunderts, *enskiftet* und *storskiftet*, wurde mit dem *laga skifte* 1827 die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse von der gemeinsamen Nutzung in der Dorfgemeinschaft hin zum Einzeleigentum vollzogen. Die durch die Parzellierung entstehenden Einheiten waren oft nicht mehr existenzsichernd und förderten eine Verarmung der Landbevölkerung (Berman 1998, 42).

3.1. Doppelte Verschiebung – Industrialisierung und Wissenschaft

In den 1870er Jahren tritt Schweden in eine sehr schnelle und umfassende Industrialisierungsphase ein, innerhalb der folgenden 40 Jahre steigt das Durchschnittseinkommen pro Kopf um 130% (Sejersted 2011, 20). Parallel dazu etabliert sich ein neues Paradigma einer (natur-)wissenschaftlich-rationalen Sicht von Gesellschaft, staatlich organisiertem Zusammenleben, Politik und Ökonomie. Diese Verschiebungen zeigen sich auch in der Identitätsdebatte Schwedens, die Selbstwahrnehmung als militärische Großmacht in Europa verschiebt sich zum wissenschaftlichen und ökonomischen Großmachtsanspruch (Sejersted 2011, 16-18).

Der britische Liberalismus wurde auch in Schweden rezipiert, allerdings vor allem in Bezug auf individuelle Eigentumsrechte. Die Rolle des Staates wurde dagegen als aktive interpretiert, er sollte als „executive strategist für modernization“ agieren und finanziell

³ Unter diesem Titel veröffentlichte Ulf Magnusson 1996 seine lesenswerte Analyse der Formation einer politischen Arbeiterklasse im Kontext einer Fabrikstadt in Mittelschweden (Magnusson 1996).

sowie strukturell die wissenschaftliche Forschung als Motor der Industrialisierung (Sejersted 2011, 18-19) unterstützen.

3.2. Konservativer Backlash und sozialdemokratischer Aufbruch

Die ungünstige Konjunkturlage in der 1870er Jahren und die Agrarkrise ein Jahrzehnt darauf mobilisiert die beiden größten gesellschaftlichen Gruppen und mit der folgenden politischen Debatte um höhere Zölle und verstärktes protektionistisches Verhalten des schwedischen Staates treten breite gesellschaftliche Gruppen erstmals in den politischen Diskurs ein. Hier zeigen sich erstmals scharfe Trennlinien zwischen politischen Positionen, die von Massen getragen werden. Mit der Wahl zum *Riksdag* 1887 verdoppelt sich die Wahlbeteiligung auf 48% (Berman 1998, 42; Molin 1992, 18).

Die Protektionismusdebatte wurde durch die herrschenden Wahlrechtsregelungen entschieden, die Zulassung zum Wahlrecht war an Besitz und Vermögen gekoppelt, womit vor allem jene Gruppen, die von höheren Zöllen profitierten, im Parlament vertreten waren. ArbeiterInnen in Industrie und Landwirtschaft und die Kleinbauernschaft waren gegen protektionistische Maßnahmen, konnten darauf aber politisch keinen Einfluss nehmen. Protektionismus und antidemokratische, antisozialistische Positionen bildeten die Klammern um Konservative und Großbauern und konsolidierten das bürgerliche Lager (Berman 1998, 43; Molin 1992, 18).

Damit waren die grundlegenden gesellschaftlichen Muster gezogen, die Bruchlinie politischer Interessen verlief zwischen den ArbeiterInnen und ArbeitgeberInnen, die Ausgestaltung des modernen Parteiensystems hatte begonnen.

3.3. Landsorganisationen als starker Dachverband

Parallel zum späten Beginn der Industrialisierung wurde in Schweden auch die Frage einer organisierten ArbeiterInnenbewegung erst spät entdeckt. Das liegt natürlich zum einen daran, dass nur ein kleiner Teil der Schwedinnen und Schweden außerhäuslich beschäftigt war. Eli F. Heckscher zeigt aber auch weitere Gründe auf: So lagen die Produktionsstätten des größten Industriezweigs, des Eisenabbaus, isoliert in ruralem Gebiet, die Kommunikation zwischen den ArbeiterInnengruppen verschiedener Produktionsstätten funktionierte nur spärlich. Durch die rurale und isolierte Lage waren die ArbeiterInnen zudem in allen Lebensbereichen stark auf ihre ArbeitgeberInnen

angewiesen, grundlegende soziale Versorgung und Absicherung wurde lokal geboten (Heckscher 1954, 233-234).

Im Laufe der 1880er durchlief die ArbeiterInnenbewegung eine rasante Entwicklung, rückgreifend auf dänische Erfahrungen und unter der ideologischen Führung von August Palm stieg der Organisationsgrad in allen Industriebranchen. Nicht einmal zwei Jahrzehnte später wurde mit der *Landsorganisationen (LO)* die nationale Vertretung schwedischer ArbeiterInnen gegründet. Als Besonderheit im europäischen Vergleich ist hier zu nennen, dass der schwedische Staat die Gewerkschaftsbewegung in keiner Weise einschränkte oder behinderte. Richard F. Tomasson führt dies auf eine relative Politikferne der in den politischen Prozess eingebundenen oberen Klassen in einer weitgehend konfliktfreien Gesellschaft zurück. Der Druck der politisch nicht repräsentierten Arbeiterklasse wurde durch die Emigration⁴ vieler ArbeiterInnen abgefedert (Tomasson 1969, 778-779).

Die ArbeitgeberInnenseite reagierte schnell mit einer eigenen Vertretungsorganisation, 1902 wurde die *Svenska Arbetsgivareföreningen* (Schwedische Arbeitgeberorganisation, SAF) gezielt als Gegenentwurf zur LO gegründet (Korpi 1978, 62). Damit wurde der Klassenkampf auf die Straße verlegt, die Jahre zwischen 1890 und 1938 waren geprägt von unzähligen Streiks und Arbeitskämpfen (Åmark 1992, 73).

⁴ Im überwiegend agrarisch geprägten Schweden war die Emigration vor allem in die USA spätestens seit den 1860er ein Massenphänomen, insgesamt verließen bis 1920 etwa 1,3 Millionen Menschen das Land. Die Gründe dafür lagen in der Bevölkerungsexplosion des 19. Jahrhunderts, als innerhalb weniger Dekaden die durchschnittliche Lebenserwartung der SchwedInnen um 2/3 auf fast 70 Jahre stieg und die schnell wachsende Bevölkerung vor allem den agrarischen Sektor unter (zu) starken Druck setzten (Heckscher 1954, 254). Sejersted zeigt, dass am Phänomen der Emigration grundlegende Diskurse über die Zielrichtung gesellschaftlicher Entwicklung verhandelt wurden. So sah die traditionalistische Position eine Lösung in der Einführung einer kleinteilig und eigenverantwortlich geführten Landwirtschaft, welche die EmigrantInnen zum Bleiben oder Rückkehren motivieren sollte. Progressive Stimmen forderten die Forcierung der industriellen Entwicklung, um ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten für alle zu sichern (Sejersted 2011, 24).

3.4. Zusammenarbeit LO - SAP

Als die Gründung des politischen Arms der Gewerkschaften erfolgte, war die SAP organisatorisch eng mit ihnen verbunden. Nach Gründung der LO 1898 bedeutete eine Organisierung für ihre Mitglieder automatisch eine Doppelmitgliedschaft in der SAP. Diese enge Verflechtung brachte Konfliktpotential zwischen Klientelinteressen der Gewerkschaften und den langfristigen Zielen zur politischen Machtmaximierung der SAP mit sich. Klas Åmark nennt exemplarisch die Weigerung der Gewerkschaften, Streiks für das allgemeine Wahlrecht zu finanzieren oder die Verschleppung von gewerkschaftlichen Vorstößen zur industriellen Demokratie durch die SAP, die breite Wählerschichten halten wollte (Åmark 1992, 70).

In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zentralisierte sich die Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen immer mehr in der LO. Die Pflichtmitgliedschaft in der SAP wurde aufgehoben und die politischen Ziele der Partei und der Gewerkschaften wurden immer stärker ausdifferenziert. Den Bruch mit der engen Verflechtung zwischen den beiden Institutionen bildete das symbolisch wichtige *saltsjöbadsavtalet* (Abkommen von Saltsjöbaden, 1938), das eine direkte Lohnaushandlung zwischen den ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenorganisationen vorsah und somit die SAP aus dem Lohnverhandlungsprozess herausnahm.

Der Ausgleich des *saltsjöbadsavtalet* als „historic compromise between labour and capital“ (Petersson 1994a, 26) bildet die Basis des Schwedischen Modells (Magnusson 2000, 232-233).

3.5. Gewerkschaften heute

Mit dem Zusammenschluss der Gewerkschaften der Angestellten zur *Tjänstemännens Centralorganisation* (Zentralorganisation der Angestellten, TCO) 1944 und mit der Gründung der *Sveriges Akademikers Centralorganisation* (Zentralorganisation Schwedischer Akademiker, SACO) wurde die vor allem auf ArbeiterInnen konzentrierte LO im Interessenausgleich ergänzt.

Die LO, TCO, SACO und die SFO vertreten heute mit ihren Kollektivvertragsverhandlungen mehr als 90% der schwedischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen (OECD Economic Survey of Sweden 2011, 89). Der gewerkschaftliche Organisationsgrad betrug

2009 immer noch 71%, ein Spitzenwert im europäischen Vergleich (Medlingsinstitutets årsrapport 2010, 32).

Der seit 1938 praktizierte Prozess der jährlichen Interessensaushandlung von Löhnen und Arbeitsbedingungen zwischen ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenseite hat die früheren Arbeitskämpfe in eine institutionalisierte und friedliche Form übertragen und den gesellschaftlichen Wohlstandsgewinn weitgehend gleich verteilt, Schweden liegt im OECD-Vergleich an sechster Stelle und weit über dem OECD-Schnitt (OECD Society at a Glance 2011)⁵.

⁵Die Daten der späten 2000er Jahre wurden kulminiert, mit Slowenien, der Slowakei, Dänemark, Norwegen und der Tschechischen Republik liegen drei der neuen EU-Staaten und die zwei skandinavischen Nachbarländer noch vor Schweden.

4. Grundlagen des Verfassungssystems und der politischen Machtstrukturen

Die Auflösung des *Ståndsriksdagen* (Ständereichstag) 1866 trug dem immer stärker werdenden Druck der sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen auch verfassungsrechtlich Rechnung. Im *Ståndsriksdagen* waren die vier Stände, Adel, Klerus, Bürger und Bauern vertreten, dies zeigte zwar die lange Tradition freier Bauern, entsprach aber nicht mehr den realen sozialen Kräfteverhältnissen.

Der neue *Riksdagen* (Reichstag) war als Zweikammersystem gestaltet – mit der Ersten Kammer als Vertretung der bürokratischen Eliten, Großgrundbesitzer und Großunternehmer. Das Wahlrecht zur Zweiten Kammer richtete sich nach finanziellem Status sowie Geschlecht, so besaßen 21% der schwedischen Männer über 21 Jahren das Wahlrecht (Sveriges Riksdag, http://www.riksdagen.se/templates/R_Page_798.aspx, 09.03.2012). Die Kräfteverteilung in der Zweiten Kammer des *Riksdags* entsprach einem Drei-Parteien-System mit einem konservativen sowie einem liberalen Verbund und den Bauern als eigener Fraktion, allerdings alle noch nicht zu Parteien im heutigen Sinne konsolidiert. Während zwar die WählerInnenbasis verbreitert wurde, fungierte die Verfassungsänderung als entdemokratisierender Moment. Von den vier Ständen erfolgte eine Verschiebung der politischen Macht hin zur Ersten Kammer, diese wurde vom Adel und den Verwaltungseliten kontrolliert. Die Folgen waren eine Entmachtung der religiösen Eliten und die Verschiebung der politischen Macht der Bauern in die Zweite Kammer, in der sie eine starke Position einnahmen (Sejersted 2011, 51).

Die Debatte vor der Verfassungsänderung 1971 und der *Riksdagsordningen* 1974 verlief entlang der linken und bürgerlichen Blockgrenzen, wobei sich die *Folkpartiet*, traditionell Interessenspartner der Sozialdemokraten, in den bürgerlichen Block einreichte. Während die bürgerlichen Parteien ein gestärktes Parlament forderten, setzten sich die Sozialdemokraten mit ihrem Konzept einer starken Regierung gestützt von einer Parlamentsmehrheit und mit einfachen Mehrheiten regierend durch. Die Abschaffung der Zweiten Kammer und die Konzentration des WählerInnenwillens auf eine Wahl war eine gemeinsame Forderung beider Allianzen (Algotsson 2001, 53).

5. Grundstrukturen des schwedischen Parteiensystems

Ausgehend von Rokkan und Lipsets (1967) Modell lässt sich Schweden nur begrenzt als westeuropäischer Normfall darstellen. Die Cleavage zwischen Staat und Kirche zeigte sich im komplett protestantischen Land nicht als Spannungsfeld, ebenso nicht die Cleavage Zentrum – Peripherie. Wichtig für die Entwicklung des schwedischen Parteiensystems waren hingegen die Cleavages Arbeit – Kapital und Stadt – Land, Erstere als strukturierendes Element für die Vertreter der ArbeitnehmerInnen, die Sozialdemokraten und die Vertreter der bürgerlichen Klasse und des Kapitals, die Moderaten. David Arter schlägt als Spezifizierung eine fünfte Cleavage zwischen Sozialdemokratie und kommunistischen Konzepten vor, entlang deren Linien die Abspaltung der späteren *Vänsterpartiet* von der SAP 1917 stattfand (Arter 1999, 50). Das Parteiensystem lässt sich als eindimensional entlang einer Links-Rechts-Achse angeordnet charakterisieren (Arter 1999, 56).

5.1. Entwicklungsphasen der Parteien

Die Entwicklung des schwedischen Parteiensystems lässt sich grob in drei Phasen gliedern, die Phase der Proto-Parteien, die erste Welle der Parteigründungen und die zweite Welle der neuen Kleinparteien.

Im alten *Ståndsriksdagen* (Ständereichstag) und dem *Riksdagen* bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts formierten sich Gruppierungen von Abgeordneten ähnlicher politischer Positionierungen, die in etwa den entsendenden gesellschaftlichen Gruppen entsprachen. Als dauerhafte Fraktionen bildeten sich die konservativen, liberalen und agrarischen Gruppierungen heraus.

Mit der Gründung der SAP als erste landesweit und außerhalb des *Riksdags* organisierte moderne Partei folgten auch die drei Fraktionen des *Riksdags* nach und formierten sich als *Moderata Samlingspartiet*, *Centerpartiet* und *Folkpartiet*. Jede dieser Parteien entwickelte eine landesweit einheitliche, dauerhafte Organisation außerhalb der *Riksdagsfraktion* und trat auf allen politischen Wahlebenen an. Mit der Abspaltung der *Vänsterpartiet* von der SAP etablierte sich ein stabiles Fünf-Parteien-System mit wechselnden Kooperationen zwischen den Parteien.

Ende der achtziger Jahre etablierten sich zwei neue, teilweise schon länger existierende Parteien im politischen System. Die *Miljöpartiet* und die *Kristdemokraterna* entsprechen nicht mehr dem Typus einer Volkspartei, wie das etwa für die SAP in weitem Maße gelten muss, sondern sprechen klar begrenzte Interessenslagen an. Dies gilt besonders für die 2010 erfolgreichen *Sverigedemokraterna*. Mit dem Auftreten der neuen Kleinparteien hat sich einerseits ein System zweier Blöcke verfestigt, andererseits bewegten sich in den letzten 30 Jahren alle Parteien hin zu einer ideologischen Mittelposition. Vor allem im bürgerlichen Block, der *Alliansen*, finden sich ähnliche Positionen auf vier Parteien verteilt.

In seinen Grundzügen ist das schwedische Parteiensystem also seit seiner Etablierung Anfang des 20. Jahrhunderts gleich geblieben, ein Modellfall, der bis in die achtziger Jahre auch als „eingefrorenes Parteiensystem“ charakterisiert werden konnte (Jahn 2003, 106). Seither ist immer stärker ein "Wandel von alten Cleavages hin zu neuen Issue-Dimensionen" (Banholzer 2001, 58) sichtbar. Das vormalig stabile Fünf-Parteien-System erodierte mit dem Eintritt der Grünen, der Christdemokraten und zuletzt der rechtsextremen Schwedendemokraten (*Sverigedemokraterna* – SD) zu einem eher zersplitterten Acht-Parteien-System.

5.2. Charakteristikum Blockbildung

Kennzeichnend ist die Gruppierung der Parteien in einen Links- und einen Rechtsblock, wobei Ersterem die Sozialdemokraten (*socialdemokratiska arbetarepartiet* – S), die Linkspartei (*vänsterpartiet* – V) und die Grünen (*miljöpartiet* – MP) angehören. Der Rechtsblock umfasst die Moderate Sammlungspartei (*moderata samlingspartiet* – M), die Liberale Volkspartei (*folkpartiet liberalerna* – FP), die Christdemokratische Partei (*kristdemokraterna* – KD) und die Zentrumspariet (*centerpartiet* – C). Eine Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten wird von allen anderen Parteien ausgeschlossen. Sowohl die Grünen, die Linkspartei als auch die Schwedendemokraten nehmen gegenüber der EU eine klar ablehnende Position ein, alle anderen Parteien stehen der EU positiv gegenüber. Mit den Schwedendemokraten ist seit Oktober 2010 erstmals eine rechtsextreme Partei im Parlament vertreten, es ist davon auszugehen, dass diese sich zumindest in Südschweden als konstante politische Kraft etablieren wird.

5.3. Entstehung der SAP

Die „erfolgreichste sozialdemokratische Partei der Welt“ – jenes Etikett, mit dem die SAP stets bewundernd bedacht wurde bzw. noch immer wird. Erklärt wird dieser Erfolg mit verschiedensten Faktoren, so verweist Richard Tomasson auf die Pfadabhängigkeit im politischen System, auf die etablierten Aushandlungsprozesse zwischen den gesellschaftlichen Gruppen, sodass „a mechanism for compromising the interests of different social groups was well developed in Sweden even before the appearance of the Social Democrats“ (Tomasson 1969, 778). Pontusson sieht in der engen Anbindung an die Gewerkschaften einen stabilisierenden und mobilisierenden Moment (Pontusson 1984). Göran Therborn entwickelt fünf entscheidende Erfolgsfaktoren, die Offenheit zu den linken und rechten Parteien, das durch die Gewerkschaften eingebundene Element des Klassenkampfes, den hohen Organisationsgrad, gute taktische Arbeit und kompetente Engagement-Politik, um am Ende doch an schieres Glück zu glauben (Therborn 1992, 16-27 und 29-30)

Aber Glück ist keine politische und schon gar keine politikwissenschaftliche Kategorie. Die Frage nach den Wurzeln des Erfolgs wird sich daher noch weiter durch diese Arbeit ziehen, aber im Folgenden soll zuerst die Entstehung der SAP skizziert werden.

5.3.1. Die SAP – Parteigründung und Agenda-Setting

Mit der Gründung der *Sveriges socialdemokratiska arbetareparti* (SAP, heute S) 1889 entstand eine Dachorganisation für die diversen politisch aktiven Gruppierungen, Gewerkschaften und Sympathisanten. Reflektiert wurden diese Wurzeln auch in der politischen Agenda der neuen Partei, sie propagierten den Acht-Stunden-Tag und gemeinsam mit den Liberalen die Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht. Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1901 brachte die SAP ein breitenwirksames Thema auf die politische Agenda: Abrüstung (Molin 1992, 13). Dabei brachte die SAP die Interessen der ArbeiterInnen in den politischen Diskurs ein, die Liberalen vertraten die untere Mittelschicht.

Im Gegensatz zur deutschen Vorbildpartei agierte die SAP von Beginn an innerhalb der geltenden politischen Strukturen. Diese Position lässt sich sowohl aus schwedischer politischer Tradition (Tomasson 1969, 778) als auch aus einer politischen Zwangssituation heraus erklären, das restriktive Wahlrecht und die Größe der potentiellen WählerInnenbasis ließen politischen Erfolg für die SAP zuerst nur in Koalition

mit den Liberalen zu (Berman 1998, 56). Hjalmar Branting macht diese Position im ersten Wahlprogramm der SAP 1902 klar, wenn er die Arbeiter aufruft: „*att stödja den rena vänsterns man*“ – nämlich die wirklich linken Kandidaten zu unterstützen, auch wenn diese Liberale sind. Die Stimmen der Arbeiter sieht er als politische Masse, die es zu umwerben gilt, strukturelle Veränderungen werden nicht durch Revolutionen herbeigeführt, sondern durch das Incentive der zahlreichen ArbeiterInnenstimmen motiviert⁶ (SAP Val-Manifest 1902). Mit der Wahl 1896 war Branting auf der liberalen Liste als erster Sozialdemokrat in die Zweite Kammer gewählt worden (Berman 1998, 95). Mit der Reform 1909 erhielten männliche Staatsbürger das Wahlrecht für die Zweite Kammer und das ursprüngliche Mehrheitswahlrecht wurde in ein Verhältniswahlrecht überführt. Die erste Wahl nach neuem Wahlrecht brachte der SAP 28,5%, 1920 wurde die erste Regierung unter Beteiligung der SAP gegründet, ab 1932 sollte die Partei für 44 Jahre an der Macht bleiben.

5.3.2. Wählerbasis

Zwei Besonderheiten zeichnen die SAP aus; die außerordentlich langen Perioden, in denen die Partei in der Regierung war und der außergewöhnlich hohe Mobilisierungsgrad ihrer WählerInnenschichten. Ein Spezifikum der schwedischen Sozialdemokratie ist die Heterogenität ihrer WählerInnenbasis, die späte Industrialisierung, dezentralisierte und kleine Industriezentren und eine stark im ruralen Bereich verankerte Bevölkerung zwangen die SAP zu einer Ausweitung ihrer Zielgruppen auf die lohnabhängige LandarbeiterInnen, ForstarbeiterInnen und FischereiarbeiterInnen (Artner 1999, 54).

Traditionell orientiert sich die Parteienpräferenz in Schweden stark an den soziologischen Merkmalen der Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Schicht bzw. Klasse und am Berufsstand der WählerInnen (Korpi 1978, 270). Dies liegt einerseits darin begründet, dass in Absenz von Religionsdifferenzen, ethnischen Konflikten und regionalen Konflikten die Klassenfrage die wichtigste Basis politischer Cleavages darstellt. Andererseits sieht Walter Korpi darin auch den Erfolg sozialdemokratischen Agenda Settings, das bis in die

⁶ "Allmän, lika och direkt rösträtt, [...] detta vårt gamla kraf är i allt virrvarr, all lek med ord, som nu bedrifves, den fasta punkten, vid hvilken Sveriges arbetare skola orubbligt hålla sig och där de skola pröfva dem, som begära deras röster" ("Allgemeines, gleiches und unmittelbares Wahlrecht [...] diese alte Forderung in all diesem Chaos, allen Wortspielen, die gerade betrieben werden, ist der springende Punkt, an den sich die schwedischen Arbeiter unbeirrbar halten werden, und an dem sie all jene messen werden, die ihre Stimmen wollen" SAP Val-Manifest 1902, eigene Übersetzung).

siebziger Jahre Wohlfahrtsfragen ins Zentrum rückte und klassenübergreifende Themen wie nukleare Abrüstung, die Frage der Monarchie, NATO- und EWG-Beitritt verdrängte (Korpi 1978, 271).

Mit den allgemeinen Wohlfahrtszugewinnen der zweiten Jahrhunderthälfte lösten sich die Trennschärfen zwischen den Parteien und ihrer WählerInnenbasis zunehmend auf, weil sich die Verteilungskonflikte durch sinkenden Knappheitsdruck abschwächten.

„Under conditions of political democracy and the general security provided by the welfare state, economic and class interests are precisely those about which men are most willing to compromise. Cleavages over religion, language, region, and ethnic group touch the core of men's existence in ways, that these issues do not.“
(Tomasson 1969, 777).

Die Emergenz einer großen, heterogenen Mittelklasse brach die traditionellen Zuschreibungen weiter auf, sie bietet ein umfangreiches Stimmenreservoir, auf das mehrere Parteien Zugriff haben. Jan Sundberg schlägt drei Differenzierungsmodelle der Mittelklasse vor, eine zeitliche, eine vertikale Differenzierung und eine zwischen privatem und öffentlichem Sektor. In der Unterscheidung zwischen alter und neuer Mittelklasse lassen sich Erstere überwiegend dem WählerInnenpotential der Moderaten zurechnen, Letztere den Sozialdemokraten. Wird dagegen nach finanzieller Stellung unterschieden, so wählt wiederum die obere Mittelklasse eher die Moderaten, die finanziell schwächeren Schichtungen der Mittelklasse eher sozialdemokratisch. Entscheidend ist in einem gewissen Maße auch die Differenzierung nach Beschäftigung im privaten oder öffentlichen Sektor. Der überwiegende Teil öffentlich Beschäftigter ist Teil der unteren Mittelschicht und sehr oft weiblich. Auch hier lässt sich eine Präferenz für die Sozialdemokraten erkennen (Sundberg 1999, 235).

Die Sozialdemokraten sackten bei der Wahl 2010 auf 30,66% der Stimmen ab, das schlechteste Ergebnis bei einer landesweiten Wahl seit fast hundert Jahren, seit 1914. Seit 2002 haben die Sozialdemokraten fast 10% ihrer WählerInnen verloren, seit fünf Jahren ist die Partei in der Opposition.

5.4. Charakterisierung der Parteien

Der folgende Abschnitt soll einen kurzen Überblick über die schwedische Parteienlandschaft geben. Berücksichtigt werden hier nur Parteien, die aktuell im schwedischen *Riksdag* vertreten sind.

5.4.1. Moderata samlingspartiet (M)

Lange als lose Gruppierung in den zwei Reichstagskammern organisiert, gründeten die Konservativen als Reaktion auf SAP und Liberale 1904 eine eigene landesweite Organisation, den *Allmänna Valmansförbundet* (Allgemeinen Wahlverbund), in dem 1912 auch die Riksdagsfraktion *Lantmanna Parti* (Partei der Landbevölkerung) aufging. Unter dem Namen *Högers riksorganisation* (Reichsorganisation der Rechten) und *Högerpartiet* (Rechtspartei) traten die Konservativen bis zum Ende der 60er Jahre auf. Danach verabschiedeten sie sich nicht nur inhaltlich, sondern auch namentlich von einem Selbstverständnis als „rechte Partei“ und wechselten zur heutigen Bezeichnung.

Unter dem heutigen Parteichef Fredrik Reinfeldt wurde ein Modernisierungsprozess unternommen, die Partei tritt heute unter der Eigenbezeichnung „*Nya Moderaterna*“ (Neue Moderate) auf und hat in weiten Teilen den sozialdemokratisch geprägten gesellschaftlichen Grundkonsens übernommen. Ihre Stilisierung als „die moderne Arbeiterpartei“ („*Vår tids arbetarparti*“, *Moderaterna Handlingsprogram* 2007) bestätigt die These von der „Sozialdemokratisierung der bürgerlichen Parteien“ von Ralf Dahrendorf, die sozialdemokratischen Positionen wurden zur „Haltung der Mehrheit, [...] Haltung der Mehrheitsklasse“ (Dahrendorf 1987, 1027).

Die Partei bezeichnet sich als liberalkonservativ, ihre politischen Grundpositionen lassen sich stark vereinfacht mit Reduzierung der Rolle des Staates und Aufwertung der individuellen Freiheit und Verantwortung, Steuersenkungen und liberaler Sozialpolitik umreißen. Das schwedische System mit starkem Wohlfahrtsstaat, aktivem internationalem Engagement und sozialem Ausgleich stellen die Moderaten allerdings nicht grundlegend in Frage. Konflikte mit den Sozialdemokraten ergeben sich in Sachthemen, etwa in der Atomkraftfrage und der Zukunft der Neutralität (*Moderaterna Handlingsprogram* 2007 und *Moderaterna Idèprogram* 2011), wobei der NATO-Beitritt Schwedens und damit die Aufgabe der Neutralität momentan von den Moderaten nicht aktiv verfolgt werden.

Die WählerInnenbasis der Moderaten entspricht etwa jener ihrer europäischen Schwesterparteien, vor allem Selbstständige, Angestellte aus dem privaten Sektor und Beamte zählen hinzu. Die Partei ist vor allem in den großen Städten verankert (Petersson 1994a, 142). Die *Moderaterna* stellen mit Fredrik Reinfeldt seit 2006 den Premierminister und erreichten bei der Wahl 2010 mit 30,06% ihr bestes Ergebnis seit fast 100 Jahren.

5.4.2. Centerpartiet (C)

Die Existenz einer Agrarpartei als stabilen Bestandteil des Parteiensystems stellt eine Besonderheit der skandinavischen Politik dar (Petersson 1994b, 44), in den meisten europäischen Ländern werden die Interessen der Landwirtschaft unter konservative Parteien subsumiert. Die *Centerpartiet* entspricht dem Typus einer Bauernpartei⁷ nach Rokkan/Lipset (1967, 44).

Aus der Bauernbewegung 1913 als moderne Parteiorganisation entstanden, verschob sich die politische Positionierung der *Centerpartiet* immer wieder zwischen den Blöcken, bis Ende der fünfziger Jahre stützte die C sozialdemokratische Regierungen, ebenso Mitte der neunziger Jahre. Dazwischen und seit 2006 ist sie als Teil der *Alliansen* (bürgerliche Allianz) in einer bürgerlichen Koalition mit M und der liberalen *Folkpartiet*.

Traditionell ist die Partei besonders stark im ruralen Bereich und bei KleinunternehmerInnen verankert, die politischen Eckpfeiler sind landwirtschaftliche Entwicklung, Nein zur Atomkraft, Umweltschutz und Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung. Unter der im September 2011 zurückgetretenen Parteichefin Maud Olofsson haben sich die sozialliberalen Positionen in Richtung neoliberaler Konzepte verschoben und feministische Konzepte wurden integriert (*Centerpartiets valmanifest* 2010). Bei der Riksdagswahl 2010 stimmten 6,56% der WählerInnen für die *Centerpartiet*.

⁷ Bauernparteien entwickeln sich im Modell von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan entlang der Cleavage Stadt versus Land, begünstigt durch einen starken Primärsektor mit flachen Hierarchien. Rokkan/Lipset identifizieren vier Faktoren, welche die Etablierung einer Bauernpartei fördern:

1. Schwache Städte und Industriezentren bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechts
2. Flache Hierarchien im Primärsektor, vor allem im Familienverbund geführte agrarische Einheiten, keine starke agrarische Elite
3. Kulturelle Differenzen, kulturelle Abgrenzung zwischen urbanem und ruralem Raum
4. Gebiete ohne oder mit sehr schwachem katholischen Einfluss (Rokkan/Lipset 1969, 45-46).

5.4.3. Folkpartiet liberalerna (FP)

Ursprünglich die Partnerin der SAP im Konflikt um das allgemeine Wahlrecht und sozialliberal positioniert vertritt die *Folkpartiet* zunehmend rechtspopulistische und konservative Positionen. Ihre politischen Forderungen umfassen Kriminalitätsbekämpfung, Reduzierung der Rolle des Staates, Nutzung von Atomkraft und strengere Einwanderungsregelungen (*Folkpartiet liberalernas partiprogram* 2009).

Die *Folkpartiet* ist pro-europäisch, fordert die Einführung des Euro und den NATO-Betritt Schwedens.

Ihre WählerInnen kommen vor allem aus der Mittelklasse und den höheren Bildungsschichten. Ebenso wie die *Centerpartiet* ist die *Folkpartiet* Teil der *Alliansen* und aktuell in der Regierung vertreten, sie erreichte bei der Wahl 2010 7,06% der Stimmen.

5.4.4. Kristdemokraterna (KD)

Obwohl schon 1964 gegründet konnten die *Kristdemokraterna* erst Ende der achtziger Jahre relevante Stimmengewinne verzeichnen und brachen gemeinsam mit der *Miljöpartiet* das stabile Fünf-Parteien-System auf. Die *Kristdemokraterna* stützen sich auf die schwedische Freikirchenbewegung, haben aber ihr stark christlich-konservativ geprägtes Programm zunehmend liberalisiert (Brommesson/Gissur 2010, 172). Die Partei steht vor einem ideologischen Generationenkonflikt, vor allem der Jugendverband fordert ein radikal wertorientiertes und libertäres Programm nach Vorbild der US-amerikanischen Tea Party-Bewegung⁸. Die ideologischen Eckpfeiler bilden das christliche Menschenbild, eine reduzierte Rolle des Staates, konservative Sozialpolitik, Subsidiaritätsprinzip, Umweltschutz und Entwicklungshilfe. Die *Kristdemokraterna* fordern eine vollständige Integration der schwedischen Außen- und Sicherheitspolitik in

⁸ Aron Modig, Vorsitzender des KD-Jugendverbandes *Kristdemokratiska Ungdomsförbundet*: „Wollen wir weiter in einer Hochsteuergesellschaft leben, in der Familien ständig vorgeschrieben wird, wie sie ihr Leben leben sollen und wo sich die Kriminalität ausbreitet? Oder wollen wir die hohe Steuerlast überwinden, Familien und die Zivilgesellschaft stärken und die Kriminalität mit harten Strafen und mehr Polizei bekämpfen? Ein schwedisches Gegenstück zur Tea-Party-Bewegung würde uns sicher dabei helfen, bürgerliche Politik für die Zukunft zu formulieren. Das wäre sehr positiv.“ („*Vill vi fortsätta leva i ett högskattesamhälle där familjer ständigt ges nya pekpinna om hur de ska leva sina liv och där brottsligheten tillåts breda ut sig? Eller vill vi på allvar få bukt med det höga skattetrycket, stärka familjens och civilsamhällets roll i samhället samt bekämpa kriminaliteten med hårdare straff och fler poliser? En svensk motsvarighet till Tea Party-rörelsen skulle garanterat hjälpa till att formulera berättelsen om framtidens borgerliga politik. Det hade varit mycket positivt.*“ Modig 2011, eigene Übersetzung).

die europäischen Strukturen, dies soll schlussendlich in der Aufgabe der Neutralität enden (*Kristdemokraternas principprogram* 2001).

Gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien sind die *Kristdemokraterna* seit 2006 in der Regierung vertreten und konnten 2010 5,6% der Stimmen auf sich vereinen.

5.4.5. Miljöpartiet de gröna (MP)

Die *Miljöpartiet* entwickelte sich 1981 aus der Anti-Atomkraft- und Umweltschutzbewegung und ist seit 1994 dauerhaft im *Riksdag* vertreten. Gemeinsam mit den Sozialdemokraten und der *Vänsterpartiet* trat die *Miljöpartiet* analog zur *Alliansen* als „*de rödgröna*“ auf, eine linke Kooperation vor der Riksdagswahl 2010. Nach dem Wahlsieg der *Alliansen* wurde die Kooperation beendet.

Die politischen Schwerpunkte der *Miljöpartiet* liegen im Umweltschutz, in Green Jobs, dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates und einer gleichberechtigten Gesellschaft. Die schwedische Neutralität soll beibehalten werden, einen NATO-Beitritt lehnt die *Miljöpartiet* ab (*Valmanifest Miljöpartiet de Gröna* 2010). Die Grünen konnten bei der letzten Wahl 7,34% erreichen und sind damit die drittstärkste Kraft im *Riksdag*. Sie sind besonders im urbanen Gebiet, bei Frauen und bei WählerInnen mit höherer Bildung stark.

5.4.6. Vänsterpartiet (V)

1917 spaltete sich die *Vänsterpartiet* von der SAP ab und etablierte sich als kommunistische Partei. Seit Anfang der neunziger Jahre hat die *Vänsterpartiet* ihre politische Ausrichtung verändert und vertritt nun eine sozialistische und feministische Politik.

Politische Forderungen umfassen neben einer Marktwirtschaft mit starkem staatlichen Einfluss, eine feministische und gleichberechtigte Gesellschaft, einen starken Staat und öffentlichen Sektor und eine Ablehnung der Europäischen Union. Außerdem fordert die *Vänsterpartiet* die grundsätzliche Auflösung aller Militärallianzen, spricht sich demnach gegen einen NATO-Beitritt Schwedens aus und unterstützt die Beibehaltung der schwedischen Neutralität (*Partiprogramet Vänsterpartiet* 2008). Vor der Riksdagswahl 2010 war die *Vänsterpartiet* Teil der „*rödgröna*“, sie erreichte 5,6% der Stimmen.

5.4.7. Sverigedemokraterna (SD)

Der Einzug der *Sverigedemokraterna* in den *Riksdag* 2010 markiert einen Bruch im schwedischen Parteiensystem, in dem bisher keine relevante rechte oder rechtspopulistische Partei vertreten war. Die *Sverigedemokraterna* sind vor allem in Skåne in Südschweden verankert und knüpfen an faschistische Gruppierungen an. Die grundlegende politische Ausrichtung der Partei ist nationalistisch und rechtspopulistisch, wobei auch immer wieder rechtsextreme Positionen offen vertreten werden.

Die *Sverigedemokraterna* lehnen eine multikulturelle Gesellschaft ab, sie treten für einen starken, exklusiven Wohlfahrtsstaat, strenge Einwanderungspolitik, Kriminalitätsbekämpfung, traditionelle Familien- und Gesellschaftskonzepte und gegen die Europäische Union auf. Gemeinsame Verteidigungspolitik ist für die *Sverigedemokraterna* im Verbund mit den nordischen Ländern anzustreben, andernfalls unterstützen sie die Neutralitätspolitische Formel von 1992⁹, die Schwedens Außen- und Sicherheitspolitik als allianzfrei – mit dem Ziel, im Kriegsfall neutral zu sein – festlegt (*Sverigedemokraternas principprogram* 2011).

Mit einem auf Immigration und Kriminalität konzentrierten Wahlkampf konnten die *Sverigedemokraterna* ihren Stimmenanteil 2010 auf 5,7% verdoppeln, die Partei ist im *Riksdag* allerdings isoliert.

⁹ Zur ausführlichen Darstellung der Entwicklung der schwedischen Neutralitätsdefinitionen siehe unten.

6. Grundlagen der Ideologie

Forschungsperspektive dieser Arbeit ist es, zu zeigen, dass die Neutralität als Trägervehikel einer spezifischen sozialdemokratischen Ideologie fungiert und so einen internationalen Export sozialdemokratischer Werte und Normen ermöglicht. Die Grundüberlegungen sollen hier noch einmal kurz dargelegt werden.

Die grundlegenden Werte wie Gleichheit und Freiheit, Solidarität und soziale Sicherheit sind universelle Werte und in ihrer Geltung nicht auf Schweden beschränkt. Dieser Universalitätsanspruch erschwert eine moralisch und ideologisch legitime Beschränkung auf ein politisch-geographisch eingegrenztes Feld, die sozialdemokratische Ideologie enthält daher einen inhärenten Eskalierungsdruck. In dieser Arbeit wird argumentiert, dass die moralisch immunisierende außenpolitische Praxis der Neutralität einen Overspill der eigenen Werte und Normen auf die internationale Ebene ermöglicht.

Aus diesem Grund wird den Grundlagen sozialdemokratischer Politik hier breiter Raum gegeben. Dies hilft dabei, zu verstehen, wie diese ideologische Basis gelagert ist und woher dieser Eskalierungsdruck kommt.

6.1. Was ist sozialdemokratisch?

Verwurzelt in den Idealen der Französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – sieht Walter Korpi die ideologische Basis der SAP und stellt die Partei damit in einen ideologiegeschichtlichen Entwicklungskontext des Liberalismus (Korpi 1978, 76). In der Priorisierung dieser Werte differiert die schwedische Sozialdemokratie allerdings grundlegend vom Liberalismus; Freiheit ist nicht vorgereicht, sondern stellt sich als Symbiose zur Gleichheit dar, „the demand for equality is seen also as a demand for equality in freedom“ (Korpi 1978, 76).

Wirtschaftswachstum, Gleichheit, Arbeit, Rationalität, starker Staat und Internationalismus – in Rückgriff auf Ralf Dahrendorf umreißt Arne Ruth nicht nur die sozialdemokratischen Grundwerte mit diesen sechs Begriffen, sondern weitert ihren Bedeutungshorizont auf eine grundlegende Spezifizierung politischer Werte des gesamten Nordens aus (Ruth 1984, 55). Zentrale Metanarrative umfassen den Diskurs der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes, der Fortschrittlichkeit, den schwedischen Wohlfahrtsstaat und die internationale Orientierung des Landes, vor allem in der

Entwicklungspolitik (Ruth 1984, 61-69). Ann Towns fügt „*jämställdhet*“, die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern als eines der zentralen Metanarrative der schwedischen Politik hinzu (Towns 2002, 158).

Was aber ist nun sozialdemokratisch? Furniss und Tilton formulieren sechs grundlegende Werte, nämlich „equality, freedom, democracy, solidarity, security and efficiency“ (Furniss/Tilton 1977, 38). Henry Milner ergänzt dies in seiner zehn Jahre später erschienenen Analyse um sechs „basic principles [...] governing human relations in a modern social democracy“: Wirtschaftliches Wohlergehen, Arbeit, soziale Solidarität, Demokratie, Partizipation und Zugang zu Informationen (Milner 1989, 4-6).

Ergänzt wird diese Charakterisierung von Arne Ruth durch den Wert der *trygghet*, dem genuin schwedischen Begriff der Absicherung, Sicherheit und Geborgenheit im Staat, Wohlfahrtsmodell und Gleichheit als spezifisch sozialdemokratische Werte (Ruth 1984, 56).

6.2. Schwedische Beiträge zur sozialdemokratischen Theoriebildung – mehr als Pragmatismus?

Die Frage nach der theoriebildenden Kraft der schwedischen Sozialdemokratie schien lange Zeit klar beantwortet, so bezweifelt Marquis Childs bereits 1939 die ideologische Fundierung des schwedischen „Mittelwegs“:

The wisdom of the Swedes lies above all in their willingness to compromise, to meet what appears to be reality. They have not been ‚bound‘ by a ‚system‘, nor have they been committed to dogma. In a sense they are the ultimate pragmatists interested only in the social order. This may explain why their contribution to political and social thought is slight. (Childs 1947, 161).

Eine ähnliche Position fasste Gunnar Adler-Karlsson unter dem Schlagwort des „funktionalen Sozialismus (*Funktionssocialism*)“ zusammen (Adler-Karlsson 1967), Hugh Heclo und Henrik Madsen als „principled pragmatism“ (Heclo/Madsen 1987). Und gerade den Verzicht auf ideologisch geprägtes politisches Handeln, stattdessen eine stark evidenzorientierte pragmatische Politik sieht Herbert Tingsten als zentralen Erfolgsfaktor der schwedischen Sozialdemokratie (Tingsten 1941).

In der aktuellen Literatur wendet sich diese Position zunehmend, exemplarisch seien hier dafür Tim Tiltons umfassende Aufarbeitung sozialdemokratischer TheoretikerInnen (Tilton 1991) und Christine Agius' Forschungen zur sozialen Konstruktion schwedischer

Neutralität (Agius 2006) genannt. Auch in dieser Arbeit soll von einer eigenständigen und klaren theoretischen Fundierung schwedischer Politik ausgegangen werden, die zeitlich bereits sozialdemokratische Konzeptionierungen des späten 20. Jahrhunderts vorwegnahm.

6.3. Abgrenzungen zum Marxismus

„Der Sozialismus ist älter als Marx, also stirbt er auch nicht mit Marx oder dem Marxismus“ (*„Socialismen är äldre än Marx, alltså dör den inte med Marx eller marxismen“* Wigforss 1949, 1, eigene Übersetzung). So setzt Ernst Wigforss, langjähriger Finanzminister und der wichtigste sozialdemokratische Theoretiker, seiner Analyse der ideologischen Grundpfeiler von Sozialismus und Sozialdemokratie eine klare Abgrenzung zum Marxismus voraus. Während also die theoretischen Positionen der schwedischen Sozialdemokratie auf marxistischen Positionen aufbauten, grenzte sich Wigforss vom Determinismus des historischen Materialismus ab, stellte aber seine Ausgangspunkte nicht in Frage:

„Nach kritischer Analyse bleibt die realistische Sicht auf jene treibenden Kräfte der Gesellschaftsentwicklung, die einst so missverständlich materialistische Geschichtsauffassung genannt wurden, zum großen Teil bestehen. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik, Wirtschaft und Ideologie wurde selten aus den Augen verloren. Er ermöglicht es der Sozialdemokratie, ihre Vorhaben langfristig anzulegen und eine kontinuierliche Politik zu gestalten, die den wechselnden Meinungen standhält.“

(*„Under all kritisk granskning bevaras mycket av den realistiska syn på drivkrafterna i samhällsutvecklingen, som en gång fått det missförståeliga namnet materialistisk historieuppfattning. Sambandet mellan ekonomi och politik, ekonomi och ideologi har sällan förlorats ur sikte. Det har låtit socialdemokratin se sina uppgifter på längre sikt, gett partiets politik en större kontinuitet, ökat dess förmåga att stå emot tillfälliga växlande opinionsvindar.“* Wigforss 1949, 2, eigene Übersetzung).

Nicht also die grundlegenden Ideen stellen die schwedischen Sozialdemokraten infrage, sondern den determinierten Geschichtsverlauf ausgehend von einer spezifischen Situation. Obwohl diese Situation mit einer scharfen Trennung zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern und Vermögenden der schwedischen Gesellschaft entsprach, zeigte sich doch keinerlei Tendenz zur revolutionären Verschiebung von Privateigentum in Kollektiveigentum. „Denn wenn die ökonomische Entwicklung zeigt, dass sie keineswegs der Theorie entspricht“, so Wigforss (*„Men om den ekonomiska utvecklingen visade tecken till att inte alldeles gå efter teorins utsagor“* Wigforss 1952, 13, eigene Übersetzung), ist eine Anpassung von Annahmen und Prognose erforderlich:

„Aber gleichzeitig ist ein Teil der Ungewissheit dieser neuen Lage in der Frage verwurzelt, wie stark wir uns als gebunden von ökonomischen Tendenzen gebunden verstehen, in welchem Ausmaß wir ihnen entgegenwirken können und welche Kräfte und Motive in den Menschen selbst sich in Bewegung setzen und eine prägende Rolle in der zukünftigen Entwicklung spielen können.“

(„Men samtidigt har en del av ovissheten i det nya läget just sin rot i frågan hur hårt vi måste anses bundna av det ekonomiska livets egna tendenser, inom vilka gränser vi kan påverka dem, vilka olika krafter och motiv inom människorna själva som kan sättas i rörelse och spela en roll vid utformningen av framtiden.“ Wigforss 1949, 2; eigene Übersetzung).

Die wirtschaftlichen Strukturen einer Gesellschaft wirken also prägend und limitierend, determinieren aber nicht den Geschichtsverlauf oder führen zu einer automatischen Emergenz des Sozialismus (Tilton 1991, 42). Der Sozialismus kommt nicht „wie ein Dieb in der Nacht, [... sondern] die Arbeiterbewegung prognostiziert diese Entwicklung, bereitet sie vor und trägt sie. Es sind keine unsichtbaren Kräfte, die unbemerkt von den Menschen am Werk sind“ (*„Socialismen kommer inte som en tjuv i natten, utan att någon anar det. Arbetarrörelsen förutser den, förbereder den och bär den upp. Det är inte bara blinda krafter som verkar omedvetet för människorna själva“* Wigforss 1952, 103, eigene Übersetzung).

Diese Argumentationslinie führt Nils Karleby, der zentrale Ideologe und Theoretiker der frühen schwedischen Sozialdemokratie, weiter und deutet die sozialistische Revolution in eine Revolution diskursiven Charakters um, in der kulturelle und intellektuelle Positionen entscheiden:

„There is a kind of class struggle chauvinism, which is no less harmful than political chauvinism, and which thinks only of external battles, revolutions, political triumphs, and other brilliant trials with dead weapons, but which overlooks the living weapon, the inner cultural superiority, without which all external struggle is vanity. It is not in our fists, but in our brains, that we possess the future“ (Skånska Socialdemokraten 08.10.1918, zit. nach Tilton 1991, 76; Hervorhebungen im Original)

Karleby greift hier die auf die dieser Arbeit zugrundeliegende Hypothese zurück, dass es Ideen und geteilte Vorstellungen sind, die eine politische Wirklichkeit gestalten und begreift den Transitionsprozess zu einer sozialdemokratischen Gesellschaft als „extended social and economic process“, in der „superiority out in the life of society“ (Tilton 1991, 76-77), also die diskursive Dominanz der sozialdemokratischen Positionen, den entscheidenden politische Machtfaktor darstellen.

Ebenso wie Karleby zieht Wigforss eine scharfe Abgrenzung zum „diktatorischen Staatssozialismus“ (*„diktatorisk statssocialism“* Wigforss 1952, 14) am Beispiel Russlands,

der Sozialismus der schwedischen Arbeiterbewegung war von Anfang an demokratisch konzipiert (Wigforss 1952, 12).

6.4. Die sozialistische Gesellschaft als politisches Ideal

Mit dieser Ablehnung einer automatisierten Revolution öffnete Wigforss eine Flanke in der sozialdemokratischen Theoriebildung; wenn nicht ökonomische Strukturen eine sozialistische Gesellschaft bedingten, dann bedurfte der sozialdemokratische Staat einer neuen, externen Legitimation. Dieses grundlegende Problem überbrückte Ernst Wigforss mit einem konzeptionellen Kunstgriff, der Einführung „provisorischer Utopien“ und einer attraktionsgetriebenen Legitimation der sozialdemokratischen Gesellschaft durch ansprechende Werte (Tilton 1991, 50).

Das Konzept einer provisorischen Utopie überbrückt als revidierbares Konzept einer idealen Zukunft das Fehlen einer absoluten Zielsituation im demokratischen Sozialismus. Es stellt eine praktische Ausgestaltung der ideologischen Grundsätze dar:

„Eine Ideologie gibt allgemeine Richtlinien vor. Beiden Werten, der Wirklichkeitsvorstellung und den Handlungslinien können aber auch mit konkreten Inhalten ausgehend von der realen Situation gefüllt werden, nicht nur ausgehend von den Einstellungen der handelnden Personen und den Möglichkeiten, diese zu erreichen. Ein so konkretisiertes Zukunftsbild kann als provisorische Utopie bezeichnet werden.“

(„En ideologi ger allmänna riktlinjer. Både väderingar, verklighetsbild och handlingslinjer får ges ett konkret innehåll med utgångspunkt från förhållanden som råder, inte minst de förhållanden som kallas människors inställning och möjligheter att påverka den. End framtidsbild med sådant konkret innehåll kann kallas en provisorisk utopi.“ Wigforss 1967, 373, eigene Übersetzung).

Wigforss kehrt dafür aber Ursache und Wirkung des klassischen Marxismus um. Geht dieser von einem fixierten Idealzustand einer Gesellschaft ohne Klassengegensätze aus und entwickelt daraus politische Handlungsanleitungen und Entwicklungsprognosen, so definiert Wigforss für sein Konzept des demokratischen Sozialismus umgekehrt wertebasierte Richtlinien, deren Zielzustand nur vorläufig festgesetzt und an reale Entwicklungen angepasst werden können (Wigforss 1952, 108-109). Daraus ergibt sich eine relativ kleinteilige, reformorientierte Politik, die in einem ständigen Re-Evaluierungsprozess steht.

Voraussetzung für diese Form des Verständnisses von Sozialismus als politische Ideologie im Rahmen einer demokratischen Staatsform ist eine Inklusion aller

Bevölkerungsgruppen, eine Konfliktsituation zwischen Bevölkerungsschichten, die in der Entmachtung und Exklusion einer Gruppe resultiert, ist unter demokratischen Bedingungen nicht möglich. Sowohl in den Texten Ernst Wigforss' als auch Nils Karleby spielt daher das Konzept des Klassenkampfes keine große Rolle. Der sozialdemokratische Staat fungiert als balancierende Institution zwischen den verschiedenen (ökonomischen) Interessen und parallel als nivellierende Institution, indem er durch politische Reformen die ökonomische Basis seiner BürgerInnen und damit ihre spezifischen Interessenslagen aneinander angleicht. „Der Kampf der Arbeiterklasse ist damit“, stellt Karleby klar, „eine *Vollendung* und nicht ein Bruch mit dem Werk der bürgerlichen Klasse“ („*Arbetarklassens kamp är ett fullföljande av, icke en brytning med borgarklassens verk*“ Karleby 1976, 6; Hervorhebung im Original, eigene Übersetzung).

6.5. Grundlegende Werte

Die hier vorgenommene Charakterisierung der ideologischen Position der schwedischen Sozialdemokraten als wertegetriebene Politik verlangt nach einer genaueren Betrachtung dieser zugrundeliegenden Werte. Eine Annäherung aus verschiedenen theoretischen Perspektiven soll hier vorgenommen und im weiteren Verlauf die genannten Begriffe ausführlich diskutiert werden.

6.5.1. Begriffsdefinitionen

Im europäischen Vergleich nimmt die schwedische Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie eine Nachzüglerrolle ein und trat damit in einen bereits sehr differenzierten politischen und ideologischen Diskurs ein. Sichtbar wird dies am Umgang mit der Eugenbezeichnung „sozialdemokratisch“, während der Parteiname von Beginn an die demokratische und reformistische Ausrichtung der Partei deutlich machte, wird in allen theoretischen Grundlagentexten mit mehreren synonym verwendeten Begriffen gearbeitet und auf die bereits vorgenommene genaue Differenzierung im europäischen Diskurs aufgebaut. Deutlich wird dies besonders an der Verwendung der Begriffe „sozialdemokratisch“ und „sozialistisch“, beide sind synonym in der Bedeutung „sozialdemokratisch“ aufgeladen, die Vertrautheit der RezipientInnen dieser politischen Sprache mit den grundlegenden Diskursen über reformistische und revolutionäre sozialistische Praxis wird als gegeben vorausgesetzt.

In dieser Arbeit sollen diese spezifischen Charakteristika der schwedischen sozialdemokratischen Tradition erhalten bleiben. Die synonyme Verwendung von „sozialistisch“ und „sozialdemokratisch“ ist daher trotz der damit einhergehenden begrifflichen Unschärfe eine bewusste Entscheidung, die Bedeutung beider Bezeichnungen entspricht dem Begriff „sozialdemokratisch“ und schließt, wo nicht explizit erwähnt, nicht an revolutionäre sozialistische Theorien an.

6.5.2. Werte und Grundsätze

Ernst Wigforss stellt sechs Grundwerte in den Mittelpunkt seiner theoretischen Überlegungen; zentral die Frage der Gleichheit und der Freiheit, außerdem Demokratie, soziale Sicherheit, ökonomische Kontrolle und Solidarität (Wigforss 1949, 5-9; Tilton 1979, 510).

Aus Nils Karlebys Beiträgen zur Theoriebildung der schwedischen Sozialdemokratie lassen sich vier ergänzende Grundannahmen extrahieren, die die Grundlage der reformorientierten Ideologie bilden. Deutlicher noch als Ernst Wigforss formuliert Karleby die These, dass noch wichtiger als die Dominanz der Sozialdemokraten im politischen System eine gesellschaftliche und kulturelle Dominanz sei, „central to the achievement of socialism were the working class movement’s ascendancy in civil society and its hegemony in the nation’s social and cultural life“ (Tilton 1991, 72). Bereits begrifflich nahm Karleby 1926 mit Formulierung der Hegemonie im kulturellen und sozialen Leben Antonio Gramscis Konzept der „kulturellen Hegemonie“ (1967) vorweg. Er stellte damit die zentrale Prämisse der schwedischen Sozialdemokratie auf, die Ideologiebildung und politische Praxis des 20. Jahrhunderts entscheidend formte.

Zweitens formulierte Karleby ein umfassendes Konzept zum Verständnis von Eigentum als Bündel von graduell übertragbaren Rechten statt einer unteilbaren Einheit. Dies ermöglichte differenzierte Handlungsoptionen in der Frage der Verstaatlichung der Unternehmen in Privateigentum und einen Modus der schrittweisen Übertragung privater Eigentumsrechte in öffentliches Eigentum hin zu geteilten Kontrollmechanismen. Drittens bot die Konzeption des Bündels von Rechten auch die Grundlage für Karlebys Ablehnung einer Planwirtschaft zugunsten eines marktwirtschaftlichen Systems im Rahmen von geteilten privat-öffentlichen Eigentumsverhältnissen. Viertens formulierte Nils Karleby eine umfassende inhaltliche Kritik der Politik- und Ideologievermittlung (Tilton 1991, 72).

6.5.2.1. Zwischen Freiheit und Gleichheit

Den modernen Sozialismus sieht Nils Karleby in der humanistischen Tradition der französischen Revolution und der Reformation und rekurriert damit ausdrücklich auf zwei dominante Einflüsse der schwedischen Gesellschaft, den Liberalismus und die Staatskirche (Karleby 1976, 3). Auch Ernst Wigforss verortet die grundlegenden Fragen der schwedischen Sozialdemokratie im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Gleichheit und greift damit gleichermaßen auf liberale Denkschulen wie auf den Marxismus zurück. Denn Gleichheit kann nicht als absoluter Wert in sich, sondern nur relativ begriffen werden:

„[...] Gleichheit worin? Und die Antwort auf diese Frage kann kaum anders lauten, als dass alle Menschen gleiche Möglichkeiten zur Teilhabe an jenen Errungenschaften haben, die für uns wertvoll sind. Das bedeutet nicht nur materiellen Lebensstandard oder Zugang zu anderen kulturellen Errungenschaften verschiedener Form, sondern auch die Position eines freien Bürgers. Das Bedürfnis nach Gleichheit ist ein Bedürfnis nach Gleichheit in Freiheit.“

(„[...] jämlikhet i vad? Och svaret kan inte gärna bli något annat än att man vill för alla människor ha lika möjligheter att bli delaktiga av det goda vi själva värderar. Men det betyder ju inte bara materiell levnadsstandard eller tillgång till andliga kulturvärden i dess olika skapelser, det betyder också ställningen som fria medborgare. Kravet på jämlikhet är ett krav på jämlikhet också i frihet.“ Wigforss 1952, 19; eigene Übersetzung).

Das Verhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit lässt keine Prioritätssetzung zu, sondern funktioniert als Symbiose. Gleichheit kann also als politischer Wert nicht der Freiheit vorgereicht werden, sondern fungiert als Voraussetzung für eine größere Freiheit, denn „Erbsen und Fleisch für alle an jedem Donnerstag ist nicht Gleichheit für den, der lieber ein anderes Gericht möchte“ (*„Men ärter och fläsk för alla på torsdagar är inte jämlikhet för den som hellre vill ha annan föda“* Wigforss 1952, 22; eigene Übersetzung).

Die Idee der sozialdemokratischen Gesellschaft wird nicht als in sich geschlossenes Modell konzipiert und trifft keine grundlegenden Annahmen über die menschliche Natur. Ernst Wigforss richtet sich dezidiert gegen die Konstruktion einer Gesellschaft entlang einer angenommenen gemeinsamen persönlichen Disposition, gegen einen, den damaligen Diskurs bestimmenden, auf eine gemeinsame Natur rekurrierenden Volksbegriff.

„Der Sozialismus baut nicht auf der Annahme einer gleichen Natur aller Menschen auf. Sozialisten konnten nicht umhin, zu bemerken, dass nicht alle Menschen gleich schön oder gleich stark, gleich musikalisch oder gleich intellektuell begabt, gleich energisch oder gleich moralisch handelnd sind. Aber trotzdem kann es Gleichheit geben. Jene Unterschiede, die jetzt *soziale Klassen* schaffen, können verschwinden. Eine Kombination von ökonomischer Ungleichheit und ungleicher Herkunft hält

diesen Spalt offen. Allerdings ist das ein Resultat unserer Gesellschaftsorganisation, nicht unserer Natur.“

(„Socialismen bygger inte på någon föreställning om likhet av naturen mellan människorna. Socialister ha inte kunnat undgå att märka, att inte alla människor äro lika vackra eller starka, lika musikaliska eller lika intellektuellt begåvade, lika energiska eller moralisk balanserande. Men jämlikhet kann finnas ändå. Dem skillnader som nu skapa sociala klasser kunna försvinna. Det är en kombination av ekonomisk olikhet och olikhet i uppfostran, som här håller klyftorna öppna. Men detta är ett uttryck för samhällsorganisationen och inte för naturen“ Wigforss 1938, 211, Hervorhebungen im Original, eigene Übersetzung).

In der Diskussion des Begriffes der Freiheit rekurriert Wigforss auf sozialistische Positionen ebenso wie auf die starke liberale Tradition in der schwedischen Politik, analog zur parlamentarischen Kooperation der SAP mit den Liberalen (Wigforss 1949, 4). Die Verteidigung der bürgerlichen Freiheiten bildet die Klammer zwischen den beiden politischen Parteien, wobei die liberale Position eher eine theoretische Formulierung bürgerlicher Freiheiten umfasse, die Sozialdemokratie eine praktische Umsetzung biete:

Social Democracy has never denied, but on the contrary considered it an honour to have its roots in the same intellectual soil that nourished the old liberal ideas of freedom. But it never saw the way to realize these ideas as being competition between individuals, regulated only by the free market and with the state's and the society's tasks reduced to a minimum. (Wigforss 1941 zit. nach Tilton 1979, 511)

Aus der gleichen Ausgangslage deduziert Ernst Wigforss also eine Handlungsanleitung, die konträr zu einer Gesellschaft steht, in welcher der Staat nur eine Rahmenfunktion wahrnimmt. Gerade um die bürgerlichen Freiheiten zu gewährleisten, ist eine starke staatliche, ordnende Intervention erforderlich, da ein freies Spiel der Kräfte Eliten begünstigt und die große Masse der Personen schlechterstellen würde. Demnach muss die Freiheit einer Gesellschaft als Nullsummenspiel begriffen werden, in der eine gewisse Begrenzung der Freiheiten weniger durch die dadurch überproportional steigende Freiheit vieler legitimiert wird. Eine Umverteilung des gesellschaftlichen Vermögens durch Steuern entspricht diesem Konzept, die Sicherung vieler Bürgerinnen und Bürger legitimiert den Eingriff in die persönliche Freiheit der Steuerzahlenden.

6.5.2.2. Demokratie

Die schwedische Arbeiterbewegung machte den Schritt zur politischen Organisation als Partei im europäischen Vergleich sehr spät, definierte sich dafür von Beginn an als demokratische Partei in Abgrenzung zu den revolutionär sozialistischen Strömungen. Dies spiegelte sich mit der Bezeichnung „Schwedische Sozialdemokratische Arbeiterpartei“

(*Sveriges socialdemokratiska arbetareparti*) auch in der Namenswahl wieder. In der ideologisch sehr heterogenen Arbeiterbewegung setzte sich damit als politische Vertretung der reformistische Flügel klar durch, so stellte Hjalmar Branting 1886, drei Jahre vor der Gründung der Partei, fest, dass das revolutionäre Element der schwedischen Sozialdemokratie der politische Inhalt und nicht die politische Praxis sei:

„Ja, der Sozialismus ist revolutionär im Sinne eines völlig neuen Prinzips der Bruderschaft, der Solidarität, das er im Gegensatz zu den ‚liberalen‘ Grundsätzen vertritt, nach denen jeder versuchen muss, seinen Weg zu finden und geht er unter, schade für ihn! Er ist revolutionär, weil er das alte Fundament behält und darauf etwas Neues und Besseres aufbaut.“

(*„Ja, socialismen är revolutionär i den mening, att det är en helt ny princip, broderskapets, solidaritetens princip, som den bringar till heders i motsats till den liberala grundsatzen att en hvar skall söka slå sig fram sjelf; dukar han under, så mycket sämre för honom! Den är revolutionär, ty den lemnar den gamla grunden och bygger på en ny, en bättre och af utvecklingen sjelf anvisad.“* Branting 2010, 31, eigene Übersetzung).

„Sozialdemokratie bedeutet demokratischer Sozialismus“ (*„Socialdemokratin är demokratisk socialism“* Wigforss 1949, 3), postuliert auch Ernst Wigforss und rekurriert auf die reformorientierten Positionen in der „Revisionismus-Debatte“ innerhalb der Sozialdemokratie:

„Die Reformisten meinen, dass wir uns bereits in einer post-revolutionären Zeit befinden. Die Revolution besteht hierbei in der Durchsetzung der politischen Demokratie und erfordert somit die Unterstützung einer Mehrheit in der Bevölkerung für alle Umwälzungen im Wirtschaftsleben.“

(*„Reformisten anser att vi redan är inne i tiden efter revolutionen. Den revolutionen som betecknas av den politiska demokratiens genombrott och som gör det nödvändig att för alla omvälvningar i näringslivet finna stöd hos en folksmajoritet.“* Wigforss 1967, 373, eigene Übersetzung).

Mit der Abspaltung der *Sveriges Socialdemokratiska Vänsterpartiet* 1917, der Vorgängerpartei der heutigen *Vänsterpartiet* wurde die ideologische Trennung zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktionen innerhalb der SAP auch organisatorisch vollzogen. Diese ideologische Abgrenzung rekapituliert Ernst Wigforss anhand der Frage der Demokratie. Fokussierend auf ökonomische Ungleichheiten und ihre sozialen Folgen identifizierte die schwedische Arbeiterbewegung die gleichen Ursachen gesellschaftlicher Probleme wie Marx oder ihre Schwesterparteien in Deutschland oder Russland. Analog dazu wurden auch die politischen Forderungen und Lösungsansätze formuliert, vor allem (ökonomische) Gleichheit, Aufhebung der Klassenunterschiede, Kollektivierung des Eigentums und ein Modell zentraler

wirtschaftlicher Planung, Absicherung und Solidarität (Wigforss 1952, 12). Mit der Beteiligung der Arbeiterbewegung am politischen Willensbildungsprozess zeigte sich jedoch eine Kluft zwischen der theoretischen Analyse und der politischen Realität, die vor allem die Kollektivierung des Privateigentums in Frage stellte. Denn wenn

„[...] die Teilung der Gesellschaft in wenige Großkapitalisten und eine überwältigende Mehrheit von proletarisierten Lohnabhängigen nicht Wirklichkeit wird, wenn die Arbeiter mittels ihrer gewerkschaftlichen Organisationen und als Bürger in einer politischen Demokratie gemeinsam einen größeren Einfluss auf ihre ökonomischen Bedingungen ausüben, kann dann immer noch selbstverständlich die Lösung aller Probleme einfach in der „Verstaatlichung“ liegen. Und wenn nicht, worin dann stattdessen?“

(„[...] klyvningen av samhället i ett fåtal storkapitalister och ett överväldigande antal proletariserande löntagare inte blev verklighet, om löntagarna genom sina fackliga organisationer och som medborgare i en politisk demokrati började öva allt större inflytande över sina egna ekonomiska villkorm var det då lika självklart att söka lösningen av alla problem i det enkla ‚socialiseringen‘ i statsföretag? Och om inte, vad skulle komma i stället?“ Wigforss 1952, 13, eigene Übersetzung).

An dieser Fokussierung auf einen zentralistischen Staatssozialismus macht Ernst Wigforss den Bruch zwischen der Sozialdemokratie und der kommunistischen Fraktion fest. Wenn also de facto die ökonomischen Entwicklungen nicht jenen externen Druck aufbauen, der eine demokratische Legitimation des Wechsels zu einem sozialistischen System motiviert, bilden kommunistische Parteien ein nicht-demokratisches politisches System und ordnen die ideologischen Positionen den Erfordernissen der diktatorischen Herrschaftsform unter (Wigforss 1952, 14). Hingegen sieht Wigforss Demokratie als Kernelement der Arbeiterbewegung und als einzige politische Option:

„Politische Demokratie ist eine Struktur, innerhalb derer versucht wird, politische Ziele zu verwirklichen und wenn diese inadäquat scheinen und kritisiert werden, dann deshalb, weil sie nur unvollständig den Bedürfnissen der demokratischen Grundeinstellung genügen.“

(„Politisk demokrati är en form vari man söker förverkliga syftet, och om den synes bristfällig och utsattes för kritik, är det därför att den endast ofullkomligt svarar mot vad den grundläggande demokratiska inställningen kräver.“ Wigforss 1949, 4, eigene Übersetzung)

Damit setzt Wigforss die demokratische Legitimationsnotwendigkeit als unabhängige und die Ausformulierung der politischen Ziele als abhängige Variable fest.

In dieser Festlegung spiegelt sich eine gesamteuropäische Entwicklung der sozialdemokratischen Parteien nach den beiden Weltkriegen wider. Hjalmar Branting betont in seiner Rede vor dem Arbeiterverein in Gävle 1886 zwar den reformistischen

Grundgedanken der neuen geplanten Partei, schließt aber einen gewalttätigen Umsturzversuch nicht aus:

„Hiermit ist allerdings natürlich nicht gesagt, dass wir uns unter allen Umständen verpflichten, jenen Weg zu gehen, den unsere Gegner als den gesetzlichen ansehen, wobei sie es wohlgemerkt sind, die die Gesetze machen.“

(„Härmed är dock naturligtvis icke sagdt att vi under alla förhållanden skulle vilja förbinda oss att gå den väg våra motståndare kalla laglig; väl att märka, det är de själva, som stiftat lagen.“ Branting 2010, 32, eigene Übersetzung)

Voraussetzung für eine reformorientierte Politik sei jedenfalls die Möglichkeit, am politischen Prozess teilzuhaben, dies bedeutete vor allem zuerst das allgemeine Wahlrecht, denn „das allgemeine Wahlrecht ist der Preis, für den sich die Bourgeoisie die administrative Abwicklung [der Veränderung hin zu einer sozialdemokratischen Politik, Anm. SW] statt des Bankrotts vor dem revolutionären Gericht zahlt.“ *(„Allmän rösträtt är således priset, för hvilket bourgeoisin kan få köpa sig afveckling medelst administration, i stället för konkurs, anhängiggjord vid revolutionens domstol.“ Branting 2010, 33, eigene Übersetzung)*¹⁰.

Bereits im ersten Parteiprogramm wird das Selbstverständnis der SAP als Volkspartei festgeschrieben, im ausdrücklichen Gegensatz zur leninistischen Konzeption einer Vertretung des Proletariats durch eine Kaderpartei:

„Die Partei sollte also eine Klassenpartei sein, dies bedeutete, auch eine Massenpartei und eine demokratische Volksbewegung. Diese Vorstellung sollte später einer jener entscheidenden Punkte für die Abspaltung der Kommunistischen Partei von der Sozialdemokratie werden. Laut der leninistischen Parteitheorie sollte eine sozialistische Partei als Elitenpartei fungieren, in der eine Minderheit der Arbeiterklasse durch ihr höheres Bewusstsein eine avantgardistische Position innehaben.“

(„Partiet skulle alltså vara ett klassparti, vilket också betydde, att det skulle vara ett massparti, en demokratisk folkrörelse. Denna uppfattning blev senare en av de avgörande sprängpunkterna, när det som skulle komma att bli kommunistpartiet avskildes från socialdemokratin. Enligt den leninistiska partiteorin skulle ett socialistiskt parti vara ett elitparti, det mindretal av arbetarna som genom sitt högre medvetande kunde vara arbetarklassens avantgarde.“ Kokk 2001, 12, eigene Übersetzung)

¹⁰ In diesem Zusammenhang muss allerdings auch der RezipientInnenkreis der politischen Botschaften vergegenwärtigt werden, nämlich UnterstützerInnen und potentielle WählerInnen, die von Hjalmar Branting für die Gründung einer neuen Partei mobilisiert wurden, während Nils Karleby und Ernst Wigforss theoretische Grundlagen der SAP erarbeiteten.

Nach dem Ersten Weltkrieg und nach der Etablierung der SAP als parlamentarische Kraft beschrieb Nils Karleby die Transition zu einer sozialistischen Gesellschaft als Kombination zwischen elektoralen Zugewinnen und der Etablierung sozialdemokratischer Normen:

„To have society's leadership in its hands means for a class to dominate its collected cultural life, to know its inner laws, and to apply them in a way that advances development. It is to stand at a height, of which innumerable workers still have not the faintest idea. To dominate society's life spiritually and intellectually is an unavoidable that the working class must fulfill in order to assume the leading positions within it.“ Skånska Socialdemokraten 05.11.1918, zit. nach Tilton 1991, 75).

Ernst Wigforss' Priorisierung des demokratischen Prozesses vor den sozialistischen Inhalten steht wiederum im Kontext des beginnenden Kalten Krieges und der damit einhergehenden Entradikalisierung der westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien.

6.5.2.3. Die ökonomische Ordnung – Zwischen Planwirtschaft und industrieller Demokratie

Im ersten Parteiprogramm 1897 als landesweit organisierte Partei legte die SAP ihre wirtschaftspolitischen Grundsätze klar dar. Die SAP folgte der marxistischen Analyse, dass „[...] die Gesellschaft in Klassen geteilt ist, die sich durch ihre Stellung im Produktionsprozess definieren und dass die Sozialdemokratie die Partei der Arbeiterklasse sei. Dieses Selbstverständnis blieb durch die Parteigeschichte hindurch prägend.“ (*„[...] att samhället är indelat i klasser, som definieras utifrån deras ställning i produktionslivet, och att socialdemokratin är arbetarklassens parti. Det här har genom partiets hela historia präglat socialdemokratins självuppfattning.“* Kokk 2001, 11, eigene Übersetzung).

Diese historische Entwicklung der Klassengesellschaft wird im einleitenden Absatz des Programms von 1897 kurz umrissen:

„Das private Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln war früher eine natürliche Bedingung für die Produktion und sicherte dem Produzenten sein Recht am Produkt. Aber gleichzeitig mit der großen Umwälzung, die das Handwerk verdrängte und mit maschinellm Arbeitswerkzeug, Welthandel und Massenproduktion alle Marktgrenzen niederbrach, wandelten sich die wirklichen Produzenten in eine Klasse von Lohnarbeitern, in welcher die Reste der niedergesunkenen alten Mittelschicht aufgehen und die durch Eigentumslosigkeit und dadurch Abhängigkeit und Unterdrückung gekennzeichnet ist.“

(“Den privata eganderätten till produktionsmedlet var i förra tider en naturlig betingelse för produktion, i det den tillförsäkrade producenten hans produkt. Men i samma mån stordriften undantränger handtverket, arbetsmaskinen verkyget, världshandeln och massproduktionen nedbryta alla marknadsgränser, i samma mån

blifva de verkliga producenterna förvandlade i en klass af lönarbetare, som i sig upptager den gamla medelklassens nedsjunkande rester och har till sitt sociala kännesmärke egendomslöshet med därpå följande beroende och förtryck.” SAP parti program 1897, eigene Übersetzung).

Zur Beseitigung dieser strukturellen Ungleichheit schlägt die SAP 1897 Überführung allen privaten Eigentums, das am Produktionsprozess beteiligt ist, in die öffentliche Kontrolle vor. Dabei wird nicht näher ausgeführt, wie dieser Überführungsprozess ausgestaltet oder in welcher Form die öffentliche Kontrolle ausgeübt werden soll.

„Dies [die Beseitigung der strukturellen Ungleichheit zwischen den gesellschaftlichen Klassen, Anmerkung SW] kann nur durch die Aufhebung des privatkapitalistischen Monopols auf die Produktionsmittel und deren Verwandlung in ein gemeinsames, dem gesamtgesellschaftlichen Wohl verpflichtetes Eigentum und die Ersetzung der ungeplanten Warenproduktion durch eine sozialistische, den gesellschaftlichen Bedarf deckende Produktion funktionieren.

Die Sozialdemokratie will daher als Organisation der Arbeiterklasse die politische Macht übernehmen und graduell alle Produktionsmittel wie den Transport, Wälder, Minen, Fabriken und Landwirtschaft unter gesellschaftliche Kontrolle stellen.“

”Detta åter kan endast ske genom upphäfvandet af det privatkapitalistiska monopolet på produktionsmedlen och dessas förvandling till gemensam, hela samhället tillhörande egendom, samt den planlösa varuproduktionens ersättande med en socialistisk, samhällets verkliga behof motsvarande produktion.

Socialdemokratin vill därför genomföra äfven arbetareklassens politiska organisation, sätta sig i besittning af den offentliga makten och efter hand förvandla till samhällig egendom alla produktionsmedlen – transportmedlen, skogarna, grufvorna, bruken, maskinerna, fabriken, jorden.” SAP parti program 1897, eigene Übersetzung).

Diese vage Stellungnahme zur Frage der Ausgestaltung öffentlicher Kontrolle über den Produktionsprozess und die Frage der Sozialisierung aller Produktionsmittel lässt deutliche Rückschlüsse auf die innerparteiliche Uneinigkeit in dieser Frage zu. Diese Differenzen verschärften sich im revidierten Parteiprogramm von 1911 weiter, welches Enn Kokk als „mehr utopisch als marxistisch“ (Kokk 2001, 23) attribuiert. Die Erweiterung der gesellschaftlichen Interessensgruppierungen um einen als Mittelklasse zusammengefassten Bereich der Kleinbauern, Handwerker und Kleinhändler brach mit dem marxistischen Narrativ an zwei entscheidenden Stellen. So wurden zum einen statt der klassenspezifischen Interessenslage des Akteurs individuelle und graduell verschiedene Interessenslagen anerkannt. Zum anderen wurde damit der Option einer Gesamtsozialisierung der Produktionsmittel die Berechtigung entzogen.

„Der Kapitalismus fordert inzwischen nicht mehr nur die Unterwerfung der Lohnarbeiter. Auch wenn die alte Mittelklasse – Kleinbauern, Handwerker, Kleinhändler – formell noch besteht, untergräbt er doch ihre Selbstständigkeit. Besonders kleine Bauern spüren ihre steuerliche Abhängigkeit vom Privatkapital und der abhängige Kleinbauer ist nicht weniger unterdrückt als die eigentumslosen Landarbeiter, die auf fremdem Boden arbeiten. [...] Für die kleinen Landwirte ist der Boden nicht ein Mittel, sich die Früchte fremder Arbeit zu Eigen zu machen, sondern sich einen notdürftigen Unterhalt zu erarbeiten. Sie gehören ebenso wie die Lohnarbeiter der ausgebeuteten Klasse an.“

„Kapitalismen fordrar emellertid icke blott lönearbetarnas underkastelse. Även där den låter de gamla mellanklasserna – småbönder, hantverkare, småhandlande – formellt bestå, undergräver den deras självständighet. Vad särskilt jordbruket angår får småbonden ofta hårt känna sin skattskyldighet till privatkapitalet, och den beroende småbrukaren är föga mindre betryckt än den egendomslöse lantarbetaren på andras jord. [...] För de små jordbrukarna är jorden icke ett medel att tillägna sig frukterna av andras arbete, utan endast att förtjäna åt sig och de sina ett nödortigt uppehälle. De tillhöra liksom lönearbetarna de utsugna folkklasserna“ SAP parti program 1897, eigene Übersetzung).

Ein Akteur konnte somit in einer individuellen Ausprägung verschiedene klassenspezifische Interessenslagen in sich vereinen, im Falle des beispielgebenden Kleinbauerns den Anspruch auf Schutz des Privateigentums mit den Interessen der Arbeiterklasse auf Inklusion in den Wertschöpfungsprozess und die Ausgestaltung des ökonomischen Systems. Dieser Anerkennung akteursspezifischer Interessenslagen folgte notwendigerweise eine differenzierte Sichtweise der Handlungsoptionen, eine vollständige und undifferenzierte Sozialisierungspolitik und eine staatlich gelenkte Planwirtschaft wurden politisch ausgeschlossen. Im Kontext dieser ideologischen Umorientierung ist auch die Parteispaltung 1917 zu sehen, bei der der kommunistische Parteiflügel die SAP verließ.

Das wirtschaftspolitische Programm der SAP bleibt in den ersten Jahrzehnten relativ vage, die theoretische Ausarbeitung legt Nils Karleby 1926 vor, indem er die Perzeption von Eigentum als ein Bündel von graduell übertragbaren Rechten vorschlägt.

Das Eigentumsrecht umfasst demnach

„[...] einfach die in Hinsicht auf die gemeinsamen Interessen für das einzelne Individuum aufgestellten Vorschriften, aufgrund derer er über dem ihm zur Verfügung stehenden Teil des gemeinsamen Ganzen bestimmen kann.“

([...] helt enkelt de med hänsyn till individernas gemensamma intresse för den enskilde individen uppställda föreskrifter, efter vilka grunder han äger bestämma över den av honom disponerade delen av den gemensamma tillgången“ Karleby 1976, 71, eigene Übersetzung).

Damit definiert sich Eigentum nicht mehr als absolutes individuelles Recht, sondern wirkt in Relation zu staatlicher Regulation. Der Staat kann in Form von Besteuerung, Regulierung, inhaltlichen und formellen Vorschriften in das individuelle Eigentumsrecht eingreifen und dieses beschränken, ohne dass eine Übertragung des Eigentumsrechts an den Staat vorliegt. Statt einer absoluten Verstaatlichung tritt ein gradueller Vergesellschaftungsprozess in Kraft (Karleby 1976, 70-73).

Auf diesen differenzierten Eigentumsbegriff bauen auch die wirtschaftspolitischen Konzepte von Ernst Wigforss auf, seine Amtszeit als Finanzminister von 1936 bis 1949 prägte die ökonomische Ausgestaltung des „schwedischen Modells“ entscheidend. Wie Karleby propagiert auch Wigforss statt einer kompletten Verstaatlichung ein Modell zentraler wirtschaftlicher Planung¹¹ (*Planhushållning*¹²), weniger aus ideologischen, denn aus pragmatischen Gründen:

„Weder individuelles noch kollektives Eigentumsrecht, weder Marktwirtschaft noch Planwirtschaft, freie Konkurrenz oder Monopol, Zentralisierung oder Dezentralisierung, Massenproduktion oder Kleinbetriebe können nicht mit Hinblick auf ein einziges Ziel, das die Menschheit anstrebt, empfohlen oder abgelehnt werden, sei es höhere Effektivität und damit eine bessere Grundlage für alle Lebensformen, die individuelle Autonomie, Gleichheit, solidarische Zusammenarbeit oder anderes.“

(“Varken enskild äganderätt eller gemensam äganderätt, varken marknadshushållning eller planhushållning, varken fri konkurrens eller monopol, centralisering eller decentralisering, stordrift eller smådrift kan förordas eller avböjas bara med hänvisning till ett enda av de mål som mänskorna eftersträvar, det må nu vara högre effektivitet och därmed ett bättre materiellt underlag för alla livsformer, eller den individuella rörelsefriheten, eller jämlikheten eller det solidariska samarbetet eller något annat.” Wigforss 1947, 1, eigene Übersetzung).

Die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik und damit das von Wigforss entwickelte Modell zentraler Planung ist Gesellschaftspolitik. Ihre Ziele umfassen vor allem die Herstellung von Equalität zwischen den MarktteilnehmerInnen durch ökonomischen

¹¹ Mit dem Begriff der „Planwirtschaft“ lässt sich Wigforss' Konzept zwar wörtlich präzise, aber inhaltlich nur unzureichend übersetzen, die implizierte Referenz an die Wirtschaftspolitik der realsozialistischen Staaten stellt ihn in einen autoritären, totalitären und anti-demokratischen Kontext, den Ernst Wigforss nicht annimmt. Deshalb soll in dieser Arbeit die durch historische Prägung in ihrer Bedeutung verschobene Bezeichnung „Planwirtschaft“ durch den politisch weniger stark geprägten Begriff „Modell zentraler wirtschaftlicher Planung“ ersetzt werden.

¹² Die begriffliche Problematik der Bezeichnung „Planhushållning“ greift auch Ernst Wigforss auf. Der Begriff lässt vermuten, dass dem wirtschaftlichen System ein vorgefasster und feststehender Plan zugrunde gelegt wird und zeigt nicht die flexiblen Mechanismen auf. Alternativ schlägt Wigforss daher den Begriff des „fortlaufend geplanten Haushalts“ (*„ständigt planerande hushållning“* Wigforss 1947, 9, eigene Übersetzung) vor.

Ausgleich, höhere Effizienz durch Abmilderung des Wettbewerbs und die Stärkung der Autonomie und Partizipationsmöglichkeiten der BürgerInnen im wirtschaftlichen System (Wigforss 1947, 6). Dabei legt Wigforss keinen vorab entwickelten, fixierten wirtschaftlichen Plan zugrunde, sondern definiert die Planungskompetenz des Staates als ein Set flexibler Mechanismen, die nach Bedarf eingesetzt und stetig revidiert werden können. Daraus ergibt sich, dass eine Verstaatlichung der Produktion nicht zwingend ist, aber in jenen Bereichen, die den Grundbedarf der BürgerInnen berühren, von Vorteil ist (Wigforss 1947, 6 und 8). Auch für die Etablierung einer industriellen Demokratie als Partizipationsoption für ArbeitnehmerInnen setzt nicht zwingend ein staatlich kontrolliertes Wirtschaftssystem voraus, sondern während die gewerkschaftlichen Strukturen ein Mitbestimmungsrecht von unten ermöglichen, komplementiert der demokratische Staat dies durch eine demokratische Kontrollmöglichkeit von oben (Wigforss 1947, 11).

„Die Politik der Arbeiterbewegung für eine ökonomische Demokratie lässt sich schematisch in zwei verschiedene Linien aufteilen, wobei die erste als Demokratisierung von oben durch erweiterte Regulationsbefugnisse des demokratischen Staates über das wirtschaftliche System, die andere als Demokratisierung von unten durch ausgeweitete Rechte der ArbeitnehmerInnen am Arbeitsplatz, im Unternehmen und der Branchen bezeichnet werden kann.“

(„Vill man schematisera kan man dela upp arbetarerörelsens politik för ökad ekonomisk demokrati i två linjer, av vilka den ena skulle kunna kallas demokratisering uppifrån genom ökade befogenheter för en demokratisk stat över det ekonomiska livet och den andra demokratisering nedifrån genom utvidgade rättigheter för de arbetande på sina arbetsställen, inom sina företag och inom olika näringsgrenar.“ Wigforss 1947, 11, eigene Übersetzung)

6.5.2.4. Solidarität

„The instinct of solidarity in Sweden has its historical roots in the homogeneity, uniformity, localism, and, indeed, provincialism of Swedish society. It was never a culture tolerant of ‚otherness‘, differentiation, or privilege“ (Esping-Andersen 1992, 64). An diese historische Prädisposition sozialer Organisation knüpft die Theorieentwicklung der schwedischen Sozialdemokratie an und erweitert diesen Befund um das Element der Klassenpolitik. Tatsächlich lässt sich eine zeitliche Korrelation spezifisch solidaritätsgeprägter Politikformulierung und der Rückdrängung klassenspezifischer Klientelpolitik zeigen. Klassisch marxistische Klassenkonzeptionen als Basis der politischen Ausrichtung waren vor allem rund um die Jahrhundertwende 1900 stark vertreten. Die Wirkungsarena sozialdemokratischer Solidarität umfasste zuerst die eigene Klasse im eigenen Land und in einem zweiten Schritt internationale Solidarität innerhalb der Arbeiterklasse (SAP parti program 1897, SAP parti program 1905, SAP parti program 54

1911, SAP *parti program* 1920). Erst mit der ideologischen Umorientierung in der Zwischenkriegszeit, der Substitution klassenorientierter Politik mit einem universalistischen Fokus integrierender Massenpolitik verschob sich die Bedeutung des Begriffes der Solidarität zunehmend von der internen Solidarität im Klassenverbund zu einer milieuübergreifenden Solidarität in der Gesamtgesellschaft. Diese Verschiebungen werden später noch genauer beleuchtet. Hier soll zuerst noch auf die Verwendung des Begriffes der Solidarität in der zentralen theoriebildenden Literatur der schwedischen Sozialdemokratie hingewiesen werden; während Nils Karleby sich 1926 vor allem auf die ökonomischen und demokratiepolitischen Aspekte der sozialdemokratischen Ideologie beschränkt (Karleby 1976), inkludiert Ernst Wigforss in seinen Texten ab den 1930er Jahren Solidarität als einen der zentralen Werte der schwedischen Sozialdemokratie (exemplarisch etwa Wigforss 1949, 5-9).

Die internationale Dimension der Solidarität wird durch die *folkhem*-Politik nicht abgelöst, sondern bleibt als Sekundärausrichtung bestehen. Für die Ausrichtung dieser Arbeit bildet dieses Konzept der internationalen Solidarität ein wichtiges Fundament. Es wird argumentiert, dass es eine Brückenfunktion für die Eskalierung politischer Werte und Normen auf die internationale Ebene innehat. Dies lässt sich auch an der Evolution dieses Konzeptes in den Parteiprogrammen der Sozialdemokratischen Partei zeigen. Folgende Formulierung findet sich in den Parteiprogrammen 1897, 1905, 1911, 1920 und in veränderter Form auch im Programm 1944, das Hauptaugenmerk liegt auf der Solidarisierung mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in anderen Ländern und auf der internationalen Ebene:

“Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistisch organisierter Produktion die gleichen. Mit der Entwicklung des Welthandels und der Produktion für den Weltmarkt hängt die Stellung der Arbeiter von jener der Arbeiter in allen anderen Ländern ab. Die Emanzipation der Arbeiterklasse ist daher eine Aufgabe, an der sich alle zivilisierten Länder beteiligen müssen. Angesichts dieser Erkenntnis erklärt sich die Sozialdemokratische Partei Schwedens solidarisch mit der Sozialdemokratie in anderen Ländern.”

(“Arbetareklassens intressen äro de samma i alla land med kapitalistiskt produktionssätt. Med utvecklingen af världshandeln och produktionen för världsmarknaden blifver arbetarnes ställning i hvarje land beroende af deras ställning i öfriga land. Arbetareklassens frigörelse är därför ett verk, hvori alla kulturfolk måste deltaga. Med erkännande häraf förklarar sig Sverges socialdemokratiska parti vara ett med socialdemokratin i andra länder.” SAP parti program 1897, eigene Übersetzung)

Mit dem Parteiprogramm 1960 und dem Beginn der Phase der aktiven Außenpolitik erweiterte sich die Solidaritätsformel auf Solidarität mit allen Kräften, die für

sozialdemokratische Ideen eintreten und richtete sich spezifisch an die Bevölkerung aller Länder.

In ihrem Streben nach Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung im eigenen Land erklärt sich die schwedische Sozialdemokratie solidarisch mit allen Kräften, die für die Verwirklichung sozialdemokratischer Ideen kämpfen. Ihre menschliche Solidarität richtet sich an die Bevölkerung aller Länder und hofft auf die Mitwirkung aller im Kampf für Frieden und Zusammenarbeit.

(“I sin strävan att förverkliga en socialistisk samhällsordning i det egna landet känner den svenska socialdemokratin sin samhörighet med alla de krafter i världen, som kämpar för den demokratiska socialismens idéer. Dess mänskliga solidaritet omfattar alla världens folk, och den önskar allas medverkan i kampen för fred och samförstånd” SAP parti program 1960, eigene Übersetzung).

Im aktuellen Parteiprogramm 2001 wird die Brückenfunktion der internationalen Solidarität zur Eskalation politischer Werte und Normen klar dargelegt:

„Demands, such as liberty and equality, do not know of any national or ethnic borders. The responsibility to work for human rights is as natural in the international arena as it is here, at home. The solidarity with those who defend these values is equally strong in international politics as in national politics. From the start the young Labour Movement has regarded itself as part of a larger international movement. Today Social Democrats are naturally united with all the forces around the world that are involved in the work for peace, democracy and human rights.“ (SAP Party Program 2001)

In dieser Formulierung lassen sich zwei grundlegende Hypothesen dieser Arbeit bestätigen. Erstens lässt sich die schwedische Politik als grundlegend wertegetrieben charakterisieren, Freiheit und Gleichheit werden als Basis der nationalen, sowie internationalen sozialdemokratischen Politik gesehen. Zweitens zeigt sich hier die enge Verflechtung der nationalen und internationalen Sphäre; die normative Fundierung erzwingt eine globale und ganzheitliche politische Orientierung, die universalistische Anlage der sozialdemokratischen Werte verhindert die Limitierung auf das eigene Land oder die eigene Klasse.

6.5.2.1. Soziale Sicherheit – Der Wohlfahrtsstaat als Basis der Sozialdemokratie

Die Ausgestaltung des schwedischen Wohlfahrtsstaats lässt sich als Synthese der ideologischen Grundsätze der SAP lesen, als Vehikel zur Implementierung normativer Positionen und Hebel zur Reorganisation hin zu einer sozialdemokratischen Gesellschaft.

Zentrales Charakteristikum ist die universalistische Ausrichtung des schwedischen Wohlfahrtsstaates, die Deckung richtet sich nicht vordergründig nach Bedürftigkeit,

sondern umfasst alle Bevölkerungsschichten. Diese strukturelle Konstruktion sehen Lundberg und Åmark als pfadabhängigen Prozess in der schwedischen Sozialpolitik und nicht vorrangig als sozialdemokratische Präferenz. Die breite Deckung von Mittelklasse und Selbstständigen fördert die Unterstützung eines starken Wohlfahrtsstaates im bürgerlichen Lager und hat entscheidend dazu beigetragen, die sozialen Sicherungsstrukturen weitgehend außer Streit zu stellen (Lundberg/Åmark 2001, 176).

Mit der ideologischen Verschiebung vom partikulären zum allgemeinen Vertretungsanspruch der *folkshem*-Ideologie zeigt sich allerdings eine Verankerung der breiten sozialen Abdeckung in der sozialdemokratischen Theorie. So argumentiert Gustav Möller, Sozialminister von 1936-38 und von 1939-51 und Architekt des schwedischen Wohlfahrtsstaates, dass

„A social security system is not intended to help the obvious asocial or antisocial elements; it is intended instead for that part of our people who belong to the category of good citizens but who need protection against certain special risks, so that these dangers don't cast them down to the bottom rung of society; it is intended to protect home and family against afflictions for which the individual bears no responsibility“ Möller 1928, zit. nach Tilton 1991, 113).

Damit definiert sich das schwedische Sozialsystem nicht als bedarfsorientierter Fürsorgestaat, sondern als sich an breite Gesellschaftsschichten richtender Wohlfahrtsstaat als Absicherungsinstrument gegen kollektive Problemlagen.

Wigforss betont die gesellschaftspolitischen Komponenten der schwedischen Sozialpolitik, der starke Wohlfahrtsstaat nivelliert Klassenunterschiede und unterstützt die zukünftige Reproduktion einer sozioökonomisch egalitären Gesellschaft.

„Was natürlich verschwinden soll, sind Klassen in einem ganz spezifischen Verständnis. Dabei sind nicht Gruppen mit unterschiedlichen Aufgaben, verschiedener Ausbildung und verschiedener Positionen im Arbeitsleben gemeint. Es gibt keine Klassenunterschiede, die nicht mit ökonomischen Disparitäten und unterschiedlichen menschlichen und staatsbürgerlichen Bildungsniveaus verbunden sind, Unterschiede, die es den verschiedenen Gruppen erschweren, miteinander in Kontakt zu kommen.“

(„Vad som skulle försvinna är naturligtvis klasser i en aldeles bestämd betydelse. Man menar inte grupper med olika uppgifter, olika sorts utbildning, olika ställning i arbetslivet. Det ger ingen klasskillnad, om den inte är förbunden med sådana olikheter i ekonomisk hänseende, i allmänt mänsklig och medborgerlig utbildning, olikheter som gör det svårt för de olika grupperna att komma i kontakt med varandra.“ Wigforss 1955, 148; eigene Übersetzung)

Dem Wohlfahrtsstaat wird hier eine Funktion als unsichtbare Hand der sozialdemokratischen Gesellschaft, als intervenierendes Korrektiv zugunsten gleicher Voraussetzungen unabhängig von sozialer Herkunft und sozialen Ressourcen, zugeschrieben.

7. Neutralität als rechtliches Konstrukt

Neutralität und die Ausgestaltung der neutralen Praxis nehmen im Völkerrecht bestenfalls eine Randstellung ein. Nur in den Haager Abkommen von 1907 wird eine grundlegende, international gültige Festlegung über die Rechte und Pflichten neutraler Staaten in den diversen Kriegssituationen getroffen, die sich allerdings weitestgehend auf den Kriegsfall beschränkt. Dies bringt für moderne, neutrale Staaten zwei Herausforderungen mit sich: Erstens sind die detaillierten Festschreibungen ihrer Rechte und Pflichten im Kriegsfall auf einen sehr spezifischen und jahrhundertlang vorherrschenden Typus des Krieges zwischen zwei Staaten mit weitreichenden internationalen Regelungen ausgelegt, der mit allen Typen moderner Kriege nicht mehr vergleichbar ist. Zweitens gibt es keine Regelung der Neutralitätspraxis in Friedenszeiten, wohl aber die Erwartung an neutrale Staaten, auch im Frieden eine neutrale Praxis zu üben.

Daraus folgt die Notwendigkeit einer für jeden Staat individuell handhabbaren politischen Ausgestaltung seiner neutralen Rolle, die vor allem auf einer interstaatlichen Beziehungsebene verhandelt wird: Wird die neutrale Praxis eines Staates als ausreichend und adäquat von seinen Partnern rezipiert, wird diesem Staat eine Akzeptanz seiner Neutralität zuerteilt. Damit stellt sich die Frage der Neutralität nur noch beschränkt als rechtliche, sondern vor allem auch als politische Frage. Deshalb sollen auch hier neben den rechtlichen Implikationen verschiedener Neutralitätsmodelle auch die Rezeption der Neutralität in der theoretischen Analyse internationaler Beziehungen untersucht werden.

7.1. Definitionen von Neutralität aus völkerrechtlicher Sicht

Aus dem Völkerrecht lässt sich die moderne Neutralitätspraxis nur noch bedingt ableiten, Staaten wie Schweden, Österreich oder Finnland üben sehr differenzierte und individuelle Neutralitätspraxen, die nur noch lose am ursprünglichen Modell einer Ad-hoc-Neutralität angelehnt sind. Diese Entwicklung und die moderne Praxis der schwedischen Neutralität soll im Folgenden diskutiert werden.

7.1.1. Ad-hoc-Neutralität als völkerrechtliches Grundkonstrukt

Institutionalisiert als völkerrechtlich definierter Zustand wurde die bereits Jahrhunderte geübte Praxis der Neutralität in den Haager Abkommen von 1907, die allerdings nur auf

die temporäre Neutralität im Kriegsfall Bezug nehmen. Sie gilt nur für den jeweiligen Kriegsfall und geht mit keinerlei Verpflichtungen einer vorausgegangen oder künftigen Neutralitätspolitik einher. Dabei gilt als Maßstab für die Kategorisierung als „neutral“ ein mit den Grundsätzen der Neutralität konsistentes Verhalten. Die Haager Abkommen sehen einen neutralen Status als obsolet an, wenn die neutrale Person oder der neutrale Staat *„feindliche Handlungen gegen einen Kriegführenden“* oder *„zugunsten eines Kriegführenden“* begeht (V. Haager Abkommen, betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs vom 18.10.1907, Artikel 17).

Festgelegt wurde als wichtigstes Recht die Unverletzbarkeit des neutralen Territoriums, was jegliche Kriegsinfrastruktur ausschließt. Damit ist auch ausdrücklich die Nutzung von neutralem Territorium für die Durchführung von „Truppen oder Munitions- oder Verpflegungskolonnen durch das Gebiet einer neutralen Macht“ untersagt (V. Haager Abkommen, betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs vom 18.10.1907, Artikel 1 und 2) und die Nutzung der zivilen und militärischen Infrastruktur eines neutralen Staats nicht erlaubt. Die neutrale Macht ist berechtigt (*„Die Tatsache, daß eine neutrale Macht eine Verletzung ihrer Neutralität selbst mit Gewalt zurückweist, kann nicht als eine feindliche Handlung angesehen werden“* V. Haager Abkommen, betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs vom 18.10.1907, Artikel 10), aber nicht verpflichtet, Neutralitätsverletzungen militärisch zu ahnden (V. Haager Abkommen, betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs vom 18.10.1907, Artikel 7 und 8).

Zusammenfassend lassen sich also als zentrales Recht die Unverletzbarkeit des neutralen Territoriums und als die wichtigsten Pflichten die Nichteinmischung in die Kriegshandlungen, das Verbot staatlicher Lieferungen von Kriegsmaterial an Kriegsparteien (nicht jedoch von privater Seite) und die Gleichbehandlung aller Kriegsparteien sowohl in politischer als auch ökonomischer Hinsicht sehen (Kimminich 1993, 449-450).

Aufbauend auf diese Institutionalisierung der Ad-hoc-Neutralität entwickelte sich anhand des Schweizer Musters eine weiterreichende Definition einer dauernden oder immerwährenden Neutralität, deren Reichweite und Verpflichtungen weit über die Haager Abkommen 1907 hinausgehen.

7.1.2. De-jure-Neutralität nach österreichischem Muster

Die im Bundesverfassungsgesetz festgelegte immerwährende österreichische Neutralität gilt für alle Kriegsfälle ab ihrer Erklärung, sie stellt eine völkerrechtliche Verpflichtung zu einem dauerhaften neutralen Verhalten dar. Um diese Verpflichtung erfüllen zu können, haben sich in der Praxis die Vorwirkungspflichten entwickelt, die vom Staat eine Neutralitätspolitik auch im Frieden verlangen, die ihm im Kriegsfall dann tatsächlich eine Neutralität ermöglicht. Verlangt wird neben dem glaubwürdigen neutralen Verhalten des Staates auch, dass dieser keine Verbindungen eingeht, die ihm in Kriegszeiten ein neutrales Verhalten unmöglich machen (Fischer/Köck 1994, 86). Diese Vorwirkungen inkludieren neben dem militärischen Bereich auch Handelsbeziehungen.

Bezüglich einer Mitgliedschaft in Systemen kollektiver Sicherheit, wie etwa der UNO, gilt der Konsens, Sanktionen des Sicherheitsrates nicht als Kriegsfall anzusehen, sondern als eine Form polizeilicher Maßnahmen, sodass das Neutralitätsrecht hier nicht berührt wird und eine Mitwirkung auch für dauernde Neutrale möglich ist.

7.1.3. De-facto-Neutralität – Schweden

Ein Sonderfall außerhalb der dauernden Neutralität ist die von Staaten wie Schweden praktizierte De-facto-Neutralität. In diesem Fall gibt es keine völkerrechtliche Absicherung des neutralen Status eines Landes, vielmehr gibt sich ein faktisch neutrales Land allein durch sein Verhalten als solches zu erkennen und ist auf die Akzeptanz dieses Verhaltens durch die Staatengemeinschaft angewiesen.

Der faktisch Neutrale unterliegt damit rechtlich nicht den Vorwirkungspflichten und hat weitgehenden Handlungsfreiraum, solange er von der Staatengemeinschaft als glaubwürdig neutral perzipiert wird, „die von außen kommende Anerkennung des Status ist einzig und allein eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit durch entsprechende neutrale Handlungskontinuität“ (Gebhard 2005, 22). Die Neutralität des Staates wird also einer ständigen Prüfung und Neulegitimation durch die Staatengemeinschaft unterzogen und somit politisch definiert.

Obwohl faktisch Neutrale keinen rechtlichen Pflichten unterliegen, ergeben sich aus dieser Situation aber sehr wohl Handlungszwänge, so dass sich in der außenpolitischen Praxis faktisch Neutrale und die Staatengemeinschaft an die Verpflichtungen der Vorwirkungspflichten anpassen.

8. Neutralität in der Praxis - Entwicklung der schwedischen Neutralität

Neutral is as neutral does – unter diesem Motto lässt sich die schwedische Außenpolitik zusammenfassen. Die Bedeutung der neutralen Praxis für die Legitimation der schwedischen Neutralität wurde in dieser Arbeit schon dargelegt. Wie sich diese neutrale Praxis ausgestaltet, soll im Folgenden dargestellt werden. Dabei soll zuerst ein historischer Abriss der Neutralitätsentwicklung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs erstellt werden. Die Neutralitätspolitik der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis heute soll in ihrer Verflechtung mit der sozialdemokratischen Politik dargestellt werden.

8.1. Vorannahmen

Der folgende Teil dieser Arbeit soll der Analyse der politischen Praxis gewidmet sein. Wurden bisher die ideologischen Grundlagen der schwedischen Sozialdemokratie und ihre Position zur Neutralität dargestellt, so soll nun gezeigt werden, wie sich diese Verbindung in der politischen Praxis darstellte.

Neutralitätspolitik als sozialdemokratische außenpolitische Option zu zeigen ist das Ziel dieser Arbeit. Dafür sollen vor allem die Verkettungen zwischen dem politischen Agieren der Sozialdemokratie und der Präsenz, Ausgestaltung und Relevanz der Neutralität aufgezeigt werden. Nicht leisten kann und will diese Arbeit aus diesem Grunde einen kompletten historischen Aufriss der Entwicklung der Sozialdemokratie oder der Neutralität. Ein solcher findet sich etwa für die Sozialdemokratie bei Klaus Misgeld (Hg.; 1992) oder zur schwedischen Neutralität bei Mikael af Malmberg (2001). Stattdessen sollen gezielt jene Bereiche herausgegriffen werden, die zur Testung folgender Annahmen beitragen können:

Die schwedische Neutralität ist in der politischen Praxis eng verbunden mit der Sozialdemokratie, diese wirkt als politischer Träger und Innovator.

Die Neutralitätspraxis verändert sich aufgrund von exogenen und endogenen Faktoren im Zeitverlauf. Grob lassen sich anhand des Phasenmodells von Paul Luif drei Phasen herausarbeiten, die passive Neutralitätspolitik, aktive und die realistische Neutralitätspolitik.

In der dritten Phase der realistischen Neutralitätspolitik im EU-Kontext zeigt sich eine zunehmende Kluft zwischen dem neutralitätspolitischen Diskurs und der politischen

Ausgestaltung – während die Sicherheitspolitik zunehmend in die europäische Sicherheitspolitik eingepasst wird, verbleibt die verbale Diskussion bei einem Selbstverständnis als neutraler Staat.

Seit 1990 stehen die bürgerlichen Parteien regelmäßig in Regierungsverantwortung, dadurch verschiebt sich die Sicherheits- und Außenpolitik vom außer Streit gestellten Thema in die Arena der politischen Diskussion.

8.2. Analysemodelle

Zur Beantwortung der leitenden Forschungsfragen dieser Arbeit müssen zwei historische Stränge, jener der schwedischen Sozialdemokratie und jener der Neutralitätspolitik und zwei politische Arenen, die innenpolitische und die der Außen- und Sicherheitspolitik, gemeinsam untersucht werden. Ihre Überschneidungen sollen sichtbar gemacht werden, zudem soll gezeigt werden, wie und wo eine gegenseitige Beeinflussung stattfindet.

8.2.1. Phasenmodell nach Paul Luif

Für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts teilt Paul Luif (1995, 139) in einem Längsschnitt die Neutralitätspolitik in drei Phasen, die in weiterer Folge als Grundgerüst der Analyse dienen sollen:

Passive Neutralität: Ab 1945

Aktive Neutralität: Entwickelt sich in den frühen 1960er Jahren

Realistische Außenpolitik: Ab etwa 1987

Erweiternd zur dritten Phase der realistischen Außenpolitik soll ein genauer Blick auf die Veränderungen nach dem EU-Beitritt Schwedens 1995 geworfen werden. Dafür soll eine vierte Analysephase eingeführt werden, die der europäisierten Außenpolitik ab dem EU-Beitritt Schwedens 1995.

8.2.2. Sechs Entwicklungsphasen von Gesellschaft und Staat – Michele Micheletti

Den Analyserahmen für die Entwicklung der schwedischen Politik und der Sozialdemokratie bietet Michele Michelettis Modell, das sechs Phasen der politischen Entwicklung der schwedischen Gesellschaft und des schwedischen Staates unterscheidet:

Die erste Phase umfasst die Formation der schwedischen Zivilgesellschaft in den 1850er Jahren bis in die 1890er Jahre, die vor allem von einem Konflikt zwischen Gesellschaft und Staat um Bürgerrechte und die Emergenz erster politischer Organisationen gekennzeichnet war.

Demokratisierung und politische Mitbestimmung, die Formation von Parteien und der damit einhergehende Machtverlust der zivilgesellschaftlichen Organisationen wie kirchliche und Abstinenzbewegungen prägten die bis in die 1920er Jahre reichende zweite Phase.

In der dritten Phase der 1930er Jahre werden die Grundlagen des späteren Schlagworts von der „starken Gesellschaft“ gelegt, Klasseninteressen strukturieren die gesellschaftlichen Konflikte, diese werden im Konzept des *folkshemmet* synthetisiert, dieses und der Begriff des „mittleren Weges“ unterstützen die Konstruktion einer schwedischen Identität und Einheit.

Die Nachkriegszeit der 1940er und 1950er Jahre bildet die vierte Phase, die sich vor allem durch die Ausgestaltung des „Schwedischen Modells“ auszeichnet. Charakteristika dieser Konsolidierungsphase sind die Machtverschiebung hin zum Staat und zur Regierung, der Ausbau des Wohlfahrtsstaates und die Etablierung einer sozialdemokratischen politischen Hegemonie.

Die 1960er und 1970er Jahre zeigen erste Brüche im gesellschaftlichen Modell, postmaterialistische Wertvorstellungen prägen verstärkt die schwedische Politik und damit auch die sozialdemokratischen Werte und Normen.

Die Transitionsphase der 1980er und 1990er Jahre markiert das Ende der sozialdemokratischen Hegemonie, neue politische Akteure und Parteien werden relevant, korporatistische Kooperationsmechanismen zwischen den sozialen Milieus brechen auf, Bereiche des Wohlfahrtsstaates werden re-privatisiert und der Aktionsradius des Staates beschränkt (Micheletti 1995, 1-3).

8.2.3. Synthese der Analysemodelle

Für den folgenden Abschnitt dieser Arbeit sollen die beiden Modelle als Analyserahmen fungieren. Im Versuch einer zeitlichen Synthese beider Modelle wird sichtbar, dass die Ausgestaltung der Neutralitätspolitik mit der innergesellschaftlichen und politischen Situation eng korrespondiert. So resultiert die Innenorientierung der

Konsolidierungsphase nach dem Zweiten Weltkrieg in einer passiven Neutralitätspolitik, während mit der Etablierung eines universellen postmaterialistischen Wertesystems auch die Neutralitätspraxis stärker international fokussiert. Der Bruch der sozialdemokratischen Hegemonie prägt eine realistische Ausgestaltung, zunehmend im europäischen Kontext.

Die Aushandlung des sozialen Kontrakts über Demokratisierung und Bürgerrechte, zentrales Thema der ersten beiden Phasen, wurde weiter oben bereits dargestellt. Nach einem kurzen Abriss über die Entwicklung der schwedischen Neutralität soll im Folgenden daher der Fokus auf den Überschneidungen der gesellschaftlichen Entwicklung und des politischen Handelns der Sozialdemokratie in der innenpolitischen Arena und der Neutralitätspraxis in der außenpolitischen Arena gelegt werden.

8.3. Emergenz einer faktischen Neutralität – ein historischer Abriss

Verglichen mit der Entstehungsgeschichte der Neutralität anderer europäischer Staaten wird für Schweden eines deutlich: Die Absenz eines singulären oder entscheidenden exogenen Faktors. Lässt sich die finnische Neutralität vor allem als Reaktion auf eine reibungsintensive geographische Lage zwischen Großmächten beziehungsweise Machtblöcken lesen und die österreichische als Vorleistung für eine Sicherung aller Interessenslagen in der Machtformation des Kalten Krieges, so gibt es für die schwedische Neutralität weder eine historische Bruchstelle noch eine politische Drucksituation, die neutrales Handeln erforderte. Die Entwicklung der schwedischen Neutralität war vielmehr eine graduelle und auf langfristige internationale Entwicklungen ausgerichtete, vorerst rein exogen motiviert und später endogen motiviert neu geschrieben.

8.3.1. Schweden als Großmacht – Formation von Polity und Policy

Die Außenpolitik des 1523 aus einer Union mit Dänemark und Norwegen unabhängig hervorgegangenen schwedischen Staates ließ in den ersten Jahrhunderten keine Rückschlüsse auf einen späteren neutralen Status zu. Schweden etablierte sich unter der herrschenden Adelsfamilie der Vasa als eine (nicht nur regionale) Großmacht, die sich aktiv in die europäische Politik einbrachte. Während des 17. Jahrhunderts, vor allem während des Dreißigjährigen Krieges definierte Schweden seine Außenpolitik als imperialistische Eroberungspolitik, das schwedische Einflussgebiet wurde nach langen Kriegshandlungen auf den gesamten Ostseeraum und bis weit nach Mitteleuropa

ausgeweitet. Diese Großmachtpolitik Schwedens beinhaltete zwei entscheidende staatsbildende Momente. So wurde mit einer imperialistisch-expansiven Außenpolitik erstmals eine klar definierte und im europäischen Kontext relevante Policy implementiert. Und weiters erforderte diese Großmachtpolitik „*the formation of a polity*“ (Petersson 1994a, 17), die Konstruktion eines modernen Staates mit umfassender Verwaltung und stabilen Strukturen. Gleichzeitig gilt aber auch der Umkehrschluss: Erik Ringmar zeigt in seiner Analyse (Ringmar 1996) der Kriegsgründe von 1630 den entscheidenden Einfluss staatlicher und kollektiver Identitäten auf staatliches Handeln auf. Er schlussfolgert, dass die Entscheidung für die Kriegsteilnahme Teil einer Strategie der neuen politischen Eliten rund um König Gustav Adolf war, über die Formation einer neuen Identität eine – die eigene Position stützende – staatliche Verfasstheit zu erschaffen und mit externer Anerkennung die internen Machtstrukturen zu festigen. Hierbei fungierte also das Narrativ Schwedens als europäische Großmacht als Mittel, um interne Handlungszwänge zu konstruieren und beständige eigene Herrschaftsstrukturen zu organisieren.

8.3.2. Neutralität als Option einer kleinen Macht

Mit der post-napoleonischen Balancekonstruktion veränderte sich der außenpolitische Horizont Schwedens, seine Exklusion aus dem europäischen Gleichgewicht der Großmächte wies dem Land einen peripheren Status als kleinere Macht zu. Auf diese verschärfte Distinktion zwischen großen und kleinen Mächten reagierte Schweden mit einer neutralen Außenpolitik, eine Option, die im statischen Konstrukt des Konzerts der Großmächte einen erstrebenswerten Ausweg für eine eigenständige Außenpolitik bot:

„For such lesser powers neutrality became a more viable option than in the fledging international relations of the *ancien régime*.” (Malmborg 2001, 88, kursiv im Original).

Eingebettet war dieser Aufschwung neutraler Ausrichtungen der Außenpolitik unter vielen kleinen europäischen Staaten in eine lange relativ stabile und friedliche Phase der Balance in Europa. In dieser konnten die kleinen Staaten zwischen opponierenden, aber nicht direkt Krieg führenden Blöcken agieren und sich profilieren, ein Muster, das sich auch in Kalten Krieg wiederholte (Malmborg 2001, 88). Diese Phasen wurden zur Ausgestaltung neutraler Praxis genutzt, die kleineren neutralen Staaten „succeeded in gaining respect for their neutrality by making use of the opposition between the Great Powers“ und „the great powers made policy as they went along“ (Malmborg 2001, 89).

Dieser außenpolitische Rollenwechsel verlief für die schwedische Gesellschaft und Politik allerdings nicht reibungslos; „not until the latter half of the nineteenth century, when the brief fire of Scandinavianism had burnt itself out, did Sweden adjust herself to her new *rôle* of professional neutral and self-appointed international *censor morum*“ (Roberts 1979, 154, Hervorhebungen im Original).

Die in Schweden bewusst gestaltete relative Machtlosigkeit im militärischen Bereich wurde durch einen starken wirtschaftlichen Aufschwung mit der Industrialisierung kompensiert, die Neutralität ermöglichte im ökonomischen Bereich weitgehende Handlungsfreiheit (Gebhard 2005, 31).

Erst langsam wandelte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts das schwedische Neutralitätskonzept von einer aus pragmatischen Gründen angenommenen außenpolitischen Option hin zu einem im nationalen Selbstverständnis fest verankerten Identitätspfeiler. Diese Veränderung jedoch betraf mehr die Integration in die schwedische Politik und weniger die Auslegung; Schweden versteht seine Neutralität als Allianzfreiheit im Frieden, mit dem Ziel, im Kriegsfall neutral zu sein. Folgerichtig wird auch heute von *alliansfrihet* gesprochen.

8.3.3. Neutralität auf dem Prüfstand – die zwei Weltkriege als Test

Während das relativ friedliche 19. Jahrhundert die neutralen Staaten vor keine größeren Herausforderungen stellte, erwies sich der Erste Weltkrieg als ein Test, aus dem Schweden nicht unbeschadet hervorkam. Trotz einer Neutralitätserklärung agierte die schwedische Führung pro-deutsch, eine Haltung, die sowohl aus einer weit verbreiteten germanophilen Einstellung der politischen und militärischen Eliten, als auch aus dem Versuch der Abgrenzung gegenüber Russland erwuchs. Carlgren zeigt hier eine Gemengelage schwedischer Interessen auf, die sich rund um drei Zentren gruppieren; die stark pro-deutschen „Aktivisten“ rund um die schwedische Königsfamilie strebten ein Bündnis mit Deutschland an, die Sozialdemokraten forcierten eine harte Neutralitätspolitik und die bürgerliche Regierung legte sich bereits früh auf eine „wohlwollende Neutralität“ gegenüber Deutschland fest (Carlgren 1962, 253-261). Auch Sten Carlsson sieht eine ideologische Trennlinie zwischen dem linken und dem rechten Lager. Während konservative und rechte Gruppierungen eine pro-deutsch agierende Politik forderten, waren vor allem die Sozialdemokraten strikt auf der Seite der Entente

und setzten nach dem Regierungswechsel und ihrem Eintritt 1917 Hilfsmaßnahmen für die Entente um (Carlsson 1985, 23-25).

Diese stark an der Realpolitik orientierte Auslegung der Neutralität trat im Zweiten Weltkrieg noch weiter verschärft zu Tage, hier agierte Schweden trotz einer Neutralitätserklärung erneut massiv pro-deutsch, akzeptierte weitreichende Verletzungen¹³ seines neutralen Territoriums durch Deutschland und unterstützte außerdem Finnland offen im Winterkrieg 1939/40 gegen die Sowjetunion. Diese konziliante Haltung lag auch in der starken wirtschaftlichen Verflechtung der beiden Staaten begründet, so fungierte die deutsche Kriegswirtschaft als Hauptabnehmer des schwedischen Eisenerzes und anderen Militärgütern (Gebhard 2005, 35-37 und Fritz 1985, 65-66). Als sich die Niederlage Deutschlands abzeichnete, setzte eine Umorientierung in der schwedischen Politik ein, der Handel mit Deutschland wurde eingeschränkt und im letzten Kriegsjahr wiederum den Alliierten über die Möglichkeiten eines neutralen Staates hinausreichende Unterstützung gewährt (Mouridsen 1999, 45). Sten Carlsson sieht in dieser Umorientierung ein Replikat der Neutralitätspolitik während des Ersten Weltkrieges, die ursprünglich pro-deutsche Haltung wurde im Laufe des Krieges modifiziert und in ihr Gegenteil verkehrt. In beiden Fällen agierten die Sozialdemokraten als Verfechter einer neutralen und anti-deutschen Linie, agierten aber nicht ideologieorientiert, sondern versuchten pragmatisch eine Nichtteilnahme Schwedens am Krieg zu verhandeln (Carlsson 1985, 28-29).

Die schwedische Neutralität, entstanden unter den relativ statischen Bedingungen des „Konzerts der Großmächte“, konnte sich in stürmischeren Zeiten kaum bewähren. In beiden Weltkriegen nahm Schweden eine wohlwollende Haltung gegenüber Deutschland ein, die weit über den Rahmen einer glaubwürdigen neutralen Außenpolitik hinausging. Die Erwartung, dass die Neutralität als Sicherheitsgarantie, die Schweden aus Kriegen heraushalten sollte, fungieren wird, hat sich somit nur eingeschränkt bestätigt, wie Mikael af Malmborg vor allem bezüglich des Zweiten Weltkriegs festhält:

¹³ Luif nennt hier etwa 2,14 Millionen deutsche Soldaten, die zwischen der norwegischen Front und Deutschland durch Schweden transportiert wurden, ebenso Gütertransporte, teilweise von schwedischen Truppen bewacht (Luif 2003, 20). Weiters gab es zahlreiche Luftraumverletzungen durch die deutsche Luftwaffe (Wahlbäck 1987, 50). Diese Verlagerung des Transports auf den Landweg ermöglichte eine Vermeidung der von Großbritannien kontrollierten Seewege und stellte somit eine beachtliche Unterstützung für Deutschland dar. In diesem Kontext ebenfalls noch einmal zu erwähnen sind die umfangreichen Eisenerz- und Rüstungslieferungen Schwedens an Deutschland.

„On all these occasions it was deviations from neutrality rather than neutrality itself that maintained Sweden's cohesion and saved the country from war.“ (Malmborg 2001, 138).

8.3.4. Neutralität im Kontext kollektiver Sicherheitssysteme

Die außen- und sicherheitspolitische Debatte der schwedischen Sozialdemokratie nach dem Ersten Weltkrieg spiegelt sich im 1920 angenommenen Parteiprogramm wieder.

Mit diesem Parteiprogramm bekräftigte die SAP ihre grundlegende Forderung nach Abrüstung und demokratisch bestimmter Außenpolitik. Das 1911 beschlossene, vorhergehende Parteiprogramm legte das sozialdemokratische außenpolitische Konzept als permanente Neutralität im geographischen Referenzrahmen der skandinavischen Umgebung fest („dauerhafte skandinavische Neutralität“, *SAP parti program* 1911, eigene Übersetzung). Handlungsarenen für die internationalen Aktivitäten der SAP stellten die internationalen Verbünde der Arbeiterorganisationen dar (*SAP parti program* 1911).

Unter dem Eindruck einer relativen Machtlosigkeit als neutraler Kleinstaat adjustierte die SAP nach dem Krieg ihre Position auf zwei Ebenen. Erstens eskalierte die SAP ihren außenpolitischen Handlungs- und Referenzrahmen vom skandinavischen Nahraum zur globalen Ebene des Völkerbunds. Zweitens verschob sie die präferierte Handlungsarena von den zivilgesellschaftlichen Organisationen der internationalen Arbeiterbewegung hin zur zwischenstaatlichen Architektur kollektiver Sicherheit des Völkerbundes.

Mit dieser Verschiebung gingen die Sozialdemokraten von ihrer Forderung nach einer skandinavischen neutralen Zone ab und unterstützten stattdessen eine demokratisch bestimmte Außenpolitik im Rahmen eines demokratisch verfassten Völkerbunds (*SAP parti program* 1920). Den Beitritt 1920 unterstützten die Sozialdemokraten unter Hjalmar Branting intensiv. Der Diskurs um den Beitritt zeigt zentrale Elemente der normativen Orientierung der schwedischen Außenpolitik. So wurde der Völkerbund als Arena zur Eskalierung der schwedischen Normen und Erfahrungen in der Friedenserhaltung und zur Entwicklung internationalen Rechts auf internationaler Ebene gesehen. Ebenso wurde die Mitgliedschaft zur Weiterentwicklung innenpolitischer Positionen genutzt, etwa in der Abrüstungsfrage oder der Unterstützung konsensualer und verrechtlichter Konfliktlösungsverfahren (Malmborg 2001, 130-131).

8.3.5. Die Zwischenkriegszeit als ideologische Bruchstelle

Die Frage nach der ideologischen Verwurzelung und dem ideologischen Grundgehalt der schwedischen Sozialdemokratie wurde bereits umfassend behandelt. Eine kurze Reexamination der spezifischen Situation der 1930er Jahre scheint jedoch aus zwei Gründen lohnend. Zum einen stellt sich die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und vor allem die 30er Jahre als katalysatorische Phase dar. Die SAP vergrößerte ihren Stimmenanteil rapide und etablierte sich zuerst als Regierungspartner und dann als führende Regierungspartei. Zum anderen stand Schweden in den 1930er Jahren in einem europäischen Kontext der Re-Ideologisierung unter Reaktionsdruck. Die Konstruktion einer übergeordneten schwedischen Identität, die als Klammer über perzipierte Klassenunterschiede fugiert, basiert auf der Perzeption einer homogenen Nation ohne religiöse und ethnische Konflikte. Unterstützt wurde diese Herausbildung eines kollektiv orientierten Selbstbilds durch die kooperative und integrierende politische Praxis der Sozialdemokratie und der perzipierten Bedrohung durch das europäische Umfeld (Micheletti 1995, 61).

Herbert Tingstens (1941) Studie zur Ideologieentwicklung der schwedischen Sozialdemokratie argumentiert, dass die 1930er Jahre den Übergang der marxistisch orientierten ideologischen Ausrichtung hin zu einer wenig spezifizierten und nur gering theoretisch verankerten „allgemeinen Wohlfahrtsideologie“ markierten. Diesem Befund widerspricht Leif Lewin (1967), der in den 30er Jahren die Emergenz einer Ideologie der zentralen wirtschaftlichen Planung mit marxistischen Elementen verortet.

Obwohl zwar in der Wirtschaftspolitik marxistische Elemente vorhanden waren, zeigt Diane Sainsbury für die 30er Jahre einen klaren Bruch mit dem Marxismus in der Perzeption der Gesellschaft auf. Das Konzept der „Klasse“ wurde zunehmend ersetzt durch ein Konzept der „Gesellschaft“, der Klassenkonflikt als progressive Kraft durch Kooperation ersetzt (Sainsbury 1980, 32-33).

8.3.5.1. Das Konzept des *folkshemmet*

Deutlich wird dieser ideologische Bruch in dem von Premierminister Per Albin Hansson vor allem im Wahlkampf 1932 etablierten Begriffs des „*folkshemmet*“, einer Konzeption des Staates als übergeordnetes Zuhause seiner Bürgerinnen und Bürger.

„Die Basis des *folkshemmet* sind Gemeinsamkeit und Mitgefühl. Das gute Zuhause kennt keine Privilegierten und Nicht-Privilegierten, keine Lieblingskinder und keine Stiefkinder. Keiner sieht auf den anderen herab. Keiner versucht, sich einen

Vorteil auf Kosten anderer zu verschaffen, die Starken unterdrücken und beuten nicht die Schwachen aus. Im guten Zuhause herrschen Gleichheit, Umsicht, Zusammenarbeit und Hilfsbereitschaft. Auf das gesamte Volks- und Mitbürgerheim angewandt bedeutet das den Abbruch aller sozialer und ökonomischer Schranken, die momentan die Gesellschaft in Privilegierte und Nicht-Privilegierte, in Herrschende und Abhängige, in Ausbeutende und Ausgebeutete teilen. [...] Die große Aufgabe einer ehrlichen demokratischen Politik ist, wie schon gesagt, unser Land zum guten Mitbürgerheim mit einer gesicherten Existenz für alle zu machen, die da bauen und wohnen, indem alle zum gemeinsamen Wohl zusammenarbeiten.“

„Hemmets grundval är gemensamheten och samkänslan. Det goda hemmet känner icke till några privilegierade eller tillbakasatta, inga kelgrisar och inga styvbarn. Där ser icke den ene ner på den andre. Där försöker ingen skaffa sig fördel på andras bekostnad, den starke trycker icke ner och plundrar den svage, I det goda hemmet råder likhet, omtanke, samarbete, hjälpsamhet. Tillämpat på det stora folk- och medborgarhemmet skulle detta betyda nedbrytandet av alla sociala och ekonomiska skrankor, som nu skilja medborgarna i privilegierade och tillbakasatta, i härskande och beroende, plundrare och plundrade. [...] Den stora uppgiften för ärlig demokratisk politik är, såsom redan sagts, att göra vårt land till det goda medborgarhemmet, med tryggad existens för dem, som där bygga och bo, med allas samverkan för gemensamt bästa. (Per Albin Hansson, 1928, eigene Übersetzung).

Das Konzept des *folkhemmet* stellt ein permanent wirksames, grundlegendes Narrativ der schwedischen Identität dar. Über diese Vorstellung der Gesellschaft als Zuhause ihrer BürgerInnen und der wechselseitigen Fürsorge- und Solidaritätsverpflichtung anstatt des Konflikts zwischen sozioökonomischen Milieus ermöglicht „the integration of political democracy, the people, social democracy, and social movements. This integration is the foundation of modern Swedish political culture.“ (Micheletti 1995, 62). Als notwendige Voraussetzung für diese solidarische Gesellschaftsorganisation nennt Gøsta Esping-Andersen einen hohen Grad an Homogenität und Isolation, die Idee des *folkshemmet* bezieht ihre Legitimität aus der Absenz eines Elements der „Fremdheit“, von gesellschaftlichen Friktionselementen (Esping-Andersen 1992, 64).

Der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident Göran Persson prägte in Rückgriff auf dieses zentrale Narrativ der schwedischen Identität in seiner Regierungszeit von 1996 bis 2006 den Begriff des „*gröna folkhemmet*“, der „grünen“, umweltbewussten Dimension des schwedischen *folkshemmet* (Brors 2004).

8.4. Konsolidierung im Inneren und passive Neutralitätspolitik

Die stark innenorientierte Phase der vierziger und fünfziger Jahre fasst Micheletti in ihrem Phasenmodell unter das Schlagwort des „Schwedischen Modells“ (Micheletti 1995, 72). Sie umfasst den Ausbau des starken schwedischen Wohlfahrtsstaates und die Etablierung einer sozialdemokratischen Hegemoniesituation, die vor allem durch die siebzehnjährige

Amtszeit des sozialdemokratischen Regierungschef Tage Erlander von 1946 bis 1969 personifiziert wurde. Als Komplement steht dem die Phase der passiven Neutralitätspolitik gegenüber, in der Schweden sich zwar in die Architektur der internationalen Organisationssysteme integrierte, aber sich dort auf einen passiven Standpunkt eines neutralen Staates zurückzog.

8.4.1. Das „Schwedische Modell“ oder „die Schwedischen Modelle“?

Micheletti sieht das „Schwedische Modell“ vor allem durch die deliberative demokratische Praxis der konsensualen Konfliktaushandlung zwischen oppositionellen gesellschaftlichen Vertretungsgruppierungen charakterisiert, dies zeigt sich in den Aushandlungsprozessen der Arbeitsmarktkonflikte. Ein weiteres Charakteristikum des „Schwedischen Modells“ ist eine politische Opportunitätsstruktur, die verschiedenen Interessensvertretungsgruppierungen Zugang zu politischer Machtausübung bietet. Diese Struktur der Machtteilhabe begünstigt einen stark normengeprägten und kompromissorientierten Politikstil der Akteure (Micheletti 1995, 75).

Paul Luif nennt als definierende Faktoren des „Schwedischen Modells“ folgende Punkte: „stabile (sozialdemokratische bzw. sozialdemokratisch geführte) Regierungen; [...] Politik des Kompromisses zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den (drei) bürgerlichen Parteien; [...] sozialer Konsens zwischen den Interessensgruppen, die in korporatistischer Weise agieren; [...] umfassendes social engineering; [...] in der Außenpolitik: Neutralität.“ (Luif 1994, 294).

Dieses Schlagwort des „Schwedischen Modells“ dekonstruiert Olof Petersson und argumentiert für die Differenzierung verschiedener „Schwedischer Modelle“ zusammengesetzt aus Teileinheiten einer schwedischen Politiktradition, die unter den veränderten internationalen und ökonomischen Bedingungen zunehmend an Gewicht verliert. Diese Teileinheiten umfassen zum einen politische Operationalisierungen des Klassenkonflikts, wie die kooperative Konfliktaushandlung zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen, Kollektivverhandlungen, den historischen Kompromiss als Verlagerung der direkten ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenvertretung auf die Interessensvertretungspartner, Korporatismus und Vollbeschäftigung. Zum anderen nennt Petersson auch zentrale Normen der schwedischen politischen Kultur, wie Konsensorientierung, Universalismus, Technokratie und evidenzbasierte Politik,

zentralisierte politische Organisation, Gender Mainstreaming und eine starke Gesellschaft (Petersson 1994a, 34-42).

8.4.2. Sozialdemokratische Hegemonie

„Die Sozialdemokratische Partei, so kommt es mir vor, ist in Schweden weit davon entfernt, eine Partei unter anderen zu sein. Sie spielt eine hegemoniale Rolle, und das heißt, sie bestimmt die Spielregeln, denen alle anderen Mitspieler folgen müssen, um politisch zu überleben“. Zu diesem Befund kommt Hans-Magnus Enzensberger in seiner Betrachtung des „Schwedischen Herbst“ (1987, 10). Tatsächlich waren die Sozialdemokraten bereits seit 1932¹⁴ durchgehend im Amt und sollten dies bis 1976 bleiben. Jedoch hält Christine Agius fest, dass der ideologische Einfluss der Sozialdemokratischen Partei keineswegs nur durch ihre Wahlerfolge zu erklären ist. So vermochten es die Sozialdemokraten, bestehende, gut verankerte gesellschaftliche Institutionen zu integrieren und eine breite Unterstützung für die sozialdemokratische Vision der schwedischen Gesellschaft zu finden:

„The SAP captured an ideal of Swedish society, and due to its political dominance, was able to socialise this vision so it had widespread appeal, incorporating existing institutions and social bases [...] The ability of the SAP to gain consensus for its programmes and encase them in universalist terms established the party as a hegemonic political force in Sweden“ (Agius 2006, 91).

Auch Hugh Heclo und Henrik Madsen unterstreichen die Differenz zwischen politischer und normativer Dominanz:

„Hegemony need not consist of unanimous or even majority support: it consists of the fact that almost everyone, knowingly or unknowingly, dances to the tune of the leading party“ (Heclo/Madsen 1987, 23).

Neben der ideologischen Komponente nennt Sheri Berman auch die Kooperation mit der *Centerpartiet* und das keynesianisch geprägte Wirtschaftsprogramm als entscheidende Faktoren in der Etablierung der sozialdemokratischen Hegemonie. Im Gegensatz zu anderen sozialdemokratischen Parteien, etwa der SPD, entsprach die keynesianische Wirtschaftspolitik dem reformistischen Ansatz der SAP und konnte so nahezu friktionsfrei in die Parteipolitik implementiert werden. Gleiches gilt auch für die Positionierung als

¹⁴ Unterbrochen durch die zwei Monate regierende Minderheitsregierung der heutigen *Centerpartiet* von Mitte Juli 1936 bis Mitte September 1936.

Volkspartei, die vorhergehende politische Öffnung ermöglichte eine pragmatische Zielgruppenorientierung aufbauend auf der universalistisch ausgerichteten diskursiven Strategie des „*folkshemmet*“, ohne eine weitergehende Erfordernis einer ideologischen Repositionierung (Berman 1998, 174-175). Jan Turowski beschreibt den schwedischen Wohlfahrtsstaat als "historische Ausformung der Hegemonie der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei [... die] darüber langfristig politische, wirtschaftliche und institutionelle Arrangements herstellen konnte, deren inhärente Handlungslogiken sich wiederum in den Werte- und Einstellungsmustern der Bevölkerung verankerten. Das sozialdemokratische Projekt entgrenzte sich auf diese Weise zu einem Projekt einer Nation" (Turowski 2010, 238).

Sichtbar wird diese Dominanz der Sozialdemokraten auch in den zentralen politischen Narrativen schwedischer Politik, die entweder auf sozialdemokratischen Normen und Werten aufbauen, oder aber auf Elementen, die in das Set sozialdemokratischer Normen und Werte integriert wurden. Verdeutlicht wird dies in dieser Arbeit exemplarisch an zweien der wirkmächtigsten Narrative, nämlich am oben bereits beschriebenen Begriff des „*folkshemmet*“ und am Konzept der „starken Gesellschaft“.

8.4.2.1. Die „starke Gesellschaft“

Der langjährige sozialdemokratische Ministerpräsident Tage Erlander prägte mit dem Begriff „*det starka samhället*“ – der „starken Gesellschaft“ – das zweite zentrale Konzept neben dem des „*folkshemmet*“ in der Verschiebung des Vertretungsanspruch der Sozialdemokratischen Partei von einem partikularen Fokus auf die Arbeiterklasse hin zu einem prinzipiell universellen Fokus auf die gesamte Gesellschaft. Dieses Schlagwort der „starken Gesellschaft“ stellt auf ein Gesellschaftsverständnis im Sinne einer Gemeinschaft mit gemeinsamer Identität und Solidaritätsorientierung ab. Olof Palme charakterisiert dieses Konzept in seinem Nachruf auf Tage Erlander folgendermaßen:

„Du warst der Meinung, dass die Gesellschaft stark sein müsse, damit die Menschen nicht schwach wären. Für Dich war die starke Gesellschaft nie ein Ausdruck einer Autorität oder ökonomischen Übermacht, die das Leben der Menschen dirigiert.“

(„Du har ansett att samhället ska vara starkt så att människor skall slippa vara svaga. För Dig var det starka samhället aldrig ett uttryck för myndighet eller ekonomisk övermakt som dirigerar människors liv.“ Palme 1985, 9, eigene Übersetzung).

Micheletti (1995, 60-61) sieht in der „starken Gesellschaft“ vor allem eine Machtverschiebung von zivilgesellschaftlichen Strukturen hin zum staatlichen Bereich und ein Verschmelzen der beiden Sphären.

"Social movements were still important, but government became the main force that reshaped society and changed the boundary of the political. The government, parliament, and expanding public administration were now the cutting edge of politics. Swedes came to believe that political change could only occur through government action and that the only truly effective collective action was taken by government" (Micheletti 1995, 60).

Dem liegt eine fundamentale Redefinition der Rolle des Staates zugrunde, die die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen unternommen hatte. War zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Staat „considered to be a repressive and treathening instrument in the service of the ruling class“, so fungiert der Staat jetzt als strukturelle Basis demokratisch organisierter parteipolitischer Machtausübung, als „an implement of democracy in the service of the good society“ (Gidlund 1992, 125).

8.4.3. Die außenpolitische Orientierung der SAP nach dem Zweiten Weltkrieg

„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“ (Manifest der Kommunistischen Partei 1848). Diese Verortung der Außenpolitik in den Kontext des Klassenkampfes und die daraus folgende Fokussierung auf die als Machtinstrument der Bourgeoisie verstandene Verteidigungspolitik prägte die politische Praxis der schwedischen Sozialdemokratie und bildete den Grundstein der theoretischen Basis für die Integration der Neutralität in den sozialdemokratischen Kanon. Trotz der in der Zwischenkriegszeit beginnenden Formation einer spezifisch schwedischen Identität aufbauend auf den sozialdemokratischen Konzepten der „starken Gesellschaft“ und des „Volksheims“ behielt diese Idee bis zum Beginn der sechziger Jahre eine gewisse Wirkmächtigkeit (Johansson/Norman 1992, 340).

Für Klaus Misgeld stellt die Außenpolitik der SAP nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem den Aufbruch einer isolierten Haltung im Zweiten Weltkrieg und eine neuen Integration in die sozialistische Internationale dar. Die zentralen politischen Problemfelder umfassten erstens die Klärung der Beziehungen der schwedischen Sozialdemokratie zur deutschen SPD und zu den beiden deutschen Staaten, zweitens die Positionsbestimmung in der

europäischen Zusammenarbeit und drittens die Ausgestaltung des „sozialistischen Internationalismus“, der ab Anfang der sechziger Jahre vor allem als Solidaritätspolitik gegenüber den meist blockfreien Entwicklungsländern genützt wurde (Misgeld 1984, 504-505). Diese Solidaritätspolitik der SAP sehen Johansson und Norman als Ausgangspunkt einer Emergenz genuin sozialdemokratischer Außenpolitik, davor wurde Außenpolitik vor allem als Verteidigungspolitik und im Kontext des Klassenkonflikts diskutiert (Johansson/Norman 1992, 340).

Politisch manifestierte sich diese reintegrativ ausgerichtete Außenpolitik der SAP durch den Beitritt zu den Vereinten Nationen und zu einer Reihe von weiteren internationalen Organisationen (Hadenius 1990, 60).

8.4.4. Rückorientierung zur Neutralität als Ersatzstrategie

Die Erfahrung des Scheiterns eines Systems kollektiver Sicherheit resultierte im permanenten Rückzug der Sozialdemokraten auf die ursprüngliche Position der Neutralität als außenpolitisches Primärkonzept, kombiniert mit der Parallelstrategie eines UNO-Beitritts. Die formale und ausdrückliche Forderung nach einer neutralen Außen- und Sicherheitspolitik fand in das Parteiprogramm von 1944 (*SAP parti program* 1944) Eingang, gleiches gilt auch für die Parteiprogramme 1960, 1975, 1990 und 2001 (*SAP parti program* 1960; *SAP parti program* 1975; *SAP parti program* 1990; *SAP parti program* 2001). Christine Agius sieht diese Rückorientierung auf die Vorkriegsposition als Ersatzstrategie für die aktive Beteiligung an einem System internationaler Kooperation und kollektiver Sicherheit an, die Handlungsdomäne eines neutralen Staats wurde im Vergleich zur aktiven Mitgliedschaft als stark begrenzt empfunden (Agius 2006, 72). Vor allem das vitalste Interesse schwedischer Außenpolitik, nämlich die Förderung des Exports und der Implementierung schwedischer Werte und Normen auf die internationale Ebene und die Dissemination in interne Politik anderer Staaten wurde deutlich erschwert. Die normengetriebene Intention legte der damalige schwedische Außenminister Östen Undén klar da, der 1935 festhielt:

„Neutrality may be for a long time the only viable policy after the failure of international solidarity. This fact may be accepted with resignation. But the apostles of neutrality will never be numbered among the liberators of mankind“ (zit. nach Agius 2006, 72).

8.4.5. Kontextuelle Einbettung der Revitalisierung der Neutralitätspolitik

Diese Revitalisierung einer starken Neutralitätspolitik gekoppelt an eine funktionsfähige militärische Selbstverteidigungsmöglichkeit stand im internationalen Kontext des Zweiten Weltkriegs und den darauf folgenden Beginn des Kalten Krieges. In ihr spiegelt sich der Paradigmenwechsel von einer institutionalistisch orientierten internationalen Politik des Völkerbundes zur realistischen Denkschule. Im diesem als anarchisch und als von zwei Machtblöcken bestimmt perzipierten internationalen System löste das Selbstbild des schlagkräftigen neutralen Kleinstaats im Nahraum eines Machtblocks jenes eines innerhalb internationaler Institutionen aktiven und engagierten Staates als legitime Option ab. Kollektive Sicherheitssysteme wurden nicht mehr als ausreichende Sicherheitsgarantie für das kleine Schweden gesehen, bewaffnete Neutralität bot sich als breit unterstützter Ausweg an (Malmborg 2001, 132).

Innenpolitisch wurde diese Debatte von einer Neuausrichtung des politischen Diskurses begleitet. Die ideologische Entwicklung der Zwischenkriegszeit wurde bereits weiter oben ausgearbeitet. Sie stellt die Basis für die politische Ausrichtung des Nachkriegs-Schwedens dar. Zentrale Punkte blieben die ideologische Unifizierung der Gesellschaft und die pragmatische Ausrichtung der Politik. Die Sozialdemokraten in Alleinregierung oder als großer Regierungspartner überlagerten klassenorientierte Politikformulierung mit einem pragmatischen und reformistischen Ansatz, einem evidenzbasierten und permanent evaluierten politischen System. Die Fragmentierung der Gesellschaft wurde durch die Inklusion aller Gruppierungen in das *folkshem*-Konzept überwunden (Agius 2006, 73).

Sowohl für die Phase der passiven Neutralitätspolitik als auch für das „Schwedische Modell“ der 1940er und 1950er Jahre blieben diese beiden strukturellen Besonderheiten prägend.

8.4.6. Schwerpunkte der Neutralitätspolitik der fünfziger Jahre

Die erste Phase nach dem Zweiten Weltkrieg inkludiert die schwedischen Ansätze für eine Erweiterung der außenpolitischen Arenen, die Carmen Gebhard von drei Strategien dominiert sieht:

- „- dem Wunsch nach der Teilnahme an einem zu etablierenden globalen kollektiven Sicherheitssystem
- der Bemühung um die Förderung nordischer Zusammenarbeit und
- die Distanzierung von den beiden Blöcken“ (Gebhard 2005, 42)

Die erste Strategie stellte eine Weiterführung des schwedischen Engagements im Völkerbund dar und schloss an die sozialdemokratische Vorstellung des schwedischen Sendungsbewusstseins in der Welt an, der Beitritt zu den Vereinten Nationen 1946 mit einem Neutralitätsvorbehalt, der Schweden nur an vom Sicherheitsrat beschlossene Maßnahmen band, beruhte auf einem innenpolitischen Konsens.

Als einen Teil der außenpolitischen Orientierungsphase lassen sich die verschiedenen Bemühungen um eine nordische Kooperation im Sicherheitsbereich sehen. In einem Rückgriff auf die Skandinavismus-Bewegungen vor dem Ersten Weltkrieg sollte das Ergebnis dieser 1948 gestarteten Initiative des sozialdemokratischen Premierministers Tage Erlander und seines Außenministers Östen Undén ein starkes, nach außen hin neutrales Verteidigungsbündnis zwischen Norwegen, Dänemark und Schweden sein.

Zu betonen ist, dass mit der Planung eines „nordischen Blocks“ nicht eine Aufgabe des Neutralitätsprinzips verbunden, sondern die Konstruktion eines Bündnisses nach innen solidarischer und nach außen neutraler Staaten angestrebt wurde. Die schwedischen Militärkapazitäten waren aufgrund der massiven Ausrüstung im Zuge der Weltkriege und im Vergleich zu den Nachkriegskapazitäten der anderen europäischen Staaten durchaus ausreichend für diese Pläne; Malmberg nennt etwa die schwedische Luftwaffe als die viertgrößte Europas, wohingegen Dänemarks und Norwegens Beitrag nur gering ausfallen konnte (Malmberg 2001, 154). Diese Kooperation der nordischen Länder wäre also nicht nur nach dem schwedischen Vorbild der bewaffneten Neutralität, sondern auch unter Schwedens militärischer Dominanz vollzogen worden – eine Tatsache, die wahrscheinlich zum Scheitern beigetragen hat. Die NATO-Mitgliedschaft Dänemarks und Norwegens 1949 beendete diesbezügliche Planungen.

Unter der dritten Strategie, der Distanzierung von beiden Blöcken, lassen sich die bisher gezeigten Aktionen der schwedischen Außenpolitik noch einmal zusammenfassen. So war der Beitritt zur UNO von diesbezüglichen Überlegungen geprägt, was sich in der Formel zeigt, dass nur vom Sicherheitsrat verabschiedete Maßnahmen für Schweden als bindend erachtet werden, womit durch die Einbindung sowohl der USA, als auch der Sowjetunion eine parteifreie Position eingenommen werden konnte. Auch die geplante nordische Kooperation zeugt von dem Wunsch nach einem eigenen „neutralen Block“ außerhalb des Ostens und Westens (Luif 2003, 21). Die Situation in der nordischen Region wurde in Schweden als sehr fragil perzipiert, besonders nach dem NATO-Beitritt Dänemarks und Norwegens wurde unter dem Schlagwort des „Finnlandarguments“ eine Neutralität Schwedens als unabdingbarer Garant für die Unabhängigkeit Finnlands von der

Sowjetunion bezeichnet, die sogenannte „Nordische Balance“ durfte nicht ins Wanken gebracht werden¹⁵.

8.4.6.1. Schwedens Verhältnis zur NATO – Informelle Kooperation

Darüber hinaus muss allerdings die Frage gestellt werden, wie weit diese Distanzierung zwischen den Blöcken in der schwedischen Politik eingehalten und wie weit sie tatsächlich gewollt wurde. So wurden Ende der 50er Jahre von der sozialdemokratischen Regierung im Geheimen umfassende und enge Kooperationen¹⁶ im militärischen Bereich mit der NATO aufgebaut, neuere Untersuchungen zeigen, dass Schweden als integraler Bestandteil der NATO-Planung in der Region angesehen wurde und auf eine Unterstützung im Kriegsfall vertrauen konnte¹⁷ (Vaahtoranta/Forsberg, 2000, 9). Die Westorientierung des Landes manifestierte sich auch durch seine Teilnahme am sogenannten „Marshall-Plan“, dem European Recovery Program, eine Entscheidung, die vor allem durch die enge wirtschaftliche Verflechtung mit Westeuropa, namentlich Deutschland, motiviert war (Gehler 2001, 32) und an der EFTA.

So ließ sich Schweden seit dem Zweiten Weltkrieg also eindeutig der westlichen Hemisphäre zurechnen und wurde auch von der Sowjetunion so wahrgenommen, was eine kritische Revision des „Finnlandarguments“ notwendig macht. Angesichts der auch von der Sowjetunion perzipierten Westorientierung Schwedens lässt sich die außenpolitische Argumentationslinie, die Neutralität fungiere als Appeasementpolitik der Sowjetunion gegenüber, um Finnlands Unabhängigkeit zu gewährleisten, nicht mehr aufrechterhalten. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die sozialdemokratische Regierung

¹⁵ Gehler sieht hierin sogar den Hauptzweck der schwedischen Neutralität in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 60er Jahre: „Der Zweck der schwedischen Neutralität bestand also primär in Beschwichtigung sowjetischer Sicherheitsinteressen, neben offiziell deklariertem Ausklammerung des eigenen Territoriums als Operationsbasis für die westliche Allianz. Für den Fall eines sowjetischen Angriffs wurde jedoch mit diesem Szenario gerechnet. Die flexible und primär auf den Ost-West-Konflikt, d.h. (geo-)strategisch ausgerichtete Politik lief auf 'Bündnisfreiheit im Frieden und Neutralität im Krieg' hinaus.“ (Gehler 2001, 22).

¹⁶ Der Bericht der Untersuchungskommission 1994 nennt neben Kooperationen im Bereich der Kommunikation, der Luftstreitkräfte und Überwachung des Luftraums auch Austausch in der geheimdienstlichen Arbeit und persönliche Kontakte (Malmberg 2001, 149-153).

¹⁷ Diese Kooperation prägte lange die schwedische Militärplanung, so wurde etwa auf nukleare Komponente verzichtet, weil man sich unter dem amerikanischen Nuklearschirm sicher fühlte (Malmberg 2001, 158). Eine Entscheidung, welche die Sozialdemokraten nach außen mit Verweis auf ihre an (vor allem nuklearer) Abrüstung orientierten außenpolitischen Linie argumentierten (Gebhard 2005, 44 Fußnote 96). Malmberg verweist außerdem auf die zentrale Bedeutung des so ermöglichten Verzichts auf Nuklearwaffen hinsichtlich der weiteren Entwicklung der „aktiven Außenpolitik“ und ihrer massiven internationalen Abrüstungsbemühungen (Malmberg 2001, 175).

(mit der Sicherheit einer Verteidigung durch die USA im Rücken) durch die Neutralität ihren außenpolitischen Spielraum in einem Europa der sich verfestigenden Blöcke erhalten wollte (Gebhard 2005, 49-50).

In diesem Kontext ist auch eine zentrale innenpolitische Debatte Ende der fünfziger Jahre zu sehen, die um die Frage einer Neudefinierung des außenpolitischen Status Schwedens kreiste. Hier verlief die Konfliktlinie zwischen der oppositionellen Moderaten Sammlungspartei und den regierenden Sozialdemokraten, wobei Erstere eine Verringerung der Neutralität auf eine Allianzfreiheit mit der Option eines künftigen NATO-Beitritts forderte, während die Sozialdemokraten die Fortsetzung einer glaubwürdigen und umfassenden Neutralitätspolitik als beste Sicherheitsoption sahen (Luif 2003, 21).

8.5. Zwischen Hegemonie und Umbruch – Aktive Außenpolitik

„Rethinking politics and the dissatisfied generation“ charakterisiert Michele Micheletti die fünfte Entwicklungsphase der 1960er und 70er Jahre. Erste Brüche im gesellschaftlichen Modell zeigen sich, das Konzept des „schwedischen Modells“ und der sozialdemokratisch geprägten Gesellschaft werden erstmals infrage gestellt. Postmaterialistische Werte beeinflussen immer stärker die Politik und konkurrieren mit den traditionellen sozialdemokratischen Werten. Neue Themen wie etwa die Ablehnung der Atomkraft treten auf die politische Agenda. Die Desintegration von staatlicher und gesellschaftlicher Sphäre wurde diskutiert und die sozialdemokratische Hegemonie zeigt erste Risse (Micheletti 1995, 2-3). Dieser Befund lässt sich vorerst eher als Stimmungsbild verstehen, jedoch wird die sozialdemokratische Alleinregierung 1976 von einer bürgerlichen Koalition abgelöst.

Parallel zu diesem beginnenden Umbruch im Inneren expandiert Schweden seinen außenpolitischen Horizont und tritt in eine Phase aktiver und global orientierter Außenpolitik ein. Während in der Phase der internen Konsolidierung der Fokus der schwedischen Politik auf Kosten des außenpolitischen Engagements nach innen gerichtet war, zeigt sich nun in der innenpolitischen Verwaltungsphase der Errungenschaften ungebundene Energie, die ein intensives außenpolitisches Engagement ermöglicht.

8.5.1. Neutraler Aktivismus – die „aktive Außenpolitik“

Der Beginn dieser zweiten Phase der sogenannten „aktiven Außenpolitik“ ist eng mit dem Eintritt Olof Palmes 1963 in die Regierung und seiner Amtszeit als Premierminister von 1969 bis 1976 und von 1982 bis 1986 verbunden. Als ihre charakterisierenden Merkmale nennt Luif unter anderem die Betonung der globalen Außenpolitik, damit verbunden (vor allem nukleare) Abrüstungsbemühungen und das Betreiben einer Entspannungspolitik, die Distanzierung von beiden Blöcken und die Zusammenarbeit mit anderen blockfreien Staaten, das Eintreten für eine starke Rolle der UNO und ein eigenes Auftreten als Mittler sowie die Schwerpunktverlagerung von der Sicherheitspolitik hin zur Außenpolitik (Luif 1994, 267-277). Ermöglicht wurde dies durch die ab 1970 einsetzende Entspannungsphase im Ost-West-Konflikt, die einen vergrößerten Spielraum für ein globales Agieren auch kleinerer Staaten bot.

8.5.1.1. Neutralitätsdefinition

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs legte sich Schweden im Konsens zwischen den Parteien auf eine Neutralitätspolitik mit schlagkräftiger Bewaffnung fest. Diese Grundlage wurde in der Formel „Allianzfreiheit in Friedenszeiten mit Ziel, im Kriegsfall neutral zu bleiben“ (*„alliansfrihet i fred syftande till neutralitet händelse av krig“*) festgeschrieben, eine politische und eigenständig gewählte Formulierung, die an völkerrechtliche Konzepte anschloss (Cramér 1998, 277). Agius identifiziert drei entscheidende Faktoren dieser Neutralitätsdoktrin, eine unabhängige und starke Verteidigung, Nicht-Teilnahme an militärischen Allianzen und gute öffentliche Verankerung und Unterstützung (Agius 2006, 104).

Olof Palme führte 1970 die Neutralitätsdoktrin folgendermaßen aus:

„Als Grundlage unserer Außenpolitik haben wir Allianzfreiheit in Friedenszeiten mit dem Ziel, im Kriegsfall neutral zu bleiben gewählt. Dies bestimmt unsere Handlungslinien in zwei Situationen: Wenn Friede herrscht und wenn in unserer Umgebung Krieg ausbricht. Wir nehmen nicht an militärischen Allianzen teil. Wir stehen außerhalb von Allianzen, um bereits in Friedenszeiten unsere Neutralität im Kriegsfall glaubwürdig zu machen.“

Som grund för vår utrikespolitik har vi valt alliansfrihet i fred syftande till neutralitet i krig. Det uttrycker våra handlingslinjer i två skilda lägen: då fred råder och då krig utbrutit i vår omgivning. Vi fogar inte in oss i militära allianser. Vi står utanför allianser för att redan under fredstid göra vår neutralitet i krig trovärdig. (Palme 1970, 2, eigene Übersetzung).

Klar betont wird die Allianzfreiheit in Friedenszeiten, die einen größeren Handlungsspielraum ermöglicht, als eine immerwährende Neutralität, und die keine weltanschauliche oder politische Neutralität beinhaltet.

8.5.2. Aktive Außenpolitik – die ideologischen Grundlagen von Olof Palme

Grundlage der außenpolitischen Linie Olof Palmes war ein persönliches, kleinstaatliches Konzept eines grundlegenden Interessenskonflikts zwischen den Großmächten und den Kleinstaaten und einer systemimmanenten Benachteiligung Letzterer (Gebhard 2005, 47-48 und Malmberg 2001, 160). Ausgehend vom Erfolg und der von den Sozialdemokraten daraus abgeleiteten moralischen Überlegenheit des „schwedischen Modells“ und den normativen Grundsätzen Solidarität, Gerechtigkeit und Neutralität sah Palme die Aufgabe Schwedens in der Welt, diese systemische Ungleichheit sichtbar zu machen und zu verändern. Neutralitätspolitik wurde hier als Protestpolitik ausgelegt, gestützt von einer mythologischen Überhöhung der eigenen Position. Die empfundene Kleinstaatlichkeit wurde durch die Betonung normativer Selbstbilder wie jenes der „moralischen Großmacht“ (*moralisk stormakt*) ergänzt und kompensiert (Gebhard 2005, 47). In ihrer umfassenden Untersuchung des Einflusses von Ideen und ideologischen Positionen auf die Außenpolitik Olof Palmes unterstreicht Ann-Marie Ekengren Ideologie als maßgeblich leitenden Faktor (Ekengren 2005, 225).

Olof Palme verstärkte die eigenständigen Elemente der schwedischen Neutralitätsdefinition und lenkte den Fokus von einer Bestärkung und Legitimierung der Neutralität von außen durch die anderen Staaten hin zu einer primären Legitimation von innen, aus einer mit der Neutralität ideologisch kongruenten politischen Position.

„Unsere Neutralitätspolitik bestimmen wir selbst. [...] Die Neutralitätspolitik enthält kein Streben nach Isoliertheit. Unsere Möglichkeiten, Entwicklung in der Welt zu fördern, sind klein. Aber das vermindert nicht die Pflicht eines kleinen Landes, Frieden und Versöhnung der Völker zu unterstützen, für Demokratie und soziale Gerechtigkeit.“

(„Vara neutralitetspolitik bestämmer vi själva. [...] Neutralitetspolitiken innebär ingen strävan till isolering. Våra möjligheter att påverka utvecklingen i världen är små. Men det minskar inte den lilla nationens förpliktelse att verka för fred och försoning mellan folken, för demokrati och social rättvisa.“ Olof Palme, 1968, eigene Übersetzung).

In dieser Interpretation der schwedischen Neutralitätsposition lassen sich die wichtigsten Kernelemente der schwedischen Sozialdemokratie identifizieren. Palme hält fest, dass die

Neutralität ein Vehikel für Schweden darstellt, um die zentralen Werte Demokratie und soziale Gerechtigkeit, im sozialdemokratischen Diskurs gebildet durch ein Werteset von Gleichheit, Freiheit und Solidarität, zu transportieren. Mit der Selbstcharakterisierung Schwedens als kleines Land mit stark beschränktem Impact auf der internationalen Ebene und der Selbstverpflichtung zur positiven Interaktion immunisiert Palme seine Position gegenüber imperialistischen Lesarten. Die Forderung nach Frieden und Versöhnung korrespondiert mit den sozialdemokratischen Strategien der Konsensualität und universalistischen Ausrichtung.

8.5.3. Positionsverschiebungen zwischen den Blöcken

Obwohl als Position der Mitte zwischen den Blöcken angelegt, wies die außenpolitische Linie der Regierung Palme eine immer stärkere antiamerikanische Tendenz auf, die in einem krassen Widerspruch zu den immer noch aufrechten NATO-Verbindungen stand. Wichtigstes Beispiel hierfür ist der innenpolitische Konflikt um die extrem USA-kritische Position der sozialdemokratischen Regierung zum Vietnamkrieg, welche die diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Schweden stark belastete, trotzdem aber verblieb die militärische Kooperation auf dem gleichen Niveau. Neben dieser außenpolitischen Dimension zeigte sich auch eine innenpolitische Konfliktlinie auf. Die Moderaten sahen in der offensiven Kritik der SAP an den USA eine sicherheitspolitische Risikostrategie und forderten eine Priorisierung militärischer Interessen über die einer ideologiegetriebenen Außenpolitik (Johansson/Norman 1992, 368).

Sichtbar wird hier eine Fortsetzung der Strategie aus den 50er Jahren, einerseits durch Westorientierung und geheime Kooperation die Sicherheit des Landes zu garantieren und andererseits mit Berufung auf die Neutralität den größtmöglichen außenpolitischen Spielraum zu schaffen, der dann zu innenpolitisch erfolgreichem globalen Aktivismus auch gegen die schützende Macht genutzt werden kann. Die „innenpolitische Außenpolitik“ („*inrikes utrikespolitik*“, Bohman 1970) der Palme-Regierung lässt sich jedoch als deutliche Schwerpunktverschiebung zwischen den beiden Polen einer sicherheitsorientierten und einer ideologisch orientierten Außenpolitik sehen. Während die Erlander-Regierung der fünfziger Jahre versuchte, die Balance zwischen den beiden Polen zu halten, agierte die Palme-Regierung der siebziger Jahre klar ideologisch motiviert (Johansson/Norman 1989, 279).

8.5.4. Schweden in der UNO – Abrüstung und internationales Engagement

Bjereld und Demker identifizieren in ihrer Auswertung der sozialdemokratischen Parteiprogramme unter anderem Abrüstung, ein aktives Engagement in den Gremien der Vereinten Nationen und Entwicklungspolitik als zentrale außenpolitische Themen (Bjereld/Demker 1995, 173). Im sozialdemokratischen Kontext fungiert die UNO als zentrale Arena, in der internationale Politik verhandelt und implementiert wird und damit auch als Projektionsfläche sozialdemokratischer Werte und Normen und als Aktionsradius der aktiven Außenpolitik (Woker 1978, 91). Im Rahmen der neutralen Außen- und Sicherheitspolitik bot die UN-Mitgliedschaft „the most appropriate platform to extend Social Democratic solidarity and practise internationalism“ (Agius 2006, 107).

In diesem Framework der Vereinten Nationen setzte Schweden in den sechziger und siebziger Jahren die Linie vom Außenminister Östen Undén der Erlander-Regierung für eine globale Abrüstung fort (Johansson/Norman 1992, 367). In der Rolle des „aktiven Neutralen“ nahm Schweden im UN-Kontext die Rolle eines Mediators ein und bot „good offices“ an, vor allem im Konfliktfall oder als Vertreter der blockfreien Staaten. Neben der Abrüstung setzte sich Schweden für die Ausweitung Entwicklungszusammenarbeit ein und beteiligte sich an zahlreichen Peacekeeping-Missionen. Zudem nützte Schweden die internationale Ebene für seine offen kritische Haltung den beiden Blöcken gegenüber (Agius 2006, 108-116).

8.5.5. Ein neuer Internationalismus - Neutraler Aktivismus als Hochphase sozialdemokratischer Außenpolitik

Die Phase des neutralen Aktivismus muss trotz der vorangegangenen kritischen Betrachtung als die Hochphase sozialdemokratischer Neutralitätspolitik bezeichnet werden. Schweden etablierte sich international als Bereitsteller sogenannter Guter Dienste, also etwa die Vermittlung als neutraler Makler in Krisensituationen oder die Bereitstellung von Infrastruktur. So engagierte sich Schweden vor allem im Rahmen der Palme-Kommission¹⁸ maßgeblich für (nukleare) Abrüstungsfragen und erhöhte den eigenen Beitrag zur Entwicklungshilfe auf 1% des BIP (Lassinantti 2001, 102). Gleichzeitig führte Schweden zwischen 1961 und 1971 Verhandlungen mit der EG über eine

¹⁸ Eine internationale, unabhängige Kommission im Rahmen der UNO unter der Leitung Olof Palmes, die 1980 Empfehlungen für Abrüstungsgespräche und ein Verbot von Atomwaffen entwickelte und so die Entspannungspolitik und die Abrüstungsabkommen einleitete.

Assoziierung und später einen Beitritt unter Neutralitätsvorbehalt, diese Verhandlungen können aber nicht als genuiner Wunsch nach Beitritt, sondern eher als ein Ausschöpfen vorhandener außenpolitischer Möglichkeiten gewertet werden (Laumer 1997, 42-43).

Seit dem Parteiprogramm der Sozialdemokraten 1960 ist das Bekenntnis zu einer neutralen Außen- und Sicherheitspolitik in jedem Parteiprogramm verankert (SAP *parti program* 1960; SAP *parti program* 1975; SAP *parti program* 1990; SAP *parti program* 2001). Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung wurde mit der Proposition 100/1962 der inhaltliche Rahmen der schwedischen Außenpolitik von einer sicherheitspolitischen Orientierung weg um die Komponente der Entwicklungshilfe erweitert (Johansson/Norman 1992, 367). Johansson und Norman fassen rekurrierend auf den SAP Parteikongress 1984 zusammen:

„As a neutral state without a colonial past or political ambitions, Sweden had a special mission: to spread the message of international solidarity with the liberation struggles in the third world. Swedish neutrality was not isolationist; ,our policy of neutrality is an active one.’ Moreover, Sweden had its own interest in supporting the third world: ,From a security perspective, this policy also provides support for the right of all small countries – including Sweden – to form their own futures without foreign intervention“ (Johansson/Norman 1992, 366).

Ann-Marie Ekengren hält am Beispiel der schwedischen Position zur Entwicklungshilfe die Charakteristika der Außen- und Neutralitätspolitik fest und zeigt, dass die gleichen ideologische Prinzipien die Außen-, wie die Innenpolitik prägen (Ekengren 2005, 153). Exploriert an der schwedischen Position zu den Befreiungsbewegungen in Afrika identifiziert sie Gleichheit, Freiheit (zur Selbstbestimmung), Primat des Völkerrechts und der Menschenrechte als relevante Faktoren der schwedischen Politik der sechziger und siebziger Jahre (Ekengren 2005, 178-201).

Malmberg charakterisiert die aktive Außenpolitik als wertegetriebene Politik basierend auf innenpolitischen Normen und betont, dass das aktive Element vor allem ein verbales war:

The active element consisted mainly of verbal intervention, expressions of opinion on conflicts in different parts of the world, and attempts to influence their resolutions. This was chiefly a matter of issuing statements that judged superpower behaviour in terms of international law, moral standards derived from domestic politics, notions of right and wrong, justice and solidarity, visions of ,the good society’ and other ,principled ideas’ (Malmberg 2001, 161).

8.6. Das kurze Jahrzehnt – Die realistische Außenpolitik der achtziger Jahre

Der Begriff der realistischen Außenpolitik der achtziger Jahre verlangt eine zeitliche Präzisierung, so lässt sich der Beginn dieser Phase am ehesten mit dem Tod Olof Palmes 1986 festsetzen, dafür reicht sie bis in die neunziger Jahre hinein und geht in die Transitionsphase zur Integration in die europäische Rahmenarchitektur über.

Diese Phase lässt sich mit Schlagwort der „Rückkehr zur europäischen Normalität“ überschreiben. Neue Parteien treten in die politische Arena und die hegemoniale Position der Sozialdemokraten wird gebrochen. Als Reaktion auf die wirtschaftliche Krisensituation der späten achtziger Jahre wird der Wohlfahrtsstaat rückgebaut und die korporatistisch organisierten Strukturen der Politikformulierung und Interessensverhandlung werden mit knappen finanziellen Verteilungsressourcen lose und brüchig, die korporatistischen Kooperationsmechanismen zwischen den sozialen Milieus brechen auf. Neue Themen treten auf die politische Agenda und brechen die traditionelle Links-Rechts-Achse auf und etablieren neue Cleavages. Bereiche des Wohlfahrtsstaates werden reprivatisiert und der Aktionsradius des Staates beschränkt (Micheletti 1995, 3).

8.6.1. Sozialdemokratie in der Krise – Brüche im hegemonialen Geflecht

Die achtziger Jahre lassen sich vor allem als Bruchphase lesen. Dies trifft zum einen auf den Bruch der sozialdemokratischen Hegemonie und zum anderen auf eine zeitverzögerte reaktive Adaption der Neutralitätspolitik zu. Christine Agius argumentiert hier für eine träge reaktive Verschiebung in der Neutralitätspolitik der neunziger Jahre, die ihren Ausgang in der innenpolitischen Situation der späten siebziger Jahre und achtziger Jahre nimmt:

„[I explore] the so-called decline of the Swedish Model and SAP hegemony in order to establish that as domestic phenomena changed, this would prepare the ground for a gradual reconsideration of Sweden's neutrality policy in the 1990s [...]. During this period of decline, neutrality remained unchanged and unquestioned. This was still the era of the Cold War and neutrality was still widely seen to be the appropriate stance for Sweden. Yet the questioning of embedded Social Democratic norms would lead to the eventual questioning of neutrality, which is a strong part of the SAP ideology and value system“ (Agius 2006, 120).

Einen Beitrag zur Krise des schwedischen Modells und der schwedischen Sozialdemokratie leisteten diverse externe und interne Faktoren. Auf der internationalen

Ebene steht hier vor allem die Krise des fordistisch-keynesianistischen Modells, exemplifiziert durch die Regierungen Thatcher und Reagan und die krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklungen der siebziger Jahre mit den beiden Ölkrisen 1973 und 1979/80 im Vordergrund (Agius 2006, 124). Sejersted nennt den Paradigmenwechsel von einer keynesianischen Wirtschaftspolitik hin zu einer monetaristisch geprägten Politik und damit die Refokussierung von Arbeitslosigkeit auf Inflation als primäre Problematik der staatlichen Wirtschaftspolitik als zentrale Basis (Sejersted 2011, 350). Damit lässt sich das „Schwedische Modell“ als begrenzt von zwei ökonomischen Krisen sehen, entwickelt als Reaktion auf die gesellschaftlichen Problemlagen der ersten Weltwirtschaftskrise und stabil bis zu den Ölkrisen der siebziger und achtziger Jahre (Wilks 1996, 89-90).

Die internen Faktoren lassen sich vor allem im internationalen und ökonomischen Kontext verstehen. Agius nennt hier vor allem die Machtverschiebung von der staatlichen Sphäre hin zur privaten Sphäre, einerseits durch die schlechte Entwicklung der verstaatlichten Unternehmen und des öffentlichen Sektors, andererseits durch die Veränderung des politischen Diskurses und der wirkmächtigen politischen Ideensets hin zu einer neoliberalen Prägung (Agius 2006, 125-126). Ersteres zeigt sich in den massiven Restrukturierungen der verstaatlichten Industrie in den achtziger Jahren (Sejersted 2011, 348). Daniel Woker merkt zur Ausdehnung des öffentlichen Sektors im Rahmen des „Schwedischen Modells“ ironisch an, dass nicht mehr die Sozialdemokratische Partei den Ausbau des öffentlichen Sektors vorantreibe, sondern der öffentliche Sektor inzwischen die Partei vor sich hertreibe (Woker 1978, 75). Änderungen im politischen Diskurs schlugen sich in der sozialdemokratischen Niederlage bei den Riksdagswahlen 1976 nieder, die bürgerliche Koalition unter Führung der Moderaten wird 1982 wieder von der S unter Olof Palme abgelöst.

8.6.2. Zwischen dem „mittleren Weg“ und dem „Third Way“

Retrospektiv lässt sich die ideologische Neuorientierung der Sozialdemokratischen Partei als begrifflich auf den reformistischen „mittleren Weg“ der 1930er Jahre und inhaltlich auf den späteren „Third Way“ der Labour Party unter Tony Blair in Großbritannien rekurrierend charakterisieren. Auf die Außen- und Sicherheitspolitik Schwedens angewandt beschreibt dieses Konzept eines pragmatischen Mittelweges die Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den zwei Blöcken. So zeichnet Malmberg zwei politische Konfliktlinien der Neutralitätspraxis nach. Die erste Cleavage verläuft entlang der Blöcke des Kalten Krieges, mit dem balancierten Manövrieren zwischen den beiden ideologischen

Systemen sicherte Schweden seine geostrategische Position ab, „to steer a middle way between communism and liberal capitalist society was thus not only an ideological choice, but could also be presented as a means of enhancing Sweden’s security“ (Malmborg 2001, 166). Diese Balance bot politisches Kapital für die S und sicherte die sozialdemokratische Hegemonie. Die zweite Konfliktlinie verlief zwischen den politischen und militärischen Eliten und definierte die Neutralitätspraxis Schwedens. Während die politischen (sozialdemokratischen) Eliten für eine klare neutrale Position eintraten, präferierte das Militär als Bereitsteller der Bewaffnungskomponenten der schwedischen Neutralität die NATO-Option. Hier bot wiederum die schweigende Kooperation mit dem westlichen Block mit offizieller Neutralitätsstrategie den politisch wirksamen Mittelweg (Malmborg 2001, 167).

In der innenpolitischen Arena beschreibt das Konzept des „mittleren Weges“ der achtziger Jahre das Infragestellen des vorherrschenden sozialdemokratischen Diskurses und seiner Institutionen und den Rückbau des „Schwedischen Modells“. In Übereinstimmung mit dem zunehmend monetaristisch geprägten internationalen Diskurs brachen die im *saltsjöbadsavtalet* 1938 manifestierten korporatistischen Strukturen auf. Die zweite Hälfte der achtziger Jahre war besonders geprägt von schwacher konjunktureller Entwicklung, hoher Inflation und Arbeitslosigkeitsraten über 10%, darauf reagierte die sozialdemokratische Regierung unter Ingvar Carlsson mit einer Konsolidierung der Staatsfinanzen durch weitreichenden Rückbau des Wohlfahrtsstaates (Agius 2006, 133).

Relevant ist hier vor allem die Veränderung in den grundlegend strukturierenden Ideen der schwedischen Politik, vor allem der Abbau des sozialen Konsensus über strukturelle Werte und Normen sozialdemokratischer Prägung. Konflikte werden nicht mehr in der „hememonialen Sprache“ der Sozialdemokratie verhandelt (Agius 2006, 138), und „[r]epresentative organizations - parties, unions, social movements, for example - which once successfully promoted a particular set of identities, become vulnerable as the ‘naturalness’ of their capacity to represent comes into question.“ (Jenson/Mahon 1993, 79).

8.6.3. Neutralität im kurzen Jahrzehnt

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende der bipolaren Weltordnung brach eine der wichtigsten Formulierungsstützen der schwedischen Neutralitätspraxis weg; die Ausbalancierung der außenpolitischen Position zwischen den beiden

Großmachtpositionen mit der Beteiligungsoption bei konsensualem Vorgehen im UNO-Sicherheitsrat (Woker 1978, 93). Der nach dem Mord an Olof Palme amtierende Premierminister Ingvar Carlsson führte dessen außenpolitische Linie zwar weiter, die 1988 beginnende Wirtschaftskrise traf jedoch besonders die nordischen Länder hart und führte gemeinsam mit dem Fall der Sowjetunion zu einem außenpolitischen Umdenken. Nachdem sowohl die bisherigen Argumentationsleitlinien der Neutralität, wie etwa eine Position der Mitte zwischen den Blöcken und ein starkes internationales Auftreten für Abrüstung, Frieden und Multilateralismus im Rahmen der UNO durch die neue weltpolitische Situation obsolet geworden waren, als auch ökonomische Überlegungen eine Teilnahme an der europäischen Integration nahe legten, setzte bereits unter der sozialdemokratischen Regierung eine entsprechende Debatte ein. Ingvar Carlssons Regierung musste aufgrund der wirtschaftlichen Probleme jedoch bald darauf abtreten, ab 1991 war eine konservative Koalition unter Carl Bildt an der Macht, die den Beitrittsvorgang abwickelte und die Neutralitätsinterpretation entscheidend prägte.

8.6.3.1. Beschränkt auf den Nahraum – Neudefinition der schwedischen Neutralität

Die Positionen in der Debatte um die Interpretation der schwedischen Neutralität lassen sich entlang einer Links-Rechts-Konfliktlinie, wobei vorrangige Stimmen in diesem Diskurs vor allem die S und die *Moderaterna* sind. Zugrunde liegt dem ein differenter außenpolitischer Horizont; die S ordnet die schwedische Außenpolitik in einem globalen Referenzrahmen, der außenpolitische Referenzrahmen der Moderaten umreißt den europäischen Bereich. Diese Strategie bietet eine eigenständige Profilierung gegen die sozialdemokratische Hegemonie in der Formulierung der Außenpolitik, die außenpolitische Gemeinschaft wird hier geographisch/ökonomisch definiert, bei den Sozialdemokraten normativ/ideologisch.

Diese Differenzen flossen in die Neudefinierung der schwedischen Neutralitätsdoktrin 1992 ein, die Moderaten betonten die europäische Identität des Landes und die Bereitschaft zur Integration in die europäischen Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen (Cramér 1998, 609; Luif 1995, 246). 1992 wurde vom *Riksdag* folgende Neuformulierung verabschiedet:

„Schwedens militärische Allianzfreiheit zielt darauf ab, dass unser Land im Falle eines Krieges in unserem Nahraum neutral sein kann.“

„Sveriges militära alliansfrihet syftande till att vårt land skall kunna vara neutralt i händelse av krig i vårt närområde består“ (Utrikesutskottet 1991/92:UU19, eigene Übersetzung).

Dies stellt eine grundlegende Änderung der außenpolitischen Doktrin Schwedens dar, sie beinhaltet statt der „Neutralitätsautomatik eine Neutralitätsmöglichkeit“ (Gebhard 2005, 84-85, kursiv im Original), ein Abgehen von der ursprünglichen Praxis der politischen Glaubwürdigkeit, in künftigen Kriegen neutral zu sein (Luif 1995, 247). Auch die Inklusion einer Neutralitätsbeschränkung auf den Nahbereich stellte eine grundlegende Neuerung dar, die vor allem die Moderaten in der Folgezeit in Frage stellten, da etwa eine neutrale Haltung bei einem Konflikt im Baltikum undenkbar war (Cramér 1998, 620).

8.6.4. Nach Brüssel – Die schwedische Beitrittsdebatte

Im Verbund mit den beiden anderen skandinavischen Staaten, Norwegen und Dänemark hatte Schweden bereits am 28.07.1967 einen ersten Beitrittsantrag zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft inklusive eines Neutralitätsvorbehalts¹⁹ gestellt (Weber 2001, 139). Weber sieht die Neutralitätsbedenken der vorhergegangenen Beitrittsdebatte und der schlussendlichen Beendigung des Beitrittsprozesses durch die sozialdemokratische Regierung Erlander größtenteils als vorgeschoben an. Die politische Problemlage der Sozialdemokratischen Partei sieht Weber in der Balance zwischen der Forderung nach unabhängiger Erhaltung des Wohlfahrtsstaates und der dafür notwendigen wirtschaftlichen Integration in die westeuropäische Umgebung²⁰, vor allem aber die Ablehnung des Beitritts als Festschreibung des Primats der Politik über den Markt (Weber 2001, 138-139, 151).

¹⁹ „Wie der schwedische Handelsminister am 28. Juli 1962 erklärte, wünscht Schweden umfassende, enge und dauerhafte wirtschaftliche Beziehungen zur EWG herzustellen. Die schwedische Regierung beabsichtigt ihrerseits nicht, irgendeine der im Vertrag von Rom vorgesehenen Formen für eine Teilnahme an einer erweiterten Gemeinschaft auszuschließen. Mitgliedschaft ist eine Form, die schon in den Jahren 1961-1962 von der schwedischen Regierung unter gewissen Gesichtspunkten als vorteilhaft beurteilt wurde. Das für die schwedische Regierung Entscheidende ist, daß unsere Neutralitätspolitik unverändert bleibt und daß die dadurch bedingten Vorbehalte anerkannt werden. Es ist die Hoffnung der schwedischen Regierung, daß die in diesem Zusammenhang gegebenen Möglichkeiten und Probleme im Lauf der Verhandlungen näher geklärt werden können, deren Aufnahme wir beantragen.“ (Dem schwedischen Beitrittsgesuch beigelegte Notiz, 28. Juli 1967)

²⁰ Schweden war zu diesem Zeitpunkt bereits wirtschaftlich besonders stark mit dem Binnenmarkt der EG verflochten und konnte von allen Ländern dieser Beitrittsrunde die größten ökonomischen Vorteile erwarten (Gstühl 2002).

Für den zweiten Beitrittsantrag der schwedischen Regierung lässt sich eine gegenteilige Kommunikationssituation zeigen. Die Beitrittsdebatte wurde vor allem im Kontext der wirtschaftlichen Schwierigkeiten geführt und dem Ende des dualen Machtsystems des Kalten Krieges geführt, der Beitrittsantrag wurde dementsprechend ohne Neutralitätsvorbehalt am 1. Juli 1991 der EG übergeben.

8.6.4.1. Parteidebatten – Neutralität als verdecktes Thema

Der parteiinterne Meinungsbildungsprozess innerhalb der S wurde zum Gutteil nicht öffentlich ausgetragen, zudem noch im Mai 1988 ein Beitritt von der sozialdemokratischen Regierung abgelehnt (Weber 2001, 233), die Entscheidung für eine Mitgliedschaft wurde daher als plötzlicher Meinungsumschwung der Sozialdemokraten perzipiert (Gebhard 2005, 81-82, Eliasson 2004, 6). Allerdings war bereits 1990 ein Stimmungsumschwung in Schweden zu bemerken, angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage traten sowohl VertreterInnen der Wirtschaft als auch eine rapide steigende Anzahl von BürgerInnen für die europäische Integration ein (Luif 1995, 210-212). Den Stellenwert der ökonomischen Argumente in der Beitrittsdebatte zeigen auch Umfragen, die nach den Motiven für ein Ja zur EU fragten, hier standen wirtschaftliche Vorteile und die erhofften positiven Impulse für den Arbeitsmarkt an vorderster Stelle (67% und 45%), wohingegen neutralitätspolitische Bedenken kaum zu einem Nein bewegen konnten (Kaiser/Visuri/Malmström 1995, 8). Mit dem Wahlsieg der bürgerlichen Koalition unter Carl Bildt im Oktober 1991 verfestigten sich die Beitrittspläne, die Moderaten hatten mit dem Beitrittsvorhaben die Wahl gewonnen (Gebhard 2005, 71). Mit dem Regierungswechsel 1991 wurde der Beitrittsprozess von der bürgerlichen Koalition unter Carl Bildt verhandelt, mit den Wahlen im September 1994 kamen wieder die Sozialdemokraten an die Macht und sahen sich in der Situation, die von der Bildt-Regierung verhandelte Mitgliedschaft trotz innerparteilichem Widerstand (Kaiser/Visuri/Malmström 1995, 5) in allen Punkten mitzutragen, um den positiven Ausgang des Referendums nicht zu gefährden (Gebhard 2005, 85). Bereits früh wurde vor allem von den Sozialdemokraten versucht, Neutralitätsfragen aus der Debatte auszuklammern, da ein Stimmungsumschwung in der Bevölkerung befürchtet wurde. Tatsächlich waren 1992 mehr als 70% für eine Beibehaltung der Neutralität, auch unter den EG-BefürworterInnen bildeten sie die Mehrheit (Luif 1995, 249).

8.6.4.2. Sozioökonomische Faktoren der Beitrittsabstimmung

Das Referendum am 13. November 1994 ergab eine ziemlich knappe Mehrheit von 52,3% für den EU-Beitritt, bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung von 83,3% (Kaiser/Visuri/Malmström 1995, 1). In der Studie von Kaiser/Visuri/Malmström über das Abstimmungsverhalten anhand soziodemographischer Faktoren zeigt sich in allen vier Kandidatenländern (Finnland, Schweden, Österreich und Norwegen) ein ähnliches Bild. Besonders stark ist das Stadt-Land-Gefälle, in den urbanen Gebieten unterstützte eine solide Mehrheit den EG-Beitritt, im agrarisch geprägten Raum waren die Gegner meist massiv in der Überzahl, was vor allem an der Angst vor Konkurrenz in der Landwirtschaft in der EU lag. Unterschiede zeigten sich auch im geschlechtsspezifischen Abstimmungsverhalten, so stimmten etwa 10% weniger Frauen als Männer für den Beitritt, die Gründe dafür werden vor allem mit Sorge um den Wohlfahrtsstaat und das viel höhere Gleichstellungsniveau von Frauen und Männern in Schweden angegeben. Ebenso wurde deutlich, dass eine EU-Unterstützung mit den finanziellen und sozialen Ressourcen stieg. (Kaiser/Visuri/Malmström 1995, 9-10).

8.7. Schweden in der EU – Europäisierung und Resistenz

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union hat Schweden sein politisches System einem neuen normativen Referenzrahmen unterstellt, der in Konkurrenz zu den sozialdemokratisch geprägten Normen steht (Agius 2011, 378). Die daraus entstehenden Spannungsfelder und Veränderungen sollen hier kurz dargestellt werden.

8.7.1. Neutralitätsdefinition 2002

Die Einschränkung auf Allianzfreiheit (*alliansfrihet*) wurde fortgesetzt, deren Beibehaltung inzwischen auch in der Sozialdemokratischen Partei prinzipiell in Frage gestellt (Luif 2003, 26). 2002 wurde in einer Regierungserklärung eine neue Formel beschlossen:

„Schweden ist militärisch bündnisfrei. Diese sicherheitspolitische Linie mit der Möglichkeit, im Falle eines Konflikts in unserem Nahbereich neutral sein zu können, hat sich bewährt.“

(„Sverige är militärt alliansfritt. Denna säkerhetspolitiska linje, med möjlighet till neutralitet vid konflikter i vårt närområde, har tjänat oss väl.“) (Die schwedische Sicherheitspolitik, 1)

Diese Formel ist auch in das Parteiprogramm der Sozialdemokraten eingegangen, die Schweden 2001 noch als „non-aligned in military terms“²¹ (SAP Party Program 2001, 34) bezeichneten, im International Policy Program 2005 dann mit dem Terminus „non-allied“, die Entsprechung der „*alliansfrihet*“. Auch in den Stellungnahmen der Moderaten ist die Formulierung „*Sverige är militärt alliansfritt*“ enthalten (*Motion till riksdagen, utrikes- och säkerhetspolitik* 2005, 28).

8.7.2. Die schwedischen Parteien zwischen Europäisierung und Resistenz

In der Analyse der Positionierung schwedischer Parteien zu europapolitischen Themen lässt sich nicht mehr die traditionell wirksame Konfliktlinie entlang des linken und des rechten Blocks finden, sondern sie verläuft durch die Parteien. Gebhard verwendet zur Analyse dieses Politikbereiches daher eine Einteilung in drei Lager:

„-progressives/vorwärtsstrebendes Lager (*framåtsyftande/förnyelsevänlig*): bestehend aus den bürgerlichen Kräften *m* und *fp*; sie gelten als veränderungswillige Befürworter eines umfassenden europäischen Sicherheitssystems und sprechen sich sogar offen für eine schwedische NATO-Mitgliedschaft aus, allerdings unter relativierender Betonung der neuen politischen Aufgaben des Bündnisses.

- konservatives Lager der „Verwirrten“ (*stillasittande/förvirrande*): *s* und *c* können hier eingeordnet werden; zeitweise und tendenziell neigen diese auch dem reaktionären Lager zu. Dieses europa-skeptische Parteienbündel ist der Ausrichtung des progressiven Lagers in den meisten Fragen diametral entgegengesetzt. Einzelne Politikbereiche, wie etwa die Außen- und Sicherheitspolitik bilden hier die Ausnahme. Diese Parteien gelten in Bezug auf ihren europapolitischen Stil als passiv-abwartend und im Entscheidungsfall pragmatisch.

- reaktionäres/„versteinertes“ Lager (*reaktionära/förstenade*): Bestehend aus *mp* (*miljöpartiet – de gröna*) und *v* (*vänsterpartiet*); sie können als nahezu integrationsfeindliche Parteien bezeichnet werden, deren Parteiprogrammatik europapolitische Fragen in der Agenda teilweise gar nicht berücksichtigt.“ (Gebhard 2005, 97-98)

Kritzinger und Michalowitz dagegen sehen in ihrer Studie über die Europäisierung der Parteien in Schweden, Österreich und Finnland eher eine Stärkung der traditionellen Rechts-Links-Dimension in Schweden (Kritzinger/Michalowitz 2005, 26). Ihre weiters untersuchten Variablen, die Bedeutungsverschiebung auf die europäische Ebene, die

²¹ „non-aligned“ bezeichnete ursprünglich die Staaten der Blockfreienbewegung und geht über eine bloße militärische Allianzfreiheit hinaus. In Schweden bezeichnete der Terminus non-aligned die Politik der Formel von 1992, wonach die schwedische Allianzfreiheit auf Neutralität im Krieg abzielt (Vaahtoranta/Forsberg 2000, 20).

Veränderung von Parteipositionen in Hinblick auf die EU und der Abgleich mit der Einstellung ihrer WählerInnen zeigen jedoch, dass eine Europäisierung stattgefunden hat. So lässt sich eine deutliche Bedeutungsverschiebung hin zur europäischen Ebene in den Parteiprogrammen festmachen (Kritzinger/Michalowitz 2005, 11) und weiters zeigt sich, dass die schwedischen Parteien im Laufe der Mitgliedschaft immer EU-freundlicher wurden (Kritzinger/Michalowitz 2005, 13). Die Frage nach der Übereinstimmung von Parteien und deren WählerInnen in EU-Positionen wurde auch für Schweden abschlägig beantwortet. Dies bedeutet, dass die europäische Ebene für WählerInnen eine sehr geringe Relevanz bei der Wahlentscheidung hat, eine Europäisierung der WählerInnen hat also noch nicht stattgefunden (Kritzinger/Michalowitz 2005, 23). Nicholas Aylott zeigt für die schwedische Sozialdemokratie, dass die Gründe für gespaltene Positionierung zur EU nicht nur in materiellen, sondern vor allem auch in der Ideologie der schwedischen Sozialdemokratie liegen, die besonders schwer mit der marktwirtschaftlichen Orientierung der EU vereinbar ist (Aylott 1999, 183).

8.7.3. Die Mitarbeit in der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der NATO-PfP

Mit dem bereits vor dem EU-Beitritt erfolgten Eintritt in die NATO-Partnership for Peace (PfP) im Mai 1994 und der Übernahme des Beobachterstatus in der Westeuropäischen Union (WEU) machte Schweden seine Absicht klar, mit einem gewissen Vorbehalt, an einer europäischen Sicherheitsarchitektur teilnehmen zu wollen. Der allianzfreie Status führte nicht zu einem „Bremserverhalten“ in der Gestaltung der europäischen Außen- und Sicherheitsstrukturen. So kam in der Verhandlungsphase im Vorfeld des Amsterdamer Vertrags 1996 der entscheidende Vorschlag, die Petersberg-Aufgaben in die GASP zu integrieren, von Schweden und Finnland (Vaahtoranta/Forsberg 2000, 14). Vor allem Schweden forcierte diese Lösung zur Vermeidung der für sie äußerst problematischen Integration der WEU inklusive militärischer Beistandsverpflichtung in die EU und gab so den Anstoß für eine robuste militärische Kapazität der EU (Eliasson 2004, 7).

Im Partizipationsverhalten an der GASP und ESVP unterscheiden sich die allianzfreien Staaten ebenfalls nicht von den anderen, so führt Schweden seit 2008 eine „nordische Battle Group“ gemeinsam mit den neutralen Staaten Finnland und Irland, Estland und

NATO-Staat Norwegen. Auch nahm und nimmt Schweden an zahlreichen Auslandseinsätzen teil, stützt sich dabei allerdings auf UNO-Beschlüsse²² (Luif 2003, 40).

Das schwedische Militär ist Teil der KFOR im Kosovo und der ISAF in Afghanistan und partizipiert damit an zwei NATO-geführten Operationen. Die strukturelle Anpassung des schwedischen Heeres an die NATO wurde im Rahmen der PfP vollzogen, seitens der NATO wird Schweden ein sofortige Beitrittsmöglichkeit angeboten (Ferm/Peterson 2011).

Die europäische Solidaritätsklausel ist für Schweden mit der Allianzfreiheit vereinbar, durch den Vorbehalt auf die speziellen sicherheitspolitischen Voraussetzungen sieht Schweden eine rein politische Solidarität als möglich an. In ihrer *Utrikesdeklaration* 2012 bestätigt die schwedische Regierung ihre Bereitschaft, „to both give and receive support, civilian and military“ im Falle eines Angriffs auf ein EU-Mitglied oder auf einen nordischen Staat (*Utrikesdeklaration* 2012, 3).

8.7.4. Wertepolitik auf der großen Bühne? – Die EU-Präsidentschaften 2001 und 2009

Mit der EU-Ratspräsidentschaft 2001 brachte Schweden verstärkt seine eigenen Schwerpunkte auf die europäische Bühne, so etwa die Nachbarschaftspolitik im Ostseeraum, wo vor allem das Verhältnis zu Russland verbessert werden sollte, weshalb der russische Präsident Wladimir Putin auch zum EU-Gipfel in Göteborg geladen wurde (Luif 2003, 38). Weiters wurde versucht, in einem Schwerpunkt die zivilen Komponente der GASP herauszuarbeiten und zu betonen, vor allem das zivile Krisenmanagement sollte verbessert werden (Schüngel 2005, 18). Das Ergebnis, der Aufbau einer EU-Polizeitruppe, war jedoch nur ein Teilerfolg (Luif 2003, 37). In einer Fortführung der alten außenpolitischen Strategien entwickelte Premierminister Göran Persson auch ein ehrgeiziges internationales Programm, engagierte sich im Nahostkonflikt und auf der koreanischen Halbinsel, wo er den Friedensprozess unterstützte, eine Initiative, die teilweise als Erfolg gewertet wurde (Naß 2001), aber auch scharfe Kritik erntete, weil zu dieser Zeit Nordkorea bereits sein Atomprogramm aufbaute und das Engagement der EU als Affront gegen die USA gesehen wurde (Luif 2003, 38).

²² Hierzu argumentiert allerdings Schüngel, dass durch die Teilnahme am US-geführten SFOR-Einsatz der NATO 1996 diese Voraussetzung obsolet ist (Schüngel 2005, 30). Allerdings wird diese Forderung immer noch politisch bekräftigt.

Die Ratspräsidentschaft Schwedens 2009 unter dem Vorsitz des konservativen Ministerpräsidenten Fredrik Reinfeldt wurde im Kontext der europäischen Wirtschaftskrise gezielt als Arbeitspräsidentschaft in einem Stil angelegt, den die konservative Tageszeitung *Dagens Nyheter* als „effektiv, aber langweilig“ bezeichnete (Dagens Nyheter, 12.12.2009). Eigene Initiativen setzte Schweden kaum, in ihrem Arbeitsprogramm stellte die schwedische Regierung die Wirtschaftskrise und Beschäftigungssicherung und europäische Maßnahmen gegen den Klimawandel als zentrale Themen vor (Work programme for the Swedish Presidency of the EU 2009, 2-3). Diese inhaltlich sehr zurückgenommene, an die Bedürfnisse der Mitgliedsstaaten ausgerichtete Vorsitzführung setzte die dezidiert pragmatische, EU-orientierte außenpolitische Linie der Moderaten um und wurde auf europäischer Ebene als großer Erfolg gewertet (Davidsson 2009).

8.7.5. Neutralität in der tagespolitischen Debatte

Im politischen Diskurs um sicherheitspolitische Fragen und die Beibehaltung der Neutralität besteht ein Konsens um die Funktion des Moments des NATO-Beitritts als Endpunkt der schwedischen Neutralitätspolitik. Anhand der Zustimmungsraten zu einem schwedischen NATO-Beitritt lässt sich daher im Umkehrschluss die Zustimmung zur Beibehaltung einer unspezifischen Form der Neutralitätspolitik lesen. Die aktuellen Umfragedaten²³ vom Mai 2011 zeigen eine deutliche Ablehnung des schwedischen NATO-Beitritts, 23% der Befragten befürworteten einen Beitritt, während sich 50% dagegen aussprechen (Nilsson 2011). Der Erhebungszeitraum der aktuellen Zahlen steht im zeitlichen Kontext mit dem Beschluss der schwedischen Teilnahme am Libyeneinsatz der NATO 2011, die positive öffentliche Bewertung des Einsatzes beeinflusste aber nicht die Position zur schwedischen NATO-Mitgliedschaft (Nilsson 2011).

Seit dem Beginn der neunziger Jahre erlebt Schweden erstmals die europäische Normalitätssituation stetig wechselnder Regierungskoalitionen und damit auch eine stetig wechselnde Formulierungsautorität über die Außen- und Sicherheitspolitik. Die *Utrikesdeklaration* (künftig UD 2012), das Statement zur Außenpolitik der Regierung,

²³ Das schwedische Meinungsforschungsinstitut Sifo führte die Umfrage vom 4.-10. Mai 2011 durch, n=1000. Frage: Denken Sie, dass Schweden der Verteidigungsallianz NATO beitreten soll? Antwortmöglichkeiten: „Ja“, „Nein“, „Unsicher/keine Meinung“ (Tycker du att Sverige ska ansluta sig till försvarsalliansen Nato? Svarsalternativen var följande: *Ja *Nej *Tveksam/vet ej) (*Svenska Dagbladet*, 19.05.2011)

leitet traditionell die außenpolitische Debatte jedes Jahres ein. Als Oppositionspartei veröffentlicht die S seit 2011 jährlich ein eigenes Statement (künftig S-UD 2012). Die *Utrikesdeklaration* gibt einen Überblick über die außenpolitischen Rahmenannahmen und Schwerpunktsetzungen, hier werden grundlegende Definitionen festgeschrieben und außenpolitische Pläne und Ziele für das nächste Jahr gesetzt.

Deutlich sichtbar werden im Vergleich der beiden Statements die Differenzen zwischen der Regierung und den Sozialdemokraten in der Definition der schwedischen Sicherheitspolitik und dem Referenzrahmen ihrer Ausübung. Gleichzeitig zeigt sich in der UD 2012 die politische Uneinigkeit der Regierungsparteien, klare Definitionen werden ausgespart. So beschränkt sich die UD 2012 auf die Feststellung, dass „Sweden’s security policy remains firmly in place“ (UD 2012, 3), vermeidet aber inhaltliche Festlegungen. Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Positionierung zur NATO. „We want to be a credible partner, regardless of whether operations are led by the UN, the EU or NATO“ (UD 2012, 4), hält die schwedische Regierung fest, ohne auf die traditionelle außenpolitische Formel einzugehen, die ein UN-Mandat für Kampfeinsätze fordert. In dieser knappen und vorsichtigen Formulierung spiegeln sich die inneren Bruchlinien der Regierungsparteien in der Frage des NATO-Beitritts wieder, während M und FP klar für einen Beitritt sind, ist C dagegen und KD unentschlossen (Holmström 2011). Das sozialdemokratische Statement rekurriert auf die Neutralitätsdefinition von 2002 und betont die neutrale Position des Landes (S-UD 2012, 7). Militärische Einsätze im Rahmen der NATO sollen weiterhin stattfinden, allerdings im Standardfall unter UN-Mandat, ein NATO-Beitritt wird klar ausgeschlossen (S-UD 2012, 7). Auch im außenpolitischen Referenzrahmen differieren die beiden Statements deutlich. Im Regierungsstatement nimmt die EU die Rolle der kontextuellen Basis außenpolitischer Prioritätensetzung, des institutionellen Rahmens der Politikausübung und der relevanten Legitimationsstruktur ein. „Sweden aspires to be at the core of the European Union. This is how we can best look after our national interests as well, and this is how we can best promote the universal values by which we stand“ (UD 2012, 2). Ebenso soll die Durchsetzung politischer Normen, die traditionell dem Rahmen der UNO zugeordnet wurden, wie Menschenrechte, Demokratie und Völkerrecht im Rahmen der EU, einer starken europäischen Sicherheitsarchitektur und EU-Entwicklungszusammenarbeit erfolgen (UD 2012, 3). Die Sozialdemokraten setzten die UNO als außenpolitischen Referenzrahmen und Handlungsarena fest, die „Vereinten Nationen sind das Zentrum der internationalen Zusammenarbeit. Ein starkes UN-Engagement ist der Eckpfeiler der sozialdemokratischen Außenpolitik“ („*Förenta*

Nationerna utgör navet i det internationella samarbetet. Ett starkt engagemang för FN är en hörnsten i socialdemokratisk utrikespolitik“ S-UD 2012, 10, eigene Übersetzung).

Bereits diese kurze Gegenüberstellung zeigt deutlich, wie eng die beiden politischen Lager in ihre traditionellen außenpolitischen Leitlinien verhaftet sind. So verortet die bürgerliche *Alliansen* ihren außenpolitischen Aktionsradius in der Handlungarena der Europäischen Union und unterstützt (teilweise nicht offen) ein Abgehen von der als sozialdemokratisch punzierten Neutralitätspolitik zugunsten einer vollständigen Integration in die politischen und militärischen Strukturen von EU und NATO. Die Sozialdemokratie hingegen führt ihre außenpolitischen Strategien der Neutralität und einem starken Engagement in den internationalen Strukturen der Vereinten Nationen weiter. Diese deutliche Differenzierung verdeckt aber, dass die politische Praxis der schwedischen Außenpolitik größtenteils konsensual ausgeübt wird, die obigen Forderungen lassen sich vor allem als verbalisierte Ideologie beschreiben. Die oben beschriebenen diskursiven Strategien sind in beiden Fällen nicht deckungsgleich mit den politischen Handlungen, die schwedische Außenpolitik findet vor allem im europäischen Referenzrahmen statt, dafür gibt es keine (und gab es noch nie eine) öffentliche Unterstützung des vollständigen Abgehens von der neutralen Position.

8.7.6. Mythen und Bilder – Narrative der schwedischen Identitätsformierung

Wie tief die Verankerung der sozialdemokratischen Werte und der Neutralität in der schwedischen Identität greift, zeigt sich an den zahlreichen mit mythischen und bildhaften Elementen aufgeladenen begleitenden Narrativen. Die Narrative des *folkshemmet* und der starken Gesellschaft wurden weiter oben schon erläutert und dienen der Verbildlichung der universalistischen Orientierung der schwedischen Gesellschaftspolitik und der diskursiven Verdeckung tradierter Klassenstrukturen.

Vor allem der Neutralitätsdiskurs ist mit bildhaften Elementen aufgeladen. Diese umfassen etwa den Begriff der „moralischen Großmacht“ (*moraliska stormakt*), einer diskursiven Kompensationsstrategie für den Wegfall des imperialistischen Großmachtsstatus und der Identitätskonstruktion einer diplomatischen Großmacht (Nilsson 1991, 144). Per Ahlin (2000) überschreibt seine Studie zur isolationistischen Dimension der schwedischen Neutralitätspolitik mit dem Schlagwort der „heiligen Ausgrenzung“ (*det heliga utanförskapet*), einer moralisch konnotierten Begründung des schwedischen Beobachterstatus als neutraler Staat in der europäischen Politik. Als Grund

für diese selbstexkludierende Beobachterrolle gibt Henningsen etwa die historische Konstruktion einer gemeinsamen Identität des „Nordens“ versus „Europa“ an (Henningsen 1997).

Sprachlich sichtbar wird dies auch in Termini wie etwa der „normativ-moralischen Überlegenheit (*förträfflighet*)“ (Gebhard 2005, 58), die Schweden eine Sonderrolle in der Welt zuweist, um die Politik des „heiligen dritten Weges“ (*den heliga tredje vägen*) (Gebhard 2005, 48) nach außen zu tragen.

Weitere Elemente des Neutralitätsdiskurses beziehen sich allein auf die außenpolitische Linie Schwedens, so etwa die bereits angesprochene Überzeugung, allein die Neutralität hätte Schweden über 200 Jahre lang aus Kriegen herausgehalten, der in der Literatur klar widersprochen wird und eher die flexiblen Abweichungen von der neutralen Linie als friedenssichernde Handlungen gesehen werden (Malmborg 2001, 138) und das ebenso erwähnte „Finnlandargument“, mit dem die schwedische Neutralität als solidarisches Opfer für die Freiheit des Nachbarstaates verklärt wurde (Mouridsen 1999, 15-16).

Ann-Sofie Dahl (néé Nilsson) übt harte Kritik an der Reichweite dieser Ideologisierung:

„Swedish neutrality is so much more than a mere (official) doctrine on how to defend and secure the country; just like the *smörgårdsbord* or the traditional celebrations, maypole and all, of that typically Swedish festivity, *midsummer*, neutrality is a crucial part of Swedish national identity. To be a good Swede is to be neutral (that is, believe in neutrality/non-alignment) and never question the independence of the country's defence.“ (Dahl 1998, 33)

Sprachliche Spuren hat auch der Eskalationsprozess sozialdemokratischer Normen auf die internationale Ebene hinterlassen. „In Sweden we have a system“, fasste die frühere schwedische EU-Kommissarin Margot Wallström ironisch die Bemühungen schwedischer VertreterInnen auf EU-Ebene zusammen, schwedische Normen auf der gemeinsamen europäischen Ebene zu etablieren (Wallström 2009).

9. Conclusio

In den vorhergehenden Kapiteln wurden die identitätsstiftenden sozialdemokratischen Werte und Normen exploriert, Neutralität als sozialdemokratische außenpolitische Option in der Praxis und die Veränderungen im Spannungsfeld von Neutralität und Identität nachgezeichnet.

Zum Ende dieser Arbeit soll noch einmal auf den Beginn und ihre theoretische Grundlage rückgegriffen werden. Es wurde argumentiert, dass konstruktivistische Theorieansätze neben materiellen Strukturen vor allem auf die Rolle von Ideen und Normen fokussieren. Alexander Wendt (1992) argumentiert, dass Identitäten, Normen und Vorstellungen die Interaktion zwischen Akteuren konstruiert. Nicht materielle Strukturen legen also den Handlungsradius des Akteurs fest, sondern individuelle, durch Normen und Vorstellungen geprägte Perzeptionen der gemeinsamen Interaktion. „Anarchy is what the state makes of it“ überschreibt Wendt seinen einflussreichen Artikel von 1992. Für den Blickwinkel dieser Arbeit lässt sich dieser Satz auf die Neutralitätspolitik ummünzen. Was aber macht der schwedische Staat, was machen die relevanten Akteure innerhalb des Staates aus der schwedischen Neutralitätspolitik?

Zur Beantwortung dieser Frage mussten zuerst jene Elemente identifiziert und exploriert werden, die als konstruierende Faktoren aktiv sind. „Agents cannot act without an identity; thus, if neutrality was the profile of the foreign and security stance of an agent, then neutrality must be related to how that state regards itself and its interests.“ (Agius 2011, 375).

In dieser Arbeit wurde argumentiert, dass das Fundament der schwedischen Identität jene Werte und Normen bilden, welche die sozialdemokratische Partei aus ihrer Ideologie in das politische System einbrachte. Diese sozialdemokratischen Werte wurden mit den Begriffen Gleichheit und Freiheit, Solidarität, Demokratie, ökonomische Kontrolle und soziale Sicherheit umrissen. Zur inhaltlichen Klärung und kontextuellen Einbettung wurde auf Primärquellen zurückgegriffen – vor allem auf Texte der zwei wichtigsten Theoretiker der schwedischen Sozialdemokratie, Nils Karleby und Ernst Wigforss. Anhand dieser Texte konnten die ideologischen Leitlinien der schwedischen Sozialdemokratie herausgearbeitet werden.

Diese Leitlinien prägen seit den 1920er Jahren die Entwicklung des schwedischen politischen Systems. Sozialdemokratische Werte und Normen definieren die

Ausgestaltung der politischen Institutionen, Beispiele dafür sind die zentralistische, staatliche Organisation mit starker Exekutive und starken Gemeinden, die eine effektive und direkte staatliche Handlungsmacht ermöglichen oder die Abschaffung der traditionell bürgerlich geprägten zweiten parlamentarischen Kammer. Auch die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates fungiert als sozialdemokratische Gesellschaftspolitik. Und nicht zuletzt konnten schwedische Normen und Werte über lange Zeit eine hegemoniale Stellung im politischen Diskurs einnehmen und wurden in politische Strukturen übersetzt, deren Wirksamkeit heute noch klar sichtbar ist. Spuren davon zeigen sich exemplarisch im neuen politischen Slogan der großen Konkurrenzpartei der Sozialdemokraten; die Moderaten sehen sich als „vår tids arbetarparti“, die moderne Arbeiterpartei.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch im außen- und sicherheitspolitischen Diskurs wieder, der lange Zeit ausschließlich unter der Prämisse der Neutralitätspolitik geführt wurde. Im letzten Teil der Arbeit wurde gezeigt, dass außen- und sicherheitspolitische Praxis und verbalisierte Positionen nicht mehr übereinstimmen, dass also politische Praxis und diskursive Praxis auseinanderklaffen. So wird einerseits in der politischen Sprache immer noch eine neutrale Position verhandelt und diese auch in der öffentlichen Meinung positiv bewertet. Andererseits findet die außen- und sicherheitspolitische Praxis im Kontext der europäischen Sicherheitsarchitektur und im Rahmen der NATO statt, umfasst eine militärische Beistandsgarantie innerhalb der EU und differiert nur noch marginal von den Verpflichtungen eines NATO-Vollmitglieds. Auch diese politische Praxis wird von der schwedischen Bevölkerung unterstützt und positiv bewertet.

Am Anfang dieser Arbeit wurden forschungsleitende Fragen formuliert, eine davon spricht genau jene gespaltene Haltung der schwedischen Gesellschaft an, die gleichzeitig die militärische Integration in westliche Sicherheitssysteme und eine Beibehaltung der Neutralitätspolitik fordert. Die Ergebnisse dieser Arbeit legen die Erklärung nahe, dass Neutralität im öffentlichen Diskurs nicht mehr nur die Rolle einer Sicherheitsdoktrin innehat, sondern ein viel tiefer wirkender identitätsstiftender Faktor geworden ist. Neutral zu sein ist keine Antwort mehr auf die Frage nach der Sicherheitspolitik, sondern auf die Frage, was Schweden im Kern definiert. Die Aufgabe der Neutralität bedeutet im politischen Diskurs nicht vorrangig die Veränderung der eigenen Sicherheitsdoktrin und die damit einhergehenden militärischen Veränderungen, sondern die Aufgabe der Neutralität bedeutet einen Bruch mit der eigenen Geschichte, mit jenen Narrativen, die Staat und Gesellschaft so formten, wie sie heute sind.

Diese Überlegungen machen deutlich, warum Schweden auch nach der faktischen Beinahe-Aufgabe der Neutralität immer noch in der Fortführung des politischen Narrativs der Neutralität verharret.

In der theoretischen Verortung dieser Arbeit wurde ein konstruktivistisches Theoriekonzept vorgeschlagen. Das Norm Life Cycle-Modell von Martha Finnemore und Kathryn Sikkink beschreibt die Emergenz und Etablierung von Normen in politischen Systemen. Dies soll anhand der Ergebnisse dieser Arbeit noch einmal rekapituliert werden.

Die erste Phase der Normenemergenz lässt sich in der Zeit der Etablierung der SAP als große Partei verorten. Diese Phase beginnt mit dem Eintritt der SAP in den *Riksdag* 1911 und in die Regierung 1920 und erstreckt sich bis in die 1930er Jahre. In dieser Zeit konnte sich die SAP als wichtigste politische Partei etablieren. Mit der Ausweitung der WählerInnenbasis von ArbeiterInnen auf Angestellte und ArbeitnehmerInnen in der Landwirtschaft erreichte die SAP konstant hohe Stimmenanteile und war fast dauerhaft in der Regierung vertreten. Ab Beginn der Dreißiger Jahre war die ideologische Reorientierung der SAP vollzogen, mit dem *folkshem*-Narrativ überlagerte universalistisch orientierte Politik die traditionellen Klassenstrukturen. Der Anlage des Wohlfahrtsstaates in seinen Grundzügen fungierte als aktive Gesellschaftspolitik der Sozialdemokraten, die auch jene Bevölkerungsteile umfasste, die nicht zum sozialdemokratischen WählerInnenpotential zählten. In dieser Phase lässt sich die SAP als Normen-Entrepreneur identifizieren. Die Überzeugungs- und Zustimmungsprozesse finden in der Form demokratisch abgesicherten politischen Handelns statt. Sozialpolitik ist eines jener Felder mit der größten gesellschaftlichen Reichweite, über die Integration der sozialdemokratischen Normen in die Formulierung der Sozialpolitik konnte die SAP relativ schnell eine kritische Masse an Norm Followern erreichen.

Die zweite Phase der Normenkaskade wird durch die großen Sozialreformen und den Aufbau des Wohlfahrtsstaates charakterisiert. Die universalistische Wohlfahrtspolitik ermöglicht eine breite Normenakzeptanz und eine Hegemonialstellung der sozialdemokratischen Normen. Zeitlich lässt sich die zweite Phase zwischen den 1930er Jahren und den 1960er Jahren verorten. Der Adaptierungsprozess an die sozialdemokratischen Normen erreichte in der Nachkriegszeit den Tipping Point. Finnemore und Sikkink nennen sozialen und materiellen Druck und positive Bestärkung für normenkonforme Handlungen, peer pressure, Wunsch nach Legitimität und Erhöhung des eigenen Selbstwertgefühls durch gruppenkonformes Agieren als wichtigste Motivation

für die restlichen Akteure, die neuen Normen zu akzeptieren. Im Schweden der 1950er und 1960er Jahre war die SAP dauerhaft und meist alleine in der Regierung vertreten, die hohen Zustimmungsraten ermöglichten der Partei die Etablierung der eigenen Normen als Basis für politische Entscheidungsprozesse und zwangen gleichzeitig nicht-adaptierende Akteure zur Compliance.

Die dritte Phase ab Mitte der 1960er bis Mitte der 1980er Jahre lässt sich als Internalisierungsphase beschreiben, in der Normen einen Status allgemein anerkannter Legitimität und Gültigkeit erlangen. Diese Phase wird in der vorliegenden Arbeit als sozialdemokratische Hegemonie zusammengefasst und zeichnet sich durch eine so weitreichende Adaptierung an die neuen Normen aus, dass diese als Konsensus aus der verbalisierten politischen Debatte weitestgehend exkludiert und als unterliegende dominante Strukturen wirksam werden. Damit nehmen sozialdemokratische Normen nicht mehr den Status einer politischen Option, sondern eines identitätsstrukturierenden Faktors ein, sie sinken von der Oberfläche der politischen Debatte an den Grund der politischen Kultur.

Seit der Mitte der 1980er gerät die hegemoniale Stellung der sozialdemokratischen Normen zunehmend unter Druck, konkurrierende Normen nehmen im gesellschaftlichen Diskurs eine immer wichtigere Rolle ein. Besonders relevant ist dabei die Rolle der Europäischen Union als Normen-Entrepreneur, seit dem EU-Beitritt ist Schweden dem institutionellen Druck europäischer Normenregimes ausgesetzt. Die Anpassung an diese Regimes wird diskursiv als „europäische Normalisierung“ verhandelt, die bisher herrschenden sozialdemokratischen Normenregimes damit als „Sonderweg“ delegitimiert.

In den vorhergehenden Kapiteln wurde gezeigt, dass die sozialdemokratischen Normen inhärent eskalierend angelegt sind. Ihre universalistische Konstruktion motiviert zur Ausweitung der Gültigkeitszone, bis hin zu einer schlussendlich globalen Relevanz. Die international etablierte Norm der Neutralität bot hier eine Plattform zur Internationalisierung der innerstaatlichen Normen. Mit dem Erlangen einer innerstaatlich nicht mehr angefochtenen hegemonialen Position wurde der Versuch unternommen, die sozialdemokratischen Normen mithilfe der Neutralität aktiv auf die internationale Ebene zu exportieren. Exemplarisch dafür ist die stark wertegetriebene aktive Außenpolitik Olof Palmes. Dabei sicherte die Neutralität einen breiten Aktionsradius auf der internationalen Ebene, bot internationale Legitimation und immunisierte gegen imperialistische Verdachtsmomente.

Die Aneignung der Neutralitätsnorm durch die schwedische Sozialdemokratie brachte eine umfassende Adaptierung der traditionellen völkerrechtlichen Neutralitätsinterpretation mit sich. Die schwedische Neutralität hat keine Isolationsfunktion, sondern fungiert als Plattform, als Eskalationsstruktur zur Übertragung innerstaatlicher Normen auf die internationale Ebene.

Die Forschungsergebnisse dieser Arbeit lassen den Schluss zu, dass die schwedische Neutralität als externe Norm in die internen Normensets der schwedischen Sozialdemokratie integriert und über die internen Etablierungsprozesse teil der schwedischen Identität wurde. „To be a good swede is to be neutral“, schreibt Ann-Sofie Dahl (1998, 33) und rekurriert damit auf die identitätsstiftende Dimension der Neutralität. Dies hat massive Auswirkungen auf den politischen Diskurs um die Zukunft der schwedischen Sicherheitspolitik. Diese verdeckten, aber wirkmächtigen Strukturen machen eine offene und konstruktive Debatte unmöglich, da sie an den Kern des Selbstverständnisses und Selbstbildes rühren. Die Erkenntnis der dualen Funktion der Neutralität als Sicherheitsdoktrin und Identitätsmerkmal ist zum Verständnis des sicherheitspolitischen Reformdiskurses unabdingbar, Verhandlungen über eine sicherheitspolitische Zukunft ohne Neutralität sind Verhandlungen über die Konstruktion schwedischer Identität. Diese Arbeit möchte ein Stück zu diesem Verständnis beitragen.

9.1. Ausblick

Der Umfang einer Diplomarbeit setzt dem Forschungsinteresse enge Grenzen. In dieser Arbeit konnten Fragen daher nur gestreift werden oder mussten sich auf einen kurzen Aufriss beschränken, mit denen eine intensive Beschäftigung lohnend erscheint.

Einige dieser Fragen sollen hier deshalb aufgezeigt werden und als Themen zukünftiger Forschungsarbeiten empfohlen werden.

Im ersten Teil dieser Arbeit wurde die Frage nach der Ausformulierung sozialdemokratischer Werte anhand von Primärquellen, vor allem theoretischen Texten, beantwortet. Darüber hinausgehend verspräche eine systematische Analyse der Emergenz des schwedischen Neutralitätskonzeptes in den theoretischen und ideologischen Schlüsseltexten der schwedischen Sozialdemokratie interessante Erkenntnisse über die Parallelität der Ausgestaltung von Staatskonzept und Neutralitätskonzept.

Die Auswertung der Positionen zur Neutralität in den *Utrikesdeklarationer*, den außenpolitischen Statements der Regierung, konnte in dieser Arbeit aus Platzgründen nur

als kurzer Exkurs stattfinden. Mit der Auswertung aller UDs könnten die Positionen der Regierungskoalitionen klar nachgezeichnet werden und Rückschlüsse auf die Neutralitätspraxis im zeitlichen Verlauf gezogen werden.

Und schließlich wäre auch eine Beobachtung des massenmedialen Diskurses über die Neutralitätspolitik hochinteressant. Schweden ist zwar ein kleiner Staat, hat aber eine große und ideologisch diverse Medienlandschaft. Die Analyse von Positionen und Meinungskalitionen wäre mit Sicherheit höchst lohnend.

Literatur

- Adler, Emanuel (1997). Seizing the Middle Ground: Constructivism in World Politics, in: European Journal of International Relations, Nr. 3, S. 319-363.
- Adler-Karlsson, Gunnar (1967). Funktionssocialism: ett alternativ till kommunism och kapitalism, Stockholm.
- Agius, Christine (2006). The social construction of Swedish neutrality. Challenges to Swedish identity and sovereignty, Manchester.
- Agius, Christine (2011). Transformed beyond recognition? The politics of post-neutrality, in: Cooperation and Conflict, Nr. 46, S. 370-395.
- Ahlin, Per (2000). Det heliga utanförskapet: Sverige som åskådare och aktör i Europa och i världen, Stockholm.
- Algotsson, Karl-Göran (2001). From Majoritarian Democracy to Vertical Separation of Powers: Sweden and the European Union, in: Scandinavian Political Studies, 24/1, S. 51-65.
- Åmark, Klas (1992). Social Democracy and the Trade Union Movement: Solidarity and the Politics of Self-Interest, in: Misgeld, Klaus/Molin, Karl/Åmark, Klas. Creating Social Democracy: A Century of the Social Democratic Labor Party in Sweden, University Park, Pa., S. 67-96.
- Arter, David (1999). Scandinavian Politics Today, Manchester.
- Aylott, Nicholas (1999). Swedish social democracy and European integration. The People's Home on the Market, Aldershot.
- Banholzer, Volker Markus (2001). Im Schatten der Sozialdemokratie. Die Bedeutung der Kleinparteien in den politischen Systemen Norwegens und Schwedens, Berlin.
- Berman, Sheri (1998). The social democratic moment. Ideas and politics in the making of interwar Europe, Cambridge, Mass.
- Bjereld, Ulf/Demker, Marie (1995). Utrikespolitiken som slagfält. De svenska partierna och utrikesfrågorna, Stockholm.
- Bohman, Gösta (1970). Inrikes utrikespolitik. Det handlar om Vietnam, Stockholm.
- Branting, Hjalmar (2010). Hvarför arbetarerörelsen måste bli socialistisk. Föredrag af Hjalmar Branting hållet första gången på inbjudan af Gefle arbetareklubb den 24 okt. 1886, Stockholm.

- Brommesson, Douglas (2010). Svenska kristdemokrater i förändring. Från konfessionellt universella till sekulärt partikulära, in: Statsvetenskaplig tidskrift 112/2, S. 165-176.
- Brors, Henrik (2004). Persson vill skapa det "gröna folkhemmet", in: Dagens Nyheter 06.11.2004, <http://www.dn.se/nyheter/politik/persson-vill-skapa-det-grona-folkhemmet>, 20.01.2012.
- Carlgren, Wilhelm Mauritz (1962). Neutralität oder Allianz. Deutschlands Beziehungen zu Schweden in den Anfangsjahren des Ersten Weltkrieges, Stockholm.
- Carlsson, Sten (1985). Die schwedische Neutralität – Eine historische Übersicht, in: Bindschedler, Rudolf L./Kurz, Hans Rudolf/Carlgren, Wilhelm/Carlsson, Sten (Hg.). Schwedische und Schweizer Neutralität im Zweiten Weltkrieg, Basel u.a., S. 17-29.
- Centerpartiet (2010). Framtiden tillhör dem som vågar. Centerpartiets Valmanifest 2010, Stockholm.
- Checkel, Jeffrey T. (1998). The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: World Politics, 50/2, S. 324-348.
- Childs, Marquis (1947). Sweden: the Middle Way, New Haven.
- Cramér, Per (1997). Neutralitet och europeisk integration, Göteborg.
- Cramér, Per (1998). Neutralitet och europeisk integration, Stockholm.
- Dagens Nyheter 12.12.2009: Sveriges betyg: Effektivt men trist, <http://www.dn.se/fordjupning/europa-2009/sveriges-betyg-effektivt-men-trist>, 20.02.2012
- Dahl, Ann-Sofie (1998). Myth of Swedish Neutrality, in: Buffet, Cyril/Heuser, Beatrice (Hg.). Haunted by History. Myth in International Relations, Oxford.
- Dahrendorf, Ralf (1987). Das Elend der Sozialdemokratie, in: Merkur 41/12, S. 1021-1038.
- Davidsson, Maria (2009). Nästan bara beröm för EU-ordföranden Sverige, Dagens Nyheter 16.12.2009, <http://www.dn.se/fordjupning/europa-2009/nastan-bara-berom-for-eu-ordforanden-sverige>, 20.02.2012
- Dem schwedischen Beitrittsesuch beigefügte Notiz (28. Juli 1967), <http://www.cvce.eu/collections/object-content/-/object/02bb76df-d066-4c08-a58a-d4686a3e68ff/748b17f1-b52e-44d2-b0b9-55cd64e91912/b87bed43-a595-4317-a6e9-bbed6e72b07b>, 19.02.2012

- Devine, Karen (2008). Stretching the IR Theoretical Spectrum on Irish Neutrality: A Critical Social Constructivist Framework, in: International Political Science Review 29, S. 461–488.
- Ekengren, Ann-Marie (2005). Olof Palme och utrikespolitiken. Europa och Tredje världen, Umeå.
- Eliasson, Johan (2004). Traditions, Identity and Security: the Legacy of Neutrality in Finnish and Swedish Security Policies in Light of European Integration, in: European Integration online Papers (EIoP) 8/6, <http://eiop.or.at/eiop/texte/2004-006a.htm>, 15.11.2007
- Enzensberger, Hans Magnus (1987). Ach Europa! Wahrnehmungen aus sieben Ländern, Frankfurt am Main.
- Esping-Andersen, Gøsta (1992). The making of a Social-Democratic welfare state, in: Misgeld, Klaus/Molin, Karl/Åmark, Klas. Creating Social Democracy: A Century of the Social Democratic Labor Party in Sweden, University Park, Pa., S. 35-66.
- Fearon, James D. (1999). What Is Identity (as We Now Use the Word?), Draft, <http://www.stanford.edu/~jfearon/papers/iden1v2.pdf>, 26.05.2009.
- Fenner, Christian (1998). Parteiensystem und Politische Kultur. Schweden in vergleichender Perspektive, Berlin.
- Ferm, Anders/Peterson, Thage G. (2011). "Vårt närmande till Nato sker utan insyn och debatt", in: Dagens Nyheter 11.08.2011, <http://www.dn.se/debatt/vart-narmande-till-nato-sker-utan-insyn-och-debatt>, 02.02.2012.
- Finnemore, Martha/ Sikkink, Kathryn (1998). International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization 52/4, S. 887–917.
- Fischer, Peter/Köck, Heribert Franz (1994). Allgemeines Völkerrecht. Eisenstadt.
- Folkpartiet Liberalerna (2009). Frihet att växa. Folkpartiet Liberalernas Partiprogram, Stockholm.
- Fritz, Martin (1985). Wirtschaftliche Neutralität während des Zweiten Weltkrieges, in: Bindschedler, Rudolf L./Kurz, Hans Rudolf/Carlgren, Wilhelm/Carlsson, Sten (Hg.). Schwedische und Schweizer Neutralität im Zweiten Weltkrieg, Basel u.a., S. 48-81.
- Furniss, Norman/Tilton, Timothy (1977). The Case for the Welfare State. From Social Security to Social Equality, Bloomington.
- Gebhard, Carmen (2005). Neutralität und Europäische Integration. Österreich und Schweden im sicherheitspolitischen Vergleich, Wien.

- Gehler, Michael (2001). Finis Neutralität?. Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich, http://aei.pitt.edu/archive/00000200/01/dp_c92_gehler.pdf 08.04.2006.
- Gidlund, Gullan (1992). From popular movement to political party, in: Misgeld, Klaus/Molin, Karl/Åmark, Klas. Creating Social Democracy: A Century of the Social Democratic Labor Party in Sweden, University Park, Pa., S. 97-130.
- Gramsci, Antonio (1967). Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, Frankfurt am Main.
- Gstöhl, Sieglinde (2002). Reluctant Europeans. Norway, Sweden and Switzerland in the process of integration, Boulder, Colorado.
- Hadenius, Stig (1990). Schwedische Politik im 20. Jahrhundert, Stockholm.
- Hansson, Per Albin (1928). Folkhemmet, medborgarhemmet (Folkhemstalet), Rede vor dem Parlament. Stockholm.
- Heckscher, Eli F. (1954). An economic history of Sweden, Cambridge, Mass.
- Heclo, Hugh/Madsen, Henrik (1987). Policy & Politics Sweden: Principled Pragmatism, Philadelphia.
- Henningsen, Bernd (1997). Swedish Construction of Nordic Identity, in: Øystein, Sørensen/Stråth, Bo (Hg.) The Cultural Construction of Norden, Oslo, S. 91-120.
- Holmström, Mikael (2011). Opinion och engagemang i otakt, in: Svenska Dagbladet 19.05.2011, http://www.svd.se/nyheter/inrikes/opinion-och-engagemang-i-otakt_6176913.svd, 02.03.2012.
- Jachtenfuchs, Markus (1993). Ideen und Interessen: Weltbilder als Kategorien der politischen Analyse, Arbeitspapier AB III, Nr. 2 des Mannheimer Zentrums für europäische Sozialforschung, Mannheim.
- Jahn, Detlef (2003). Das politische System Schwedens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.). Die politischen Systeme Westeuropas, Stuttgart.
- Jahn, Detlev (2003). Das politische System Schwedens, in: Ismayr, Wolfgang/Groß, Hermann (Hg.). Die politischen Systeme Westeuropas. Opladen, S. 93-130.
- Jenson, Jane/Mahon, Rianne (1993). Representing Solidarity: Class, Gender and the Crisis in Social-Democratic Sweden, in: New Left Review 1993/201, S. 76-100.
- Johansson, Alf W./Norman, Torbjörn (1992). Sweden's Security and World Peace, in: Misgeld, Klaus/Molin, Karl/Åmark, Klas. Creating Social Democracy: A Century of the Social Democratic Labor Party in Sweden, University Park, Pa., S. 339-373.

- Kaiser, Wolfram/Visuri, Pekka/ Malmström, Cecilia et al. (1995). Die EU-Volksabstimmungen in Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen: Verlauf, Ergebnisse, Motive und Folgen, Wien.
- Kimminich, Otto (1992). Einführung in das Völkerrecht. Tübingen, Basel.
- Kokk, Enn (2001). Socialdemokratins program 1897 till 1990. Småskrifter utgivna av Socialdemokraterna & Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, http://www.arbark.se/pdf_wrd/partiprogram_pdf.pdf, 01.12.2011.
- Korpi, Walter (1978). The working class in welfare capitalism. Work, unions and politics in Sweden, London.
- Kristdemokraterna (2001). Kristdemokraternas Principprogram, Stockholm.
- Kritzinger, Sylvia/Michalowitz, Irina (2005). Party Position Changes through EU Membership?. The (Non-) Europeanisation of Austrian, Finnish and Swedish Political Parties, Wien.
- Lassinantti, Gunnar (2001). Small States and Alliances – A Swedish Perspective, in: Reiter, Erich/Gärtner, Heinz (Hg.). Small States and Alliances. Heidelberg, S. 101-111.
- Laumer, Ralf (1997). Vom Ende der Neutralität: schwedische Sicherheitspolitik nach 1989, Marburg.
- Lavelle, Ashley (2008). The Death of Social Democracy, Aldershot.
- Lewin, Leif (1967). Planhushållnings debatten, Uppsala.
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Sten (1967). Party systems and voter alignments. Cross-national perspectives, New York.
- Luif, Paul (1994). Die Integrationspolitik der europäischen Neutralen, in: Pelinka, Anton/Schaller, Christian/Luif, Paul. Ausweg EG? Innenpolitische Motive einer außenpolitischen Umorientierung, Wien u.a, S. 271-305.
- Luif, Paul (1995). On the Road to Brussels. The Political Dimension of Austria's, Finland's and Sweden's Accession to the European Union, Wien.
- Luif, Paul (2003). Die Rolle der nicht-alliierten Staaten in der EU-Sicherheitspolitik. OIIP-Arbeitspapier 44, Wien.
- Luif, Paul (2003). Die Rolle der nicht-alliierten Staaten in der EU-Sicherheitspolitik. OIIP-Arbeitspapier 44, Wien.

- Luif, Paul (Hrsg.) (2007). Österreich, Schweden, Finnland. Zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union, Wien u.a.
- Lumsdaine, David (1996). The Intertwining of International and Domestic Politics, in: Polity 29/2, S. 299-306.
- Lundberg, Urban/Åmark, Klas (2001). Social Rights and Social Security: The Swedish Welfare State, 1900–2000, in: Scandinavian Journal of History 26/3, S. 157-175.
- Magnusson, Lars (2000). An Economic History of Sweden, London.
- Magnusson, Ulf (1996). Från arbetare till arbetarklass. Klassformering och klassrelationer i Fagersta - ett mellansvenskt brukssamhälle ca 1870 – 1909, Uppsala.
- Malmborg, Mikael af (2001). Neutrality and State-Building in Sweden. Basingstoke u.a.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848). Manifest der Kommunistischen Partei, <http://gutenberg.spiegel.de/buch/4975/4>, 02.12.2011.
- Medlingsinstitutet (2011). Avtalsrörelsen och lönebildningen 2010. Medlingsinstitutets årsrapport, [http://www.mi.se/pdfs/pdfs_2011/mi_arsrapp2011\(10\)_wb.pdf](http://www.mi.se/pdfs/pdfs_2011/mi_arsrapp2011(10)_wb.pdf),
- Micheletti, Michele (1995). Civil Society and State Relations in Sweden, Aldershot.
- Miljöpartiet de gröna (2010). Framtiden är här. Valmanifest 2010, Stockholm.
- Milner, Henry (1989). Sweden: Social Democracy in Practice, Oxford.
- Misgeld, Klaus (1984). Sozialdemokratie und Außenpolitik in Schweden. Sozialistische Internationale, Europapolitik und die Deutschlandfrage 1945-1955, Frankfurt am Main u.a.
- Misgeld, Klaus (Hg.) (1988). Socialdemokratins samhälle. SAP och Sverige under 100 år, Kristianstad.
- Moderata samlingspartiet (2007). Vår tids arbetarparti. Moderaternas Handlingsprogram 2007, Gävle.
- Moderata samlingspartiet (2011). Ansvar för hela Sverige. Moderaternas Idéprogrammet 2011, Örebro.
- Modig, Aron (2011). Svensk Tea Party-rörelse skulle utmana Reinfeldts skattetryck, in Dagens Nyheter 19.08.2011, <http://debatt.svt.se/2011/08/19/svensk-tea-party-rorelse-skulle-utmana-reinfeldts-skattetryck/>, 02.10.2011.

- Molin, Karl (1992). Historical Orientation, in: Misgeld, Klaus/Molin, Karl/Åmark, Klas. Creating Social Democracy: A Century of the Social Democratic Labor Party in Sweden, University Park, Pa., S. XVII-XXIX.
- Morgenthau, Hans J. (1939). International Affairs: The Resurrection of Neutrality in Europe, in: The American Political Science Review 33/3, S. 473-486.
- Morgenthau, Hans J. (1958). Dilemmas of Politics, Chicago.
- Mouridsen, Dan Flemming Nikolaj (1999). Die Neutralen Österreich, Schweden und Finnland. Ein sicherheitspolitischer Diskurs in den 90er Jahren, Dissertation, Universität Wien.
- Naß, Matthias (2001). Drei Europäer im Schurkenstaat, Die Zeit 20/2001
http://zeus.zeit.de/text/2001/20/200120_nordkorea.xml, 26.07.2006
- Nils Karleby (1976) Socialismen inför verkligheten, Stockholm.
- Nilsson, Ann-Sofie (1991). Den Moraliska Stormakten. En Studie av Socialdemokraternas Internationella Aktivism, Stockholm.
- Nilsson, Dan (2011). Lägre stöd för Nato i Sverige, in: Svenska Dagbladet 19.05.2011,
http://www.svd.se/nyheter/inrikes/lagre-stod-for-nato-i-sverige_6176471.svd, 02.03.2012.
- OECD (2011), OECD Economic Surveys: Sweden 2011, OECD Publishing.
http://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-swe-2011-en
- OECD (2011). Society at a Glance 2011 - OECD Social Indicators
www.oecd.org/els/social/indicators/SAG, 12.12.2011
- Ojanen, Hanna (2000). Participation and influence: Finland, Sweden and the post-Amsterdam development of the CFSP, in: The Institute for Security Studies Western European Union, Occasional Papers Nr. 11.
- Palm, August (1881). Hvad vil Sosial-Demokraterna? Manuskriptet till August Palms föredrag på Hotell Stockholm i Malmö den 6 november 1881, det första offentliga talet om socialismen i Sverige, <http://www.arbark.se/dokument/temp/palm-hvad-vil-social-demokraterna.pdf>, 25.02.2012
- Palme, Olof (1968). Första maj-tal 1968: Stockholm och Sundbyberg,
http://www.olofpalme.org/wp-content/dokument/680501c_stockholm_sundbyberg.pdf, 08.02.2012.
- Palme, Olof (1970). Utrikespolitik och försvar. Anförande vid Folk och Försvars konferens i Storlien 02.02.1970, <http://www.olofpalme.org/1970/02/02/utrikespolitik-och-forsvar/>, 05.02.2012.

- Palme, Olof (1985). Tal till Tage Erlander. Anförande vid minneshögtid i Folkets hus, Stockholm, http://www.olofpalme.org/wp-content/dokument/850630_till_tage_erlander.pdf, 01.02.2012.
- Petersson, Olof (1994a). Swedish government and politics, Stockholm.
- Petersson, Olof (1994b). The Government and Politics of the Nordic Countries, Stockholm.
- Pontusson, Jonas (1984). Behind and beyond Social Democracy in Sweden, in: New Left Review I/143, S. 69-96.
- Ringmar, Erik (1996). Identity, Interest and Action. A Cultural Explanation of Sweden's Intervention in the Thirty Years War, Cambridge.
- Roberts, Michael (1979). The Swedish Imperial Experience 1560-1718, Cambridge.
- Ruth, Arne (1984). The Second New Nation. The Mythology of Modern Sweden, in: Daedalus 113, S. 53-96.
- Sainsbury, Diane (1980). Swedish Social Democratic Ideology and Electoral Politics 1944-1948, Stockholm.
- Schüngel, Daniela (2005). Schwedens Sicherheitspolitik im Wandel. Zwischen militärischer Allianzfreiheit, NATO und ESVP, <http://www.hsfk.de/downloads/report1405.pdf> 26.07.2006
- Sejersted, Francis (2011). The age of social democracy. Norway and Sweden in the twentieth century, Princeton, N.J., Woodstock.
- Sundberg, Jan (1999). The Enduring Scandinavian Party System, in: Scandinavian Political Studies, 22/3, S. 221-240.
- Sverigedemokraterna (2011). Sverigedemokraternas principprogram 2011, Stockholm.
- Sveriges Regeringen (2012). Utrikesdeklaration, http://www.regeringen.se/download/05a7646d.pdf?major=1&minor=186282&n=attachmentPublDuplicator_0_attachment, 16.02.2012.
- Sveriges Riksdag. The history of the Riksdag, http://www.riksdagen.se/templates/R_Page___798.aspx, 12.09.2011.
- Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (1879). Program för Sveriges socialdemokratiska arbetareparti. Antaget på 4:de partikongressen i Stockholm den 4 juli 1897, Stockholm.
- Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (1902). Val-Manifest 1902, Stockholm.

- Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (1911). Program för Sveriges socialdemokratiska arbetareparti. Antaget på 8:de partikongressen i Stockholm 9–16 april 1911, Stockholm.
- Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (1920). Program för Sveriges socialdemokratiska arbetareparti. Antaget på 11:te partikongressen i Stockholm 1920, Stockholm.
- Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (1960). Program för Sveriges socialdemokratiska arbetareparti. Antaget på 21:ta partikongressen 1960, Stockholm.
- Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (1975). Program för Sveriges socialdemokratiska arbetareparti. Fastställd av 1975 års partikongress, Stockholm.
- Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (1990). Program för Sveriges socialdemokratiska arbetareparti. Antaget på socialdemokraternas 31:a kongress 1990, Stockholm.
- Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (2001). Party program of the Social Democratic Party. Adopted by the Party Congress in Västerås 6 November, 2001, Västerås.
- Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (2001). Program för Sveriges socialdemokratiska arbetareparti. Beslutat av partikongressen i Västerås den 6 november 2001, Västerås.
- Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (2012). Socialdemokraternas Utrikesdeklaration, <http://www.socialdemokraterna.se/upload/Central/dokument/pdf/2012/Socialdemokraternas%20utrikesdeklaration%202012.pdf>, 16.02.2012.
- Therborn, Göran (1992). A Unique Chapter in the History of Democracy: The Social Democrats in Sweden, in: Misgeld, Klaus/Molin, Karl/Åmark, Klas. Creating Social Democracy: A Century of the Social Democratic Labor Party in Sweden, University Park, Pa., S. 1-34.
- Tilton, Tim (1979). A Swedish Road to Socialism: Ernst Wigforss and the Ideological Foundations of Swedish Social Democracy, in: The American Political Science Review 73/2, S. 505-520.
- Tilton, Tim (1991). The Political Theory of Swedish Social Democracy. Through the Welfare State to Socialism, Oxford.
- Tingsten, Herbert (1941). Den svenska socialdemokratiens idéutveckling, Stockholm.
- Tomasson, Richard F. (1969). The Extraordinary Success of the Swedish Social Democrats, in: The Journal of Politics 31/3, S. 772-798.

Towns, Ann (2002). Paradoxes of (In)Equality. Something is Rotten in the Gender Equal State of Sweden, in: Cooperation and Conflict: Journal of the Nordic International Studies Association 37/2, S. 157-179.

Turowski, Jan (2010). Sozialdemokratische Reformdiskurse, Wiesbaden.

Utrikesdeklaration 2012,
http://www.regeringen.se/download/05a7646d.pdf?major=1&minor=186280&n=attachmentPublDuplicator_0_attachment, 16.02.2012

Utrikesutskottet (1991). 1991/92:UU19 Säkerhet och nedrustning,
http://www.riksdagen.se/sv/Dokument-Lagar/Utskottens-dokument/Betankanden/_GF01UU19/, 17.02.2012

Vaahutoranta, Tapani/Forsberg, Tuomas (2000). Post-neutral or Pre-allied? Finnish and Swedish Policies on the EU and NATO as Security Organisations http://www.upi-fia.fi/document.php?DOC_ID=58#WP29.pdf 08.04.2006.

Vänsterpartiet (2008). Vänsterpartiets Partiprogram. Stockholm.

Wahlbäck, Krister (1987). Die Wurzeln der schwedischen Neutralität. Schwedisches Institut, Uppsala.

Wallström, Margot (2009). „We need visionary leadership for sustainable development“, words of welcome to the new EU presidency Inauguration of the Swedish Presidency to the European Union Stockholm, 1 July 2009,
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/327&type=HTML>, 03.02.2012.

Weber, Martin (2001). Schweden und die Europäische Union: Europadebatte und Legitimität, Baden-Baden.

Wendt, Alexander (1992). Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics, in: International Organization 46/2, S. 391-425.

Wendt, Alexander (1999). Social Theory of International Politics, Cambridge u.a.

Wigforss, Ernst (1938). De intellektuella och socialismen, in: Wigforss, Ernst (1980). Skrifter i urval. VI. Fredskampen, Malmö.

Wigforss, Ernst (1947). Ekonomisk demokrati, Stockholm.

Wigforss, Ernst (1949). Socialismen i Socialdemokratin, Stockholm.

Wigforss, Ernst (1952). Socialism i vår tid, in: Wigforss, Ernst (1980). Skrifter i urval. V. Idépolitikern, Stockholm.

Wigforss, Ernst (1955). Vålfärdsstaaten – anhalt till socialismen, in: Wigforss, Ernst (1980). Stockholm.. Skrifter i urval. V. Idépolitikern, Stockholm, S. 143-153.

Wigforss, Ernst (1967). Vålfärdsolitik och socialism, in: Wigforss, Ernst (1980). Skrifter i urval. V. Idépolitikern, Stockholm.

Wilks, Stuart (1996). Class Compromise and the International Economy: The Rise and Fall of Swedish Social Democracy, in: Capital & Class 20/58, S. 89-111.

Woker, Daniel (1978). Die skandinavischen Neutralen. Prinzip und Praxis der schwedischen und der finnischen Neutralität, Bern u. Stuttgart.

Work programme for the Swedish Presidency of the EU 2009 (2009),
http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.6255!menu/standard/file/Arbetsprogram%20för%20det%20svenska%20ordförandeskapet%20i%20EU%201%20juli-31%20dec%202009.pdf, 20.02.2012

V. Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz. Übereinkommen vom 18. Oktober 1907, betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges, RGr. Nr. 181/1913.

Abstract

In dieser Arbeit wird argumentiert, dass in Schweden eine inhaltliche Spaltung zwischen dem verbalisierten Neutralitätsdiskurs und der außen- und sicherheitspolitischen Praxis stattfindet. Als Ursache dafür wird vorgeschlagen, dass spezifische von der sozialdemokratischen Partei aus ihrer Ideologie in das politische System eingebrachte Werte und Normen das Fundament der schwedischen Identität bilden. Diese sozialdemokratischen Werte werden mit den Begriffen Gleichheit und Freiheit, Solidarität, Demokratie, ökonomische Kontrolle und soziale Sicherheit umrissen. Zur inhaltlichen Klärung und kontextuellen Einbettung wird auf Primärquellen zurückgegriffen – vor allem auf Texte der zwei wichtigsten Theoretiker der schwedischen Sozialdemokratie, Nils Karleby und Ernst Wigforss. Die Emergenz und Etablierung dieser Werte und Normen wird anhand des Norm Life Cycle-Modell von Martha Finnemore und Kathryn Sikkink nachvollzogen und im Abgleich mit der Entwicklung der sozialdemokratischen Außen- und Sicherheitspolitik geprüft. In dieser Arbeit wird gezeigt, dass die sozialdemokratischen Normen inhärent eskalierend angelegt sind. Ihre universalistische Konstruktion motiviert zur Ausweitung der Gültigkeitszone, bis hin zu einer schlussendlich globalen Relevanz. Die international etablierte Norm der Neutralität bietet hier eine Plattform zur Internationalisierung der innerstaatlichen Normen. Mit dem Erlangen einer innerstaatlich nicht mehr angefochtenen hegemonialen Position wird von der Sozialdemokratie der Versuch unternommen, die sozialdemokratischen Normen mithilfe der Neutralität aktiv auf die internationale Ebene zu exportieren. Diese verdeckten, aber wirkmächtigen Strukturen machen eine offene und konstruktive Debatte unmöglich, da sie an den Kern des Selbstverständnisses und Selbstbildes rühren. Die Erkenntnis der dualen Funktion der Neutralität als Sicherheitsdoktrin und Identitätsmerkmal ist zum Verständnis des sicherheitspolitischen Reformdiskurses unabdingbar, Verhandlungen über eine sicherheitspolitische Zukunft ohne Neutralität sind Verhandlungen über die Konstruktion schwedischer Identität.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name	Sarah Weissengruber
Geburtsdatum	30.05.1983
Geburtsort	Linz

Universitäre Ausbildung

2003 - 2012	Diplomstudium Politikwissenschaft, Universität Wien (pausiert 2009-2011)
2006 - 2007	Diplomstudium Politikwissenschaft, Universität Göteborg, Schweden
2002 - 2003	Diplomstudium Geschichte, Universität Wien

Stipendien

2008	Förderungsstipendium nach dem StudFG, Universität Wien
2008	KWA - Stipendium für kurzfristige wissenschaftliche Arbeiten im Ausland der Universität Wien für Archivarbeiten im <i>ARBARK Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek</i> in Stockholm, Schweden
2008	Leistungsstipendium nach StudFW, Universität Wien

